

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15

SLOGAN

**6 1/2 Gründe für ein
besseres Hessen**

FREIE WÄHLER Hessen

**Wahlprogramm zur
Landtagswahl 2018**



16 ***Vorwort***

- 17 In dem Vorwort wird die Kampagne vorgestellt werden, sobald die Inhalte selbiger auf dem
18 Sonderparteitag von den Mitgliedern abgestimmt wurden.

19	Inhalt	
20	Hessen gemeinsam verbessern...	1
21	... durch bürgerliche Beteiligung	4
22	... durch digitale und transparentere Verwaltungsstrukturen	5
23	... durch Autarkie der Kommunen	8
24	Kluge Köpfe braucht das Land – Gebührenfreie Bildung	9
25	Frühkindliche Bildung	12
26	Gleiche Chancen für alle Kinder- Bildungsgerechtigkeit von Anfang an!	12
27	Gebührenfreie Kindertagesstätten	13
28	Landeseinheitliche Ausbildung pädagogischer Fachkräfte	13
29	Schule	15
30	Einheitliche Bildungsstandards	15
31	Unterricht	17
32	Digitalisierung/Medienkompetenz	17
33	Finanzierung/Verantwortlichkeit	18
34	Inklusion an Schulen umsetzen	18
35	Schulsozialarbeit	19
36	Grundschule	19
37	Weiterführende (Hoch-)Schulen	20
38	Gymnasium	20
39	Berufliche Aus- und Weiterbildung	20
40	Hochschulen	21
41	Forschung	22
42	BAföG	23
43	Bezahlbarer Wohnraum	23
44	Erweiterung der Bildungschancen	23
45	Teilzeitstudiengänge fördern	23
46	Öffnung der Zulassungsberechtigung zum Studium	24
47	Solidarische Gesellschaft – gemeinsam (er-)leben	24
48	Familie	28
49	Kinder und Jugendliche	30

50	Senior*innen	31
51	Inklusion	32
52	Integration – Flüchtlinge/Einwanderung	34
53	Integration durch Bildung und Sprache	36
54	Verbesserter Zugang zum Arbeitsmarkt	37
55	Humanitäre Flüchtlingspolitik	38
56	Aufhebung der Residenzpflicht	39
57	Freiheitliche Gesellschaft	40
58	Klares Verbot von Kinderehen	40
59	Grundgesetz als zentrale Instanz unserer Rechts- und Wertegemeinschaft	41
60	Konsequentes Vorgehen gegen islamistische Gefährder	41
61	Demografischer Wandel	41
62	Bürgerschaftliches Engagement	42
63	Soziale Gerechtigkeit	44
64	Armutsbekämpfung	45
65	Arbeitsmarkt	49
66	Wohnungsmarkt	50
67	Sozialraumförderung für mehr Lebensqualität	52
68	Straßenausbaubeiträge	53
69	Gesundheitswesen/Pflege	54
70	Mediziner*innenmangel	56
71	Pflege	57
72	Krankenhäuser/Kliniken	61
73	Kranken- und Pflegeversicherung	62
74	Psychotherapeutische Versorgung	63
75	Versorgung von Menschen mit Behinderung	64
76	Alternative Versorgungsmodelle	65
77	Geburtshilfe	65
78	Gesundheitsprävention	65
79	Sicherheit & Stabilität	68
80	Infrastrukturnetzwerk: Mobilität, Energie, Digitalisierung	70
81	Mobilität & Verkehr	74
82	Verkehrsmanagement und Emissionsminderung	74
83	Diesel	75
84	Elektromobilität und alternative Antriebstechniken	76

85	Intelligente Verkehrssteuerung.....	77
86	Mobilitätskonzepte.....	77
87	Flughafen.....	78
88	Verkehrswegenetz.....	79
89	Maut.....	80
90	Dienstleistungen der Daseinsvorsorge	81
91	Energieversorgung.....	81
92	Dezentrale Energiegewinnung	82
93	Dynamische Stromtarife	84
94	Speicher-Technologien.....	84
95	Regenerative Quellen.....	85
96	Digitalisierung	86
97	Umwelt schützen – Regionalität stärken	88
98	Umwelt schützen	92
99	Abfallvermeidung als Ziel.....	92
100	Saubere Luft als Ziel.....	94
101	Reinheit des Wassers als Ziel	95
102	Regionalität stärken – Vielfalt der Landwirtschaft erhalten.....	95
103	Artgerecht: Stärkung des Tierwohls.....	97
104	Umweltgerecht: Eindämmung agrochemischer Pflanzenschutzmittel.....	98
105	Transparent: Gegen agro-gentechnische Veränderungen.....	98
106	Energiegerecht: Energieproduktion auf landwirtschaftlichen Flächen.....	99
107	Finanzen und Wirtschaft – Mittelstand stärken	99
108	Einzelhandelsförderung.....	103
109	Förderung von Mittelstand und Handwerk	103
110	Förderung der öffentlichen Tourismusinfrastruktur.....	104
111	Sicherung der Kreditversorgung für den Mittelstand	104
112	Stärkere Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität und Steuerbetrug.....	104
113	Allgemeine Grunderwerbssteuer	105
114		
115		
116		

117 ***Hessen gemeinsam verbessern...***

118 Am 28. Oktober 2018 liegt es in Ihren Händen. Sie entscheiden, ob Sie sich eine Politik des
119 in der CDU usuellen und von Bündnis 90/Die Grünen mittlerweile okkupierten „Weiter so“
120 vorstellen können.

121 Dann sind Sie bei uns falsch! Wir wollen das feiste Politiker*innengehabe nicht stützen. Im-
122 mer wieder heißt es, es gebe eine Politikverdrossenheit im Land.

123 Nein! Wir sind der Ansicht, es gibt eine Politiker*innenverdrossenheit im Land. Diese gilt es
124 endlich zu durchbrechen. Wir wollen die Arroganz der Macht brechen!

125 Gemeinsam mit Ihnen! Wenn auch Sie endlich die politische Veränderung wollen. Wenn
126 auch Sie wollen, dass ein Ruck durchs Land geht. Wenn auch Sie eine Politik wollen, die
127 sich durch Nähe zu den Bürger*innen auszeichnet, die frei ist von ideologischen Belastun-
128 gen, die den gesunden Menschenversand ins Zentrum rückt und sich von tradiertem Par-
129 teiklüngel abgrenzt.

130

131 Dann sind Sie richtig bei uns, bei der FREIE WÄHLER!

132

133 Ein „Weiter so“ impliziert, dass sich Dinge bewährt haben, nicht verändert werden wollen
134 und sollen. Das Gegenteil hiervon ist jedoch nicht ein oftmals gefordertes „neu denken“. Wir
135 wollen nicht immer das Rad neu erfinden, denn oftmals sind bestehende Strukturen an sich
136 wertvoll, richtig und gut. Lediglich in der Umsetzung gibt es Schwächen, die die Strukturen
137 selbst in ein negatives Licht rücken. Hier gilt es, den Prozessen mit Offenheit und analyti-
138 schem Blick zu begegnen. Dies ist die Voraussetzung für Veränderung. Und Veränderung
139 ist unser erklärtes Ziel in der politischen Gegenwart und Zukunft.

140 Bestehendes verändern, Reformen anstreben, Innovationen wagen – mit diesem Ansatz
141 stehen wir ganz in der Tradition eines der bedeutendsten Staatsreformer in der deutschen
142 Geschichte: Heinrich Friedrich Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein (1757-1831). Dieser
143 war ein Exponent einer starken Reformbewegung des 18./19. Jahrhunderts, die sich die
144 Erneuerung der städtischen Selbstverwaltung zum Ziel gesetzt hatte. Auch lehnte er sich
145 erfolgreich auf gegen hierarchische Standesdünkel, setzte die Bauernbefreiung durch ver-
146 folgte unbeirrt das Ziel der eigenverantwortlichen Partizipation am gesellschaftlichen und
147 wirtschaftlichen Leben.

148 Wir FREIE WÄHLER sehen uns mit unserem Denken und Handeln in einer Linie mit dem
149 Freiherrn vom Stein. Als Partei der Mitte, die 2009 als bürgerliche Bewegung aus einer Viel-
150 zahl von Wählergruppen (ÜWG, FW, FWG, Bürgerlisten, UWG, Gemeinschaftslisten usw.)
151 in Hessen entstanden ist, lehnen auch wir uns auf gegen Unterdrückung und Ungerechtig-
152 keit.

153
154 Wir FREIE WÄHLER finden: Es ist an der Zeit, dass auch hessische freie Wählergruppen
155 im Landtag vertreten sind, um als frische, starke und kommunal erfahrene Kraft die Politik
156 für die Bürger*innen in Hessen aktiv zu verbessern.

157
158 Wir wollen Reformen, um das Versagen der hessischen Landesregierung zu korrigieren, um
159 die Bürger*innen endlich von ideologischen Entwicklungen zu befreien. Diese sind in vielen
160 Bereichen mittlerweile spürbar und erlebbar. Ein Blick aus dem Fenster, dem Zug oder dem
161 fahrenden Auto genügt: Von maroden Schulen über kaputte Straßen und Schienennetze bis
162 zu vielerorts gesperrten Brücken – die technische Infrastruktur hat unter Schwarz-Grün ext-
163 rem gelitten. Hochwasser, Wetterkapriolen und Insektensterben – der Klimawandel ist all-
164 gegenwärtig, die Landesregierung hat diesem jedoch nichts entgegenzusetzen. Trotz Be-
165 teiligung der Grünen ist Umweltschutz in Hessen auf dem Abstellgleis gelandet – Bündnis
166 90/Die Grünen opfern hessische Wälder wie beispielsweise den Habichtswald, um Wind-
167 kraftanlagen zu installieren, deren Ertrag jedoch gering ist. Die Zerstörung der heimischen
168 Umwelt kann man mittlerweile von den hessischen Grünen lernen!

169 All das genügt jedoch nicht. In die Kette von zerstörter technischer Infrastruktur und ad ab-
170 surdum geführtem Umweltschutz reiht sich eine desolante soziale Infrastruktur. Man muss
171 schon den Hut ziehen vor der „Leistung“ der Landesregierung: Alles Soziale nahezu gänz-
172 lich auszumerzen, das ist schon große Kunst. Fehlende medizinische Fachkräfte, ein unge-
173 rechtes Bildungssystem, dahinvegetierende Senior*innen in Pflegeheimen, fehlende Woh-
174 nungen für junge Familien und immer mehr Kinder, die in Armut aufwachsen und leben –
175 das ist übriggeblieben von der sozialen Infrastruktur in Hessen.

176 Die Landesregierung hat offenbar andere Interessenschwerpunkte. So ist immer wieder
177 die Rede davon, dass die Wirtschaft blühe. Richtig, daran wollen wir nicht zweifeln. Groß-
178 unternehmen wird förmlich der „Rote Teppich“ ausgerollt, ihre Gewinnmarge steigt und
179 steigt – vielfach zu Lasten der Allgemeinheit. Verursachen Unternehmen Schäden an

180 Mensch und Natur, müssen diese von den Bürger*innen beglichen werden, nicht vom Un-
181 ternehmen. Die Gewinne jedoch werden privatisiert und allzu oft auch noch im Ausland ver-
182 steuert. Hier bedarf es endlich einer klaren Trendwende in der Politik: Unternehmen müssen
183 in Regress genommen werden. Eine Unterscheidung zwischen Privatpersonen und Unter-
184 nehmen ist nicht länger hinnehmbar.

185 Vom wirtschaftlichen Erfolg dürfen nicht länger nur wenige Menschen profitieren. Alle müs-
186 sen am Wohlstand partizipieren können, wirtschaftliche Gewinne müssen eine bessere Ver-
187 teilung erfahren, soll das sozial-ökonomische Auseinanderdriften ganzer Gesellschafts-
188 schichten verhindert werden. Die Schere zwischen Arm und Reich, sie wird zunehmend
189 mehr für uns erfahrbar. Wir erleben es – vielleicht noch nicht am eigenen Leib, aber im
190 persönlichen Umfeld, in der Familie und im Kreise von Freund*innen. Zeit das zu ändern.

191

192 Wir FREIE WÄHLER werden Hessen aus dieser Negativspirale nachhaltig befreien!

193 Wir FREIE WÄHLER werden Hessen gemeinsam mit den Bürger*innen besser machen!

194 Wir FREIE WÄHLER stellen Bürger*innen in den Fokus unseres Denkens und Handelns!

195

196 Gemeinsam mit Ihnen gestalten wir Hessen um. Wir wollen zurück zu einer (er-)lebbaren
197 solidarischen Gesellschaft. In vielen Bereichen gibt es gute Ansätze, die sich kommunalpo-
198 litisch bereits bewährt haben – und die man auf das Land übertragen kann. Man muss das
199 Rad nicht immer neu erfinden, man muss nicht immer alles neu machen oder neu denken.
200 Vielfach reicht es aus, bestehende Ansätze auszubauen oder zu verbessern.

201 Ein Leben in Freiheit und Frieden, das Streben nach Wohlstand, Glück und Erfolg sowie ein
202 nachhaltiger und sorgsamer Umgang mit unserer Umwelt und den natürlichen Ressourcen
203 – all das sehen wir als Grundbedürfnisse der Menschen und somit als Auftrag unserer Poli-
204 tik. Für ein gerechtes Miteinander wollen wir Werte wie Ehrlichkeit, Anstand und Aufrichtig-
205 keit wieder im öffentlichen Leben und auch in der Wirtschaft verankern. In der heutigen, von
206 Lobbyisten geprägten, Gesellschaft, in der die finanzielle Einflussnahme das Handeln von
207 Politiker*innen in Bund und Land bestimmt, ein Umstand, der nicht mehr selbstverständlich
208 zu sein scheint.

209 Unbeirrt verfolgen wir – wie einst der Freiherr vom Stein – das Ziel der vernunftgesteuerten
210 politischen Veränderung. Anders als die sogenannten „etablierten Parteien“ gehen wir als

211 junge und moderne Bürger*innenbewegung ideologiefrei an Themen heran. Gesunder Men-
212 schenverstand, gepaart mit der notwendigen Sachkenntnis, der Beteiligung von Expert*in-
213 nen sowie einem offenen Ohr für den Willen der Bürger*innen sind für uns die Prämissen
214 politischen Agierens, die sich schon in vielen Kommunalparlamenten bewährt haben und
215 die es jetzt endlich auch auf Landesebene umzusetzen gilt, um Hessen besser zu machen.

216

217

218 **... durch bürgerliche Beteiligung**

219 Wir FREIE WÄHLER sind der festen Überzeugung, dass die Bürger*innen die wahren Ex-
220 pert*innen sind, wenn es um politische Gestaltung geht. Viele Themen werden in Wiesba-
221 den fernab jeglicher Lebensnähe behandelt und entschieden, nicht zuletzt, weil sich in den
222 letzten Jahren eine politische Schicht herausgebildet hat, die offenbar jegliche Basisnähe
223 verloren hat. Bürger*innen finden kein Gehör mehr, von Beteiligung kann ohnehin keine
224 Rede mehr sein. Politiker*innen entscheiden nur noch nach ideologisch gefärbtem Partei-
225 buch am „Grünen Tisch“, die Ergebnisse sind aber leider nicht so hoffnungsvoll wie es der
226 Farbe im Volksmund zugeschrieben wird. – Das gilt es endlich zu durchbrechen am 28.
227 Oktober.

228

229 Wir FREIE WÄHLER sind eine Partei der Mitte!

230 Wir FREIE WÄHLER setzen bürgerliche Beteiligung hessenweit um!

231

232 Auf unserer politischen Agenda nehmen direkte Demokratie und Selbstbestimmung breiten
233 Raum ein. Rund 85 Prozent der Bevölkerung wünschen sich mehr direkte und verbindliche
234 Mitbestimmungsmöglichkeiten. Bürger*innen sprechen sich explizit für mehr Sachbezogen-
235 heit in politischen Entscheidungen aus und lehnen die allgegenwärtige parteipolitische Kli-
236 entelpolitik entschieden ab. Die Bürger*innen müssen aber letztlich auch erkennen, dass
237 sie in Hessen kaum eine Möglichkeit der politischen Mitgestaltung haben.

238 20 Prozent der Wahlberechtigten müssen sich in Hessen binnen zwei Monaten in Listen
239 eintragen, die einzig im Rathaus ausliegen. Mit diesen Anforderungen ist Hessen einsamer
240 Spitzenreiter im Bundesvergleich. Es verwundert nicht, dass in Hessen nicht ein einziges
241 Mal ein Volksbegehren erfolgreich durchgeführt werden konnte. Die Hürden sind viel zu
242 hoch. Das hat mittlerweile auch die Enquetekommission erkannt, die sich in ihrer Arbeit

243 auch der Überprüfung der Voraussetzungen und Rahmenbedingungen von Volksbegehren
244 und Volksentscheiden widmet. Die Kommission hat mit den im Landtag vertretenen Parteien
245 Einigkeit darüber erzielt, dass künftig nur noch fünf Prozent der Wahlberechtigten ein Volks-
246 begehren, also die notwendige Vorstufe zum Volksentscheid, unterstützen müssen. Das
247 sind immer noch mehr als 200.000 Wahlberechtigte. Doch ein erster Erfolg ist erkennbar,
248 sofern – und genau hier liegt das Problem – die Parteien einer dahingehenden Verfassungs-
249 änderung zustimmen. Die CDU sträubt sich noch immer. Die Entscheidung ist vertagt.

250 Aus unserer Sicht geht der Vorschlag der Enquetekommission in Teilen ohnehin noch nicht
251 weit genug. Neben einer Herabsetzung des Unterschriftenquorums muss es auch möglich
252 sein, Unterschriften nicht nur in Rathäusern abzulegen. Auch ist eine Frist zur Sammlung
253 dieser Unterschriften von zwei Monaten gänzlich realitätsfern und sollte dringend erweitert
254 werden.

255 Hessen muss endlich ernst machen mit der Bürger*innenbeteiligung. Hessische Bürger*in-
256 nen haben das Recht, über landespolitische Fragestellungen mit zu entscheiden!

257 Wir gehen aber noch einen Schritt weiter. Die Bürger*innenbeteiligung in Form von Volks-
258 entscheiden und Volksbegehren reicht nicht aus, um den Bürger*innenwillen wirklich konti-
259 nuierlich in den hessischen Landtag zu tragen. Daher setzen wir uns für die Bildung von
260 Wahlkreisgremien ein. Den Wahlkreisabgeordneten käme in einem solchen Gremium eine
261 ganz neue Bedeutung zu, die sie dazu verpflichten würde, künftig keine Politik der Parteilinie
262 allein zu forcieren, sondern eine Politik für die Menschen und Unternehmen im heimischen
263 Wahlkreis zu betreiben.

264 Lassen Sie gemeinsam mit uns eine neue politische Kultur entstehen. Wir FREIE WÄHLER
265 stehen für den entschlossenen Ausbau direkter Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger*innen
266 in der Politik. Politik lebt von dem Engagement und der Gestaltungsbereitschaft der Bür-
267 ger*innen. Unsere Überzeugung ist es, dass mit der Weiterentwicklung unseres demokrati-
268 schen Staatssystems wesentliche Verbesserungen zu erwarten sind – vom Steuerwesen
269 über die Staatsfinanzen bis hin zu Bildung, Gesundheit und Umweltschutz.

270

271

272 **... durch digitale und transparentere Verwaltungsstrukturen**

273 Wir FREIE WÄHLER leiten aus der vom Stein'schen Tradition heraus unseren Anspruch ab,
274 die kommunalpolitische Bürger*innenbewegung weiter voranzutreiben und im hessischen

275 Landtag zu etablieren. Dazu zählen wir auch eine Verschlinkung des staatlichen Verwal-
276 tungsapparates, sofern dies angezeigt und möglich ist. Eine große Chance hierfür ist die
277 Optimierung durch Digitalisierung. Durch diese wird ein transparenter und schneller Einbe-
278 zug der Bürger*innen in Entscheidungs- und Beteiligungs- bzw. Mitwirkungsprozesse mög-
279 lich. Überdies können, gewissermaßen durch einen Akt der Selbstverwaltung, auch Steuer-
280 gelder eingespart werden.

281 Dass dies notwendig ist, liegt auf der Hand. Noch immer arbeiten Land, Landkreise und
282 Kommunen viel zu oft aneinander vorbei. Aus Sicht der Bürger*innen stellen sie in der Wahr-
283 nehmung meist ohnehin schon ein geschlossenes staatliches Unternehmen dar – und als
284 solches müssen sie künftig auch fungieren.

285 Es ist mit normalem Menschenverstand nicht nachzuvollziehen, dass verschiedene Behör-
286 den beispielsweise mit unterschiedlichen Hard- und Softwarelösungen operieren. Inkompa-
287 tibilitäten sind vorprogrammiert, von den vermehrten Anschaffungskosten ganz zu schwei-
288 gen. Auch die doppelte Buchführung in Kommunen, die sogenannte Doppik, verschlingt
289 Gelder, die an anderer Stelle besser investiert werden könnten. Offensichtlich lassen sich
290 staatliche Institutionen gerne von dem Gedanken leiten, dass es nicht „ihr“ Geld sei, das sie
291 da verausgaben. Hier muss man aber ganz klar entgegenen, dass die Verschwendung von
292 Steuergeldern nicht nur moralisch verwerflich ist, sie ist zudem kein Kavaliersdelikt. Daher
293 unterstützen wir die Forderung des Bundes der Steuerzahler (BdS), die Verschwendung
294 von Steuergeld unter Strafe zu stellen. Zusätzlich zum „klassischen“ Untreueparagrafen (§
295 266 StGB) muss der Straftatbestand der Haushaltsuntreue (§ 349 StGB) im Strafgesetzbuch
296 verankert werden, wodurch die Verfolgung und Bestrafung von Steuergeldverschwendung
297 durch Staatsdiener und Amtsträger möglich wird. Der Landesrechnungshof als zentrale
298 Prüfstelle muss mit wirksamen Sanktionsmöglichkeiten ausgestattet werden, um nachhal-
299 tige Änderungen herbeizuführen.

300 Steuergelder in nicht bezifferter Höhe werden auch durch den Luxus verschiedener Regie-
301 rungspräsidien und Landesbehörden in Hessen verschlungen. Diesem Missstand gilt es
302 durch Verschlinkung der Strukturen endlich zu begegnen. Hierfür ist eine Evaluation sämt-
303 licher Aufgaben auf der Verwaltungsebene in den Regierungspräsidien sowie in den ver-
304 schiedenen Landesbehörden, landeseigenen Gesellschaften und Landesbeteiligungen
305 dringend notwendig. Kostenintensive Verwaltungsstrukturen können so eruiert und elimi-
306 niert werden.

307 Betroffen hiervon muss auch der Hessische Landtag sein. Eine Reduzierung um 20 Abge-
308 ordnete ist vertretbar. Auch soll künftig zur Vermeidung von Interessenskonflikten eine Dop-
309 pelfunktion – Mitglied im Hessischen Landtag und Mitglied in einem Kreistag – unterbunden
310 werden. Eine Trennung von Amt und Mandat ist überdies zeitgemäß, um einen fortwähren-
311 den Widerspruch zum Konzept der Gewaltenteilung endlich zu begegnen.

312 Weiteres Einsparpotential bietet auch durch die ersatzlose Streichung der Position der
313 Staatssekretär*innen, können der Aufgaben nach unserer Auffassung doch auch von den
314 jeweiligen Behördenleiter*innen übernommen werden. Bei einem monatlichen Grundgehalt
315 von mehr als 10.000 Euro beläuft sich das jährliche Einsparpotential bei derzeit elf hessi-
316 schen Staatssekretär*innen auf eine ordentliche Summe, die beispielsweise in die bessere
317 Ausstattung von Bildungseinrichtungen fließen könnte.

318 Generell ist eine solide Haushaltspolitik gerade in einer Gesellschaft des demographischen
319 Wandels dringend notwendig. Die Schuldenberge der Gegenwart dürfen die nachfolgenden
320 Generationen nicht erdrücken. Einsparpotential oder Umschichtungsmöglichkeiten gibt es
321 zahlreich. Bestehende Strukturen müssen lediglich anders umgesetzt werden. Deshalb hal-
322 ten wir eine dauerhafte Einrichtung einer „Denkfabrik Zukunft“ zur Lösung der kommenden
323 kommunalen Herausforderungen für angebracht. Sachkundige Bürger*innen, Verwaltung
324 und Politik – auch die ehrenamtliche Politik – müssen dort frei von Denkverboten und jegli-
325 chen Parteibuchvorgaben belastbare Lösungsansätze für unsere Zukunft suchen.

326 Mit Blick auf die zum Teil noch immer sehr schwerfälligen Verwaltungsstrukturen ist neben
327 deren deutlichen Verschlankung eine digitale Transformation nach Vorbild Estlands ein
328 Muss. Der estnische Staat begreift sich als „digital by default“. Hinter dieser Begrifflichkeit
329 verbirgt sich realisierte e-Governance in Form einer 99-prozentigen Online-Verfügbarkeit
330 staatlicher Services. Auch die Vernetzung von fast 1.000 Institutionen inklusive Datenban-
331 ken zählt hierzu, e-Health-Care und e-Schools sind ebenso implementiert wie ein Online-
332 Wahlsystem (e-Voting) oder die elektronische Steuererklärung. Während in Deutschland
333 und Hessen schnelles Internet noch immer nicht allgegenwärtig ist und die politische Schicht
334 in Wiesbaden sich lediglich mit Versprechen an die Bürger*innen überschlägt, ist der Inter-
335 netzugang in Estland ein verbrieftes „soziales Recht“, das auch im breiten öffentlichen Raum
336 uneingeschränkt nutzbar ist. Die Zukunft hat also begonnen – in Estland. Sich bezüglich der
337 Umwandlung öffentlicher Verwaltungsstrukturen an den estnischen Erfahrungen zu orien-

338 tieren, ist ratsam. Nach Eigenaussage liegen die jährlichen Einsparungen allein in der elekt-
339 ronischen Verwaltung in der Höhe der Arbeitszeit von 800 Jahren. Diese finanziell zu bezif-
340 fern, würde Synergieeffekte in ungeahnter Höhe freisetzen.

341 Darum muss die Umstellung alltäglicher Verwaltungsaufgaben in den Kommunen forciert
342 und Landesgesetze hierfür endlich novelliert werden. Die homogene Integration in beste-
343 hende (Bundes-)Standards ist für einen reibungslosen Datenabgleich und -austausch es-
344 sentiell.

345

346

347 **... durch Autarkie der Kommunen**

348 Hessen hat sich im Laufe der jahrzehntelangen CDU-Regierung zu einem wahrhaft trägen
349 Organ entwickelt, das Entscheidungen überwiegend nur noch in Wiesbaden treffen kann.
350 Der längst vergessen geglaubte jakobinische Zentralismus Frankreichs scheint sich auf die
351 hessische Landeshauptstadt verlagert zu haben. Immer häufiger und zunehmend stärker
352 mischt sich der hessische Zentralstaat mit seiner Hauptstadt Wiesbaden in die kommunale
353 Selbstverwaltung ein. Bürger*innen können vor Ort kaum noch Entscheidungen treffen, sie
354 sind abhängig von der feisten Landesregierung. Bürokratische Prozesse kommen als wahr-
355 hafte Monster daher, die offensichtlich nur ein Ziel haben: immer mehr Personal in Wiesba-
356 den zu installieren – ohne Fokus auf die eigentlichen Auswirkungen. Vor Ort fehlt Geld; nicht
357 plötzlich, sondern seit der Gebietsreform in den 1970er Jahren. Hessische Kommunen sind
358 seit Jahrzehnten flächendeckend unterfinanziert, Investitionsstaus sind die Folge. Regio-
359 nale Entscheidungen, wie beispielsweise die über die Schließung eines Krankenhauses o-
360 der der Sanierung maroder Schulgebäude, sind nicht gewollt, sie werden durch das Zent-
361 ralstaat-Gehabe aktiv unterbunden. Hessen muss durch einen politischen Kurswechsel end-
362 lich wieder zurückkehren dürfen zu selbstständigen und starken Städten und Gemeinden.
363 Auch darf den Kommunen nicht weiter aufgebürdet werden, von der Landesregierung neu
364 erhobene Gebühren und Steuern umzusetzen bzw. bestehende Steuersätze anzuheben.
365 Die Steigerung der finanziellen Belastungen darf nicht weiter auf Kosten der Bürger*innen
366 gehen. Dies gilt insbesondere für delegierte Aufgaben. Das Konnexitätsprinzip – „Wer be-
367 stellt, bezahlt!“ – muss endlich Anwendung finden. Von der wahrhaft kostenfreien (frühkind-
368 lichen) Bildung über die Schüler*innenbeförderung bis zur noch immer aktuellen Flüchtlings-
369 politik. Hierfür gilt es auch, den kommunalen Finanzausgleich stärker unter die Lupe zu

370 nehmen. Hessen braucht leistungsfähige und finanzstarke Kommunen, dazu muss die Er-
371 stattung aus dem kommunalen Finanzausgleich den Aufgaben der Städte und Gemeinden
372 angepasst werden. Zusätzlich zur finanziellen Stärkung muss den Kommunen auch wieder
373 eine stärkere politische Verantwortung zugesprochen werden. Diese muss dort wahrgenom-
374 men werden, wo auch die Folgen der politischen Entscheidungen zu tragen sind. Hierfür
375 sind handlungsstarke Kommunen mit einer ausreichenden Finanzmittelausstattung und Pla-
376 nungssicherheit notwendig.

377 Auch darf Hessen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs nicht weiter als Geberland in
378 den gemeinsamen Topf für finanzschwächere Bundesländer einzahlen und diesen dadurch
379 die Gebührenbefreiung im Bereich der frühkindlichen Bildung oder auch der Straßenaus-
380 baubeiträge zu ermöglichen, während hessische Bürger*innen zunehmend mehr unter der
381 Last leiden. Wir brauchen endlich einen fairen Lastenausgleich der Bundesländer, damit
382 auch die hessischen Bürger*innen sich ein Mehr an Lebensqualität leisten können. Hessen
383 ist nicht länger der Lastenesel der Nation!

384

385

386

387 ***Kluge Köpfe braucht das Land – Gebührenfreie Bildung***

388 Bereits 1948 konstatierten die Vereinten Nationen in Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung
389 der Menschenrechte, dass jeder Mensch das Recht auf unentgeltliche Bildung habe, wenn-
390 gleich dies auf Grundschulunterricht und grundlegende Bildung beschränkt wird. Und genau
391 hier stellt sich per se die Frage: Was ist grundlegende Bildung?

392

393 Wir FREIE WÄHLER sehen Bildung als das höchste Gut, dass Mitglieder einer modernen
394 Gesellschaft erwerben können. Darum muss Bildung grundsätzlich gebührenfrei sein – von
395 der Krippe bis zum 1. Ausbildungsabschluss (Berufsausbildung, Meister bzw. Studium).

396

397 Bildung verschafft Zugang zu Arbeit und Wohlstand. Bildung ermöglicht Bürger*innen eine
398 mündige Teilhabe in und an der Gesellschaft. Bildung ist der Wegbereiter für Demokratie.
399 Bildung muss, wie auch schon 1948 von den Vereinten Nationen formuliert, „auf die volle

400 Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung vor den Men-
401 schenrechten und Grundfreiheiten gerichtet sein. Sie muß zu Verständnis, Toleranz und
402 Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassischen oder religiösen Gruppen beitra-
403 gen und der Tätigkeit der Vereinten Nationen für die Wahrung des Friedens förderlich sein.“

404 (VN: Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Art. 26, Abs. 2)

405 Bildung verschafft Aufklärung, die, wie wir seit Kant wissen, den Ausgang des Menschen
406 aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit darstellt. Mit anderen Worten: Durch Bildung
407 wird nicht einzig Wissen und Können gebildet, vielmehr werden auch Herz und Charakter
408 geformt. Durch Bildung bekommt unsere Gesellschaft selbständig denkende, kritische und
409 engagierte junge Menschen, die bereit und in der Lage sind, Verantwortung für sich und die
410 Gesellschaft zu übernehmen.

411 Grundlage hierfür ist die Bildungspolitik, die für eine größtmögliche Chancengerechtigkeit
412 Sorge tragen muss. Bildungserfolg darf nicht vom sozioökonomischen Status der Eltern o-
413 der vom Zugang zu bzw. der Gewährung von Bildungskrediten abhängen. Deshalb muss
414 Bildung uneingeschränkt gebührenfrei sein, was auch den kostenfreien Zugang zu Lehrmit-
415 teln impliziert.

416 Alle Kinder, alle Bürger*innen, gleich welcher ethnischen oder sozialen Herkunft, muss die
417 gleiche Chance gewährt werden, erfolgreich am Bildungssystem zu partizipieren. Neben der
418 Förderung von Personen aus bildungssystemfernen Schichten zählt hierzu auch die Förde-
419 rung von Personen mit Zuwanderungsgeschichte, denen besondere Aufmerksamkeit zuteil-
420 werden soll, sofern sie über keine oder nur rudimentäre Sprachkenntnisse verfügen, um
421 uneingeschränkt am Bildungssystem bzw. der Arbeitswelt partizipieren zu können. Es gilt
422 hier flexibel zu (re-)agieren, Sprachkurse zu optimieren und diese vielleicht auch außerhalb
423 von normalen Unterrichtseinheiten anzubieten, um eine uneingeschränkte Teilnahme an
424 Bildung und Beruf zu ermöglichen.

425 Bislang ist die Realität im föderalistischen Bildungssystem jedoch eine andere. Weder
426 Schwarz-Rot auf Bundesebene, Schwarz-Gelb auf Bundes- und Landesebene oder
427 Schwarz-Grün auf Landesebene ist es in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten gelungen,
428 positive Impulse hin zu einem gerechte(re)n Bildungssystem zu setzen.

429

430 Wir FREIE WÄHLER finden: Zeit das sich das ändert!

431

432 Wir erachten die Schaffung eines gerechten Bildungssystems als Teamaufgabe. Notwendig
433 hierfür ist zunächst die Aufhebung des sogenannten Kooperationsverbots im Schulbereich,
434 wodurch der Bund künftig auch in den Ländern Bildung (mit-)finanzieren darf. Durch diese
435 Mitverantwortung des Bundes wird ein besseres Zusammenspiel der einzelnen Akteure
436 möglich: Bund – Land – Kommunen – Bildungsinstitutionen (Kindertagesstätten, Kinderkrip-
437 pen, Schulen, außerschulische Bildungseinrichtungen) – Familien.

438 Durch den Einbezug des Bundes wird die föderalistische Hoheitlichkeit der einzelnen Län-
439 der durchbrochen und eine zeitgemäße Durchlässigkeit zwischen den Ländern erreicht:
440 Schüler*innen und Lehrer*innen wird endlich ein flexibler Wechsel zwischen den Ländern
441 ermöglicht.

442 Auch die Kommunen finden eine bessere Entlastung, wenn es um finanzielle Fragen bei-
443 spielsweise bei der Renovierung von maroden Schulgebäuden geht. Der bundeweite Inves-
444 titionsstau auf kommunaler Ebene im Bereich von Schulen und Einrichtungen der Erwach-
445 senenbildung beläuft sich mittlerweile auf mehr als 32 Milliarden Euro (vgl. KfW-Kommunal-
446 panel 2017), genauere Zahlen für einzelne Bundesländer liegen nicht vor. Ein nicht weiter
447 tragbarer Zu- und Umstand, dem es zu begegnen gilt, gerade weil Bildung weiter definiert
448 werden muss als reine Wissensvermittlung. Die Investition von 533 Millionen Euro im Rah-
449 men des Investitionsförderprogramms „KIP macht Schule“ der hessischen Landesregierung
450 ist hier nur ein erster Tropfen auf den heißen Stein.

451 Gute Bildung braucht ein gutes Umfeld, gilt doch nicht zuletzt der Schulraum neben Schü-
452 ler*innen und Lehrer*innen in Skandinavien als „dritter Pädagoge“. Weitergedacht folgt da-
453 raus per se, dass Bildung auch keiner zeitlichen Begrenzung unterliegen kann. Bildung be-
454 ginnt bereits im Kleinkindalter, setzt sich fort in Schule, Ausbildung/Studium und entwickelt
455 sich schließlich zu einem lebenslangen Prozess. Die Politik muss die geeigneten Rahmen-
456 bedingungen dafür schaffen.

457

458 Wir FREIE WÄHLER finden: Bildung muss endlich als Prozess betrachtet werden!

459

460 Wir wollen das bestehende Bildungssystem verbessern und – gerade im Bereich der Digi-
461 talisierung – fortschrittlich denken. Ein Anfang stellt das Prinzip der „Bildung aus einer Hand“
462 dar. Darunter verstehen wir, dass sowohl die frühkindliche Bildung als auch die Hochschul-

463 bildung gemeinsam mit der schulischen Bildung und der Erwachsenenbildung in einem Mi-
464 nisterium vereint werden. Eine gute Bildungspolitik soll sich am Wohl der jungen Menschen,
465 der Bürger*innen orientieren, sie fördern und fordern, ohne sie zu überfordern. Bildung muss
466 die einzelnen Phasen abbilden und bedienen.

467

468

469 **Frühkindliche Bildung**

470 Frühkindliche Bildung wirkt sich nachhaltig positiv auf die zukünftigen Bildungs- und Lern-
471 prozesse unserer Kinder aus und trägt maßgeblich dazu bei, Chancengleichheit zu schaf-
472 fen. In den ersten Lebensjahren bis zum Grundschuleintritt wird die Basis für die Entwick-
473 lungs- und Bildungschancen gelegt. Die Frühkindliche Bildung, bestehend aus Bildung, Er-
474 ziehung und Betreuung muss in den Fokus gerückt werden, da sie den Ausgangspunkt ei-
475 nes jeden Kindes im Bildungssystem darstellt. Daher ist ein einheitlicher und verbindlicher
476 Bildungs- und Erziehungsplan (BEP) für Kinder von 0-10 Jahren dringend notwendig.

477

478

479 ***Gleiche Chancen für alle Kinder – Bildungsgerechtigkeit von Anfang an***

480 Wir wollen eine Bildungspolitik, bei der alle Kinder unabhängig von ethnischer oder sozialer
481 Herkunft und unabhängig vom Geldbeutel der Eltern gleich ihre Fähig- und Fertigkeiten aus-
482 bilden können, um später ihr Lebensglück zu finden. Dafür muss das hessische Kinderför-
483 derungsgesetz zu einem verbindlichen Qualitätsstandard ausgebaut werden, der einheitli-
484 che Standards in der Kindertagesbetreuung definiert und so jedem Kind Chancengleichheit
485 garantiert.

486 Für Bildungsgerechtigkeit von Anfang an muss eine KiTa-Pflicht ab dem 4. Lebensjahr ver-
487 bindlich eingeführt werden. Durch die Schaffung eines festen zeitlichen Rahmens von 8 Uhr
488 bis 12 Uhr wird allen Kindern die Teilnahme an einem festen Kerncurriculum ermöglicht,
489 wodurch einheitliche Elemente der frühkindlichen Bildung vermittelt werden können. Ein rei-
490 nes Betreuungsangebot im Sinne einer Beaufsichtigung lehnen wir ab. Durch einen solch
491 standardisierten Bildungsplan für Kinder ab dem 4. Lebensjahr bei gleichzeitigem Pflichtbe-
492 such in den letzten beiden Jahren vor Schuleintritt wird eine verbindliche Bildungsqualität
493 erreicht, die einen erfolgreichen und nahtlosen Übergang von der KiTa in die Grundschule

494 garantiert. Hierfür muss der hessische Bildungs- und Erziehungsplan eine grundlegende
495 Überarbeitung erfahren und verbessert werden.

496 Zudem stellt eine KiTa-Pflicht ab dem 4. Lebensjahr sicher, dass allen Kindern vor Eintritt in
497 die Grundschule ausreichend Deutschkenntnisse vermittelt werden, damit diese von Anfang
498 an dem Unterricht folgen können. Sollte es sich um Kinder mit Zuwanderungsgeschichte
499 handeln, deren Eltern ebenfalls über keine oder nur rudimentäre Sprachkenntnisse verfü-
500 gen, wäre eine gemeinsame Sprachförderung von Kindern und Eltern auch außerhalb der
501 KiTa denkbar.

502

503

504 ***Gebührenfreie Kindertagesstätten***

505 Wir wollen gebührenfreie Bildung, Erziehung und Betreuung in hoher Qualität im Land Hes-
506 sen. Damit soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet und den Kindern die
507 besten Voraussetzungen gegeben werden, um sich zu entwickeln.

508 Eine gebührenfreie Bildung von der Krippe bis zum 1. Ausbildungsabschluss (Berufsausbil-
509 dung bzw. Meister/Studium) ist oberstes Ziel für Bildungsgerechtigkeit. Diese äußeren Rah-
510 menbedingungen, die Kostenfreiheit, muss jedoch um inhaltliche Aspekte ergänzt werden.
511 Nur durch qualitativ hochwertige Bildungsinhalte kann wahre Bildungsgerechtigkeit erreicht
512 werden. Die Schaffung verbindlicher Kerncurricula ist daher ein erklärtes Ziel. Die Finanzie-
513 rung muss sich – wie beim bewährten System der Schule – auf Land und Kommunen/Kreise
514 verteilen: Die Länderhoheit muss für die Finanzierung des Personals im Elementarbereich
515 gelten und die Hoheit der Kommunen soll in der Finanzierung der Gebäude und Sachmittel
516 bestehen.

517

518

519 ***Landeseinheitliche Ausbildung pädagogischer Fachkräfte***

520 Wir wollen eine pädagogisch hochwertige Bildung, Erziehung und Betreuung in Hessen si-
521 cherstellen. Die Grundvoraussetzungen dafür sind einheitliche Ausbildungsinhalte sowie
522 Ausbildungsvorgaben für gut ausgebildetes und angemessen bezahltes Personal mit unbe-
523 fristeten Verträgen. Auch ist eine grundlegende Reform des Hessischen Kinderförderungs-
524 gesetzes (HessKiföG) notwendig, in dem der Betreuungsschlüssel geregelt wird.

525 Frühkindliche Bildung kann nur von gut ausgebildeten pädagogischen Fachkräften geleistet
526 werden. Daher müssen Leitungen und Führungspersonal von Krippeneinrichtungen für Kin-
527 der von 0-3 Jahren und Kindertagesstätten für Kinder von 3-6 Jahren zukünftig ausschließ-
528 lich mit qualifiziertem Fachpersonal besetzt werden.

529 Elementarpädagog*innen sowie Sozialpädagog*innen mit Hochschulstudium haben ge-
530 meinsam mit Erzieher*innen die größtmögliche Fachexpertise, um den gestellten Anforde-
531 rungen von Bildung, Erziehung und Betreuung vor Ort fachlich gerecht werden zu können.
532 Durch Einbeziehung akademischer Bildungsberufe werden Erzieher*innen in ihrer eigentli-
533 chen Arbeit, der Kinderbetreuung, deutlich entlastet. Zugleich werden die zentralen und re-
534 levanten Aspekte frühkindlicher Bildung von eigens hierfür ausgebildeten Fachkräften ver-
535 mittelt, die zudem auch die administrative Leitung der Einrichtungen übernehmen. Auch der
536 zusätzliche Einsatz von Ergänzungsfachkräften – beispielsweise Kinderpfleger*innen, So-
537 zialassistent*innen, Umwelt- und Bewegungspädagog*innen sowie Ernährungsberater*in-
538 nen – soll künftig für eine zusätzliche Unterstützung der Erzieher*innen sorgen. Dadurch
539 kann auch die frühkindliche Bildung in verschiedenen Schwerpunkten professionalisiert wer-
540 den. Beispielhaft sei hier auf die Ernährungslehre sowie die noch immer fehlende Koopera-
541 tion von Kindertageseinrichtungen und Sportvereinen verwiesen: Ein professioneller Um-
542 gang in Institutionen der frühkindlichen Bildung stellt eine Säule in der gesundheitlichen
543 Prävention dar.

544 Die staatlich geprüfte Ausbildung als Erzieher*in muss ergänzend hierzu künftig einen eige-
545 nen Schwerpunkt „frühkindliche Bildung“ erhalten. Dies garantiert, dass Erzieher*innen, die
546 im Bereich der Elementarpädagogik (Krippe und KiTa) arbeiten, während der Ausbildung
547 den Schwerpunkt „frühkindliche Bildung“ absolviert haben und somit die bestmögliche Qua-
548 lifikation für Bildung, Erziehung und Betreuung der Kleinsten haben.

549 Gruppenleitungen in den Krippen und KiTas sollen künftig ausschließlich ausgebildete Er-
550 zieher*innen mit dem Schwerpunkt „frühkindliche Bildung“ übernehmen können. Diese kön-
551 nen sich dadurch ihrer genuinen Aufgabe, der Arbeit mit den Kindern, widmen.

552
553

554 **Schule**

555 Die Schulbildung ist ein großer Bestandteil innerhalb der Bildungs- und Lernprozesse, die
556 unsere Kinder erfahren und durchlaufen. Entscheidend ist daher, dass qualitativ hochwer-
557 tige Schulbildung nicht auf wenige Standorte beschränkt sein darf, gerade auch in ländlichen
558 Regionen. Wir brauchen zukunftssichernde Bildungsregionen für unsere Kinder bzw. müs-
559 sen bestehende erhalten, in all ihrer Pluralität, die auch die Existenz von Förderklassen
560 umfasst. Das bedeutet natürlich auch, dass Schulen eine personelle und materielle Stär-
561 kung erfahren müssen, um einen hohen qualitativen Unterrichtsstandard zu gewährleisten.
562 Mehr und besser ausgebildete Lehrer*innen können nicht in maroden Gebäuden mit einer
563 Ausstattung aus dem letzten Jahrhundert unterrichten.

564 Die Lehrer*innenausbildung muss überdacht werden, da neben der didaktisch versierten
565 und fachlich fundierten Wissensvermittlung auch die Persönlichkeitsentwicklung von Schü-
566 ler*innen gefördert werden muss. Hierfür brauchen wir Lehrer*innenpersönlichkeiten, denen
567 durch unbefristete Verträge auch eine Perspektive geboten werden muss. Auch müssen wir
568 Schule nicht nur als Institution sehen, sondern als Gebäude betrachten. Auch für den Schul-
569 raum muss endlich ein Mindeststandard gelten, betrachtet man diesen – wie in skandnavi-
570 schen Ländern üblich – als „dritten Pädagogen“. Die flexible Nutzung und individuelle Ge-
571 staltung von Klassenzimmern erlaubt Schüler*innen und Lehrkräften gleichermaßen, sich
572 wohlfühlen. Positive Auswirkungen auf Konzentration, Lern- und auch Lehrklima sind lo-
573 gische Konsequenz.

574 Schulen müssen sich den veränderten situativen Gegebenheiten anpassen. Dazu gehört
575 die Entlastung des bestehenden Lehrpersonals durch Ergänzungsfachkräfte – beispiels-
576 weise Sozialarbeiter*innen, Sozialpädagog*innen, Psycholog*innen, Beratungslehrer*in-
577 nen, Erlebnis- und Umweltpädagog*innen oder Ernährungsberater*innen. Gepaart mit klei-
578 neren Klassengrößen in allen Schularten sollte dies der Garant für eine verbesserte Durch-
579 lässigkeit des Schulsystems sein, sofern einheitliche Bildungsstandards gelten.

580

581

582 ***Einheitliche Bildungsstandards***

583 Die Einführung bundesweiter vergleichbarer Bildungsstandards für alle Schulabschlüsse
584 begrüßen wir. Prämisse für bundeseinheitliche Bildungsstandards sind einheitliche Lan-
585 desstandards, die es auch in Hessen erst zu schaffen gilt.

586 Schulen sollen eine konkrete und nachhaltige Unterstützung erfahren bei der Umsetzung
587 der hessischen Kerncurricula, um landesweit einheitliche – hessische – Bildungsstandards
588 zu sichern. Ziel muss es sein, den Bildungs- und Erziehungsplan (BEP) um den gesamten
589 schulischen Bereich zu erweitern. Der Bildungs- und Erziehungsplan muss in Hessen für
590 Kinder von 0 bis 18 Jahren gelten, Bildung muss von Anfang an sichergestellt sein. Durch
591 verbindliche Kerncurricula im gesamten Bildungsbereich können Übergänge für Schüler*in-
592 nen positiv gestaltet werden. Darüber hinaus kann jede einzelne Schule individuelle Schwer-
593 punkte setzen.

594 Berücksichtigung dabei finden sollten jedoch verstärkt auch musische und handwerkliche
595 Fächer sowie der oftmals vernachlässigte Schulsport. Gesteigerte Konzentration und ein
596 damit einhergehender höherer Lernerfolg werden auf einfachste Art durch sportliche Betä-
597 tigung bei Kindern herbeigeführt. Mit anderen Worten: Ein verstärktes Augenmerk auf Schul-
598 sport kann Lernschwierigkeiten beseitigen. Dies bestätigt aktuell auch der Landessportbund
599 Hessen mit seiner Kampagne „Sport bildet und bewegt – Schule und Verein“, mit der er auf
600 die positiven Auswirkungen des Sporttreibens im Kontext mit Bildung aufmerksam macht.
601 Auch musische und handwerkliche Fächer nehmen positiven Einfluss auf die kindliche Ent-
602 wicklung, ist doch die Schule oftmals noch immer der einzige Ort, an dem Schüler*innen mit
603 Musik, Malerei und handwerklicher Gestaltung in Berührung kommen.

604 Zu überdenken bei der Schaffung bundesweiter bzw. landesweiter Bildungsstandards ist die
605 einheitliche Einführung von alltagsrelevanten Fächern wie Ernährungslehre, Jura, Finanz-
606 und Wirtschaftslehre, Informatik, Gemeinschafts- und Heimatkunde. Hierdurch können lang-
607 fristig und nachhaltig die spätere Lebensrealität und Lebenswelt von Schüler*innen verän-
608 dert werden, hin zu mündigen Bürger*innen, die sich ein Stück weit unabhängig machen
609 von den augenwischenden Strategien der Ernährungs- und Wirtschaftsindustrie oder auch
610 von extremistischen Einflüssen aus dem linken, rechten oder religiösen Lager. Eine zentrale
611 Stellung sollte hierbei deshalb auch die Auseinandersetzung mit der Geschichte des eige-
612 nen Landes einnehmen, indem Besuche von Gedenkstätten/Erinnerungsorten faschisti-
613 scher und kommunistischer Gewalt/Diktaturen in pädagogische Unterrichtskonzepte inte-
614 griert werden.

615

616

617 **Unterricht**

618 Der Unterricht muss von pädagogisch ausgebildeten Lehrkräften erteilt werden. Es gilt das
619 Fachkräftegebot. Um Fachkräftemangel dauerhaft zu vermeiden, bedarf es einer landes-
620 weiten langfristigen professionellen Bedarfsplanung.

621

622

623 **Digitalisierung/Medienkompetenz**

624 Für die Digitalisierung müssen in allen Schulformen und Schularten endlich Rahmenbedin-
625 gungen geschaffen werden, um den Lehrer*innen mehr Freiraum für die Unterrichtsgestal-
626 tung zu eröffnen. Dies ist eine Grundvoraussetzung, damit Schüler*innen überhaupt die
627 Möglichkeit gegeben wird, Medienkompetenz zu erwerben. Dies ist bereits heute eine
628 Schlüsselqualifikation, die in unserem digitalen Zeitalter mehr denn je als Voraussetzung für
629 die Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen gilt.

630 Grundlage für den Erwerb von Medienkompetenz ist eine entsprechende Ausstattung der
631 Schulen sowie umfangreiche Kenntnisse auf Seiten der Lehrkräfte. Zugleich muss hier aber
632 auch eine Schulung der Erziehungsberechtigten mit in Betracht gezogen werden, damit ein
633 autarker Umgang mit mobilen Endgeräten und Computern, dem Internet sowie Medienin-
634 halten gelingen kann. Dies ist zugleich auch eine zentrale Prämisse für einen wirksamen
635 Kinder- und Jugendmedienschutz. Kindern und Jugendlichen muss durch Medienpäda-
636 gog*innen Wissen über Datenschutz, vor allem im Bereich sozialer Netzwerke, nahege-
637 bracht werden, um sie zu kritischen User*innen auszubilden, die sich auch der Gefahren
638 von Cybermobbing bewusst sind. Ziel muss es sein, die Schüler*innen über ihre Rechte im
639 digitalen Raum aufzuklären. Diese Initiative sollte auch auf außerschulische Einrichtungen
640 ausgedehnt werden, um neben Kindern und Jugendlichen auch Erwachsenen ein entspre-
641 chendes frei zugängliches Angebot für den Erwerb von Medienkompetenz anbieten zu kön-
642 nen. Besonderes Augenmerk sollte zusätzlich auf die zum Teil spezifischen Anforderungen
643 bei Senior*innen gelegt werden, die es mit zu berücksichtigen gilt.

644 Schulen wie auch außerschulische Bildungseinrichtungen benötigen endlich eine bessere
645 IT-Ausstattung sowie flächendeckendes WLAN, um die erforderlichen Inhalte zu vermitteln.
646 Nur dann können Schüler*innen wie auch Bürger*innen breite und praxisnahe Information
647 zu Themen wie Open-Data o.ä. erhalten und sich selbst ausprobieren, beispielsweise in
648 Form kleinerer Programmierungen.

649 Eine nicht repräsentative Umfrage von hr-info im April dieses Jahres hat gezeigt, dass Hes-
650 sen einem Flickenteppich gleicht, wenn es um die Ausstattung der Schulen mit schnellem
651 WLAN geht. Die technische Ausstattung ist jedoch nur die eine Seite der Medaille. Wenn es
652 an adäquat ausgebildetem Personal, also Lehrkräften und auch entsprechendem techni-
653 schen Personal fehlt, dann läuft jegliche Investition in die digitale Ausstattung zwangsläufig
654 ins Leere. Hier gilt es, eine gezielte Förderung anzuvisieren.

655

656

657 ***Finanzierung/Verantwortlichkeit***

658 Bei der Finanzierung von Schule – als Institution und Gebäude – muss nach Verantwortlich-
659 keit unterschieden werden. Wir sind der Auffassung, dass eine Länderhoheit für das Perso-
660 nal des Elementarbereiches und des schulischen Bereiches gelten muss, um Bildung „aus
661 einem Guss“ zu gewährleisten. Die Hoheit der Kommunen soll in der Finanzierung der Ge-
662 bäude und Sachmittel bestehen. Dadurch wird es den Kommunen auch leicht(er) möglich,
663 Schulgebäude für andere kulturelle und gesellschaftliche Aktivitäten, für andere Personen
664 als Schüler*innen zu öffnen. Bestehende Gebäude können flexibel und mehrfach genutzt
665 werden; dies betrifft auch die (schulischen) Sportstätten wie Turnhallen und Schwimmbäder.
666 Auch für diese ist eine erweiterte Nutzung für umfangreiche Bildungs- und Freizeitangebote
667 denkbar. So wird die Schule von einem „ausschließlichen“ Ort der Bildung zu einem Ort der
668 Begegnung, der Kultur, des Gemeinwesens.

669

670

671 ***Inklusion an Schulen umsetzen***

672 Wir wollen, dass alle Kinder eine gleichberechtigte und uneingeschränkte Teilhabe an allen
673 Aktivitäten des schulischen Lebens erhalten. Inklusion ist eine große Zukunftsherausforde-
674 rung, die bundesweit an Schulen umgesetzt werden muss. Die Qualität des Unterrichts darf
675 nicht unter neuen Zusatzaufgaben der Lehrkräfte leiden. Die Schüler*innen müssen im Fo-
676 kus stehen.

677 Inklusion wird erfolgreich sein, wenn weiteres Fachpersonal, insbesondere pädagogisches
678 und medizinisches Fachpersonal, in ausreichendem Maße zur Verfügung steht. Dies wollen
679 wir zum Wohle aller Kinder, Jugendlicher und junger Erwachsener für ein gemeinsames und
680 erfolgreiches Lernen sicherstellen.

681 Das Bundesteilhabegesetz wollen wir in vollem Umfang umsetzen. Dabei hat der Bund für
682 eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Aufwandsträger Sorge zu tragen. Inklusion
683 darf nicht zu einer zusätzlichen Belastung für Bürger*innen und Kommunen werden.

684 Der Besuch einer Förderklasse muss, sofern Eltern das für ihr Kind präferieren, weiterhin
685 möglich sein. Ziel aber ist es, die Rahmenbedingungen in den Schulen so anzupassen, dass
686 alle Kinder gemeinsam lernen können. Dazu ist ausreichendes Personal und räumliche Aus-
687 stattung zwingend erforderlich.

688

689

690 **Schulsozialarbeit**

691 Schulsozialarbeit muss in allen Schulformen angeboten werden, um Schüler*innen eine
692 weitere Hilfestellung im Bedarfsfall zukommen zu lassen und um eine Entlastung des be-
693 stehenden Lehrpersonals zu erreichen.

694

695

696 **Grundschule**

697 Wohnortnahe Grundschulstandorte müssen besonders im ländlichen Raum erhalten wer-
698 den, um unseren Kindern zukunftsichernde Bildungsregionen zu garantieren. Auch ist eine
699 Vernetzung des Elementar- und Primarbereiches sinnvoll.

700

701

702 **Bildungsgerechtigkeit Grundschule**

703 Wir möchten nicht weiter mit dem Begriff „Ganztagsschule“ operieren, sondern präferieren
704 stattdessen den Terminus „Bildungsgerechtigkeit Grundschule“. Hierdurch bringen wir zum
705 Ausdruck, dass wir für alle Grundschulen in Hessen (Jahrgangsstufen 1 bis 4) eine Unter-
706 richtsgarantie von 8 Uhr bis 13 Uhr wünschen. Im Anschluss an den verpflichtenden Unter-
707 richt soll an allen Grundschulen ein verlässliches Betreuungsangebot unter Einbeziehung
708 von pädagogischen Fachkräften von 13 Uhr bis 17 Uhr angeboten werden, um die Verein-
709 barkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Das Betreuungsangebot soll von Land und
710 Bund finanziert werden, ohne die Eltern und die Kommunen zusätzlich zu belasten. Die
711 Inanspruchnahme des Nachmittagsangebots ist freiwillig.

712 Neben der Inanspruchnahme des Nachmittagsangebots wird den Schüler*innen zudem frei-
713 gestellt, ob sie an einem gemeinsamen – subventionierten – Schulmittagessen teilnehmen
714 möchten. Dieses fördert den Gemeinschaftssinn, fördert soziale Kompetenzen und struktu-
715 riert den Tagesablauf, weshalb es aus verschiedenen Gründen als zentraler Bestandteil der
716 „Bildungsgerechtigkeit Grundschule“ gesehen wird.

717

718

719 **Weiterführende (Hoch-)Schulen**

720 Wohnortnahe Schulstandorte weiterführender Schulen, vor allem von Haupt-, Mittel-, Wirt-
721 schafts- und Realschulen sowie Gymnasien – aber auch Hochschulen –, sollen als Ergän-
722 zung des bestehenden Systems erhalten bleiben. Dies soll gegebenenfalls auch durch Fu-
723 sionen dort möglich sein, wo es aufgrund rückläufiger Schüler*innenzahlen notwendig ist.
724 Die Stärkung lokaler/regionaler Bildungsstandorte dient als wichtiges Instrument, dem de-
725 mografischen Wandel im ländlichen Raum zu begegnen.

726 Auch wollen wir an weiterführenden Schulen verbesserte Voraussetzungen dafür schaffen,
727 dass Betriebspraktika in Abstimmung mit den Unternehmen zum Standard werden. Der Mit-
728 telstand kann damit auch frühzeitig für sich als Arbeitgeber werben und mögliches hochqua-
729 lifiziertes Personal für die Zukunft sichern.

730

731

732 **Gymnasium**

733 Für alle Gymnasien sollte die Wahlfreiheit gelten, selbst zwischen G8 und G9 zu entschei-
734 den. Durch das klare Bekenntnis der Gymnasien haben auch Eltern und Schüler*innen
735 selbst die Wahl, sich für das acht- oder neunjährige Gymnasium zu entscheiden.

736

737

738 **Berufliche Aus- und Weiterbildung**

739 Die berufliche Bildung muss endlich eine Aufwertung und Stärkung erfahren, um dem schon
740 jetzt bestehenden Fachkräftemangel zu begegnen. Das duale Ausbildungssystem hat sich
741 über Jahrzehnte bewährt. Hervorragend ausgebildete Facharbeiter*innen sind die Basis un-
742 serer Wirtschaft. Wir wollen, dass die berufliche Ausbildung in der Bildungspolitik wieder
743 aus dem Schatten der akademischen Ausbildung hervortritt und deutlich stärker gefördert

744 wird als bisher. Dazu gehören auch eine finanzielle Freistellung bei der Meisterausbildung
745 – analog zu einem gebührenfreien Studium – sowie eine bessere finanzielle Ausstattung
746 der Berufsschulen. Auch müssen Ausbildungsberufe (z.B. im Handwerks-, Dienstleistungs-
747 oder Gesundheits-/Pflegesektor) insgesamt eine Aufwertung erfahren.

748 Auch im Bereich der beruflichen Weiterbildung muss die Durchlässigkeit von beruflicher und
749 akademischer Bildung weiter verbessert werden. Insbesondere soll die Anerkennung beruf-
750 licher Abschlüsse an den Hochschulen weiter ausgebaut werden, um das Hochschulstu-
751 dium für beruflich Gebildete inhaltlich und zeitlich attraktiver zu machen.

752

753

754 **Hochschulen**

755 Hochschulen in Hessen erleben nach wie vor einen Ansturm von Studierenden. Überfüllte
756 Hörsäle sind die Folge bei zugleich unterfinanzierten Universitäten und Fachhochschulen.
757 Die Studienbedingungen in Hessen belasten die Studierenden mehr denn je. Hessen
758 braucht möglichst viele hochqualifizierte und kreative Köpfe für ein bereicherndes gesell-
759 schaftliches, politisches und pluralistisches Zusammenleben.

760 Wir setzen uns für die weitgehende Selbstbestimmung und die Stärkung der demokrati-
761 schen Mitbestimmung der Studierenden sowie für eine transparente Hochschulpolitik ein.

762 Wir machen uns dafür stark, Hochschulen in Ballungszentren und in ländlichen Gebieten
763 gleichermaßen zu fördern bzw. neu zu schaffen – Witzenhausen hat hier Vorbildcharakter.

764 Eine ausreichende Grundfinanzierung der Universitäten und Hochschulen darf nicht zu-
765 gunsten von Spitzenfinanzierung („Exzellenzinitiative“) vernachlässigt werden. Zudem be-
766 kennen wir uns zur Hochschulautonomie und damit zu Subsidiarität und Wettbewerb.

767 Die finanzielle Grundausstattung der Hochschulen muss deutlich verbessert werden. Eine
768 aufgabengerechte Hochschulfinanzierung und Hochschulausstattung durch das Land bildet
769 die Grundlage, um neu aufkommende Aufgaben bewältigen zu können. Nur durch eine aus-
770 reichende Grundfinanzierung ist die langfristige Planbarkeit und Unabhängigkeit der For-
771 schung gewährleistet.

772 In diesem Kontext muss auch das Erheben von Semestergebühren überdacht werden. Die-
773 ser finanziell-bürokratische Kreislauf zwischen Hochschule und Studierenden führt dazu,
774 dass Studierende letztlich anteilig die Hochschule über Semestergebühren subventionieren,

775 obwohl dies einem effizienten und effektiven Verlauf des Studiums entgegensteht, da Stu-
776 dierende diese finanziellen Aufwendungen wiederum anderweitig erwirtschaften müssen.

777

778

779 **Forschung**

780 Universitäten und Hochschulen sind autonome Bildungseinrichtungen, deren Ziel nicht nur
781 die hervorragende fachliche Ausbildung junger Menschen ist, sondern die auch der Bildung
782 von Persönlichkeit und eigenständiger Urteilskraft Platz einräumen und Muße für zweck-
783 freies Denken erlauben sollte. Unsere Gesellschaft braucht nicht nur Absolvent*innen, son-
784 dern Persönlichkeiten, die in der Lage sind, verantwortungsvolle Führungsfunktionen ausü-
785 ben zu können. Die Wirtschafts- und Finanzkrise der zurückliegenden Jahre hat gezeigt,
786 dass fachliches Wissen alleine noch keine Führungsqualität ausmacht.

787 Wir wollen beste Rahmenbedingungen schaffen, um die klugen Köpfe von morgen hervor-
788 zubringen, die wir in unserer zukünftigen Wissensökonomie benötigen. Außerdem müssen
789 wir enorme Anstrengungen unternehmen, um in den Feldern der Spitzentechnologie Lücken
790 aufzuholen oder die Marktführerschaft zu verteidigen. Forschung und Entwicklung muss ein
791 großer Stellenwert eingeräumt werden.

792 Besonderes Augenmerk muss daher auf die Vergabe von Forschungsaufträgen und Gel-
793 dern an Universitäten durch die Industrie gelegt werden. Zwar ist dies grundsätzlich zu be-
794 grüßen, dennoch muss hierbei das Eigeninteresse der Industrie in die Überlegungen mit
795 einbezogen und entsprechend abgewogen werden. Aus diesem Grund sollte die Finanzie-
796 rung verschiedener Fachbereiche/Studiengänge durch die Industrie eine Begrenzung auf
797 maximal 30 Prozent erfahren, um auch weiterhin eine ideologiefreie und nicht-interessen-
798 geleitete Forschung und Lehre zu garantieren. Auch sollten Studien – vor allem in den der
799 Industrie nahestehenden Fächern – vorab angemeldet und die Quellen der Finanzierung
800 transparent gemacht werden.

801 Für eine autonome Forschung und Lehre ist zudem eine Stärkung des wissenschaftlichen
802 Mittelbaus zwingend notwendig. Im Bereich des nicht-promovierten und promovierten wis-
803 senschaftlichen Mittelbaus gibt es kaum entfristete Stellen, wodurch selbst Mitarbeitende
804 mit herausragenden Leistungen oftmals keine Perspektive im akademischen System sehen.
805 Die Abwanderung hochqualifizierter Menschen ins Ausland ist die Folge.

806

807

808 ***BAföG***

809 Studierende müssen als eigenständige Menschen wahrgenommen werden und unabhängig
810 von der finanziellen Situation der Eltern während ihrer Ausbildung gefördert werden. Zudem
811 müssen die BAföG-Sätze eine dringende Anpassung an die tatsächlichen Lebenshaltungs-
812 kosten erfahren.

813

814

815 ***Bezahlbarer Wohnraum***

816 Studierenden und Auszubildenden muss angemessener und vor allem bezahlbarer Wohn-
817 raum zur Verfügung gestellt werden, damit prekäre Wohnraumsituationen keinen Einfluss
818 auf Studium/Ausbildung nehmen bzw. die finanzielle Situation der Eltern maßgeblich für die
819 Nutzung von angemessenen Wohnraum ist.

820

821

822 ***Erweiterung der Bildungschancen***

823 Eine höhere Durchlässigkeit des Bildungssystems verändert auch die Zahl derer, die einen
824 höheren Bildungsabschluss erreichen. Auch sollen praxisrelevante Kenntnisse und Fertig-
825 keiten keine Hürde für die Erreichung eines höheren Bildungsabschlusses darstellen, wes-
826 halb dahingehend eine spezielle Förderung erfolgen muss.

827

828

829 ***Teilzeitstudiengänge fördern***

830 Damit die Menschen auch berufsbegleitend oder neben der Familie zu ihrem Studienab-
831 schluss kommen können, wollen wir die Voraussetzungen für Teilzeitstudiengänge verbes-
832 sern.

833

834

835 ***Öffnung der Zulassungsberechtigung zum Studium***

836 Zulassungsverfahren bei einzelnen Studiengängen müssen hinterfragt werden. Beispiels-
837 weise ist die Numerus-Clausus-Regelung im Fach Medizin zugunsten eines Berufseig-
838 nungstests zu überdenken, gerade auch im Hinblick auf den (Haus-)Ärzt*innenmangel im
839 ländlichen Raum.

840 Im Bereich der beruflichen Weiterbildung muss vor allem die Durchlässigkeit von beruflicher
841 und akademischer Bildung weiter verbessert werden. Insbesondere soll die Anerkennung
842 beruflicher Abschlüsse an den Hochschulen weiter ausgebaut werden, um das Hochschul-
843 studium für beruflich Gebildete inhaltlich und zeitlich attraktiver zu machen.

844

845

846

847 ***Solidarische Gesellschaft – gemeinsam (er-)leben***

848 Eine solidarische Gesellschaft im eigentlichen Wortsinn besteht aus Menschen, die unter
849 bestimmten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen zusammenleben, die
850 füreinander einstehen und eintreten, sich gemeinsam verantwortlich und sich gegenseitig
851 verpflichtet fühlen. – Und so fassen auch wir es auf.

852

853 Wir FREIE WÄHLER wollen eine demokratische, durch sozialen Zusammenhalt geprägte
854 Gesellschaft.

855

856 Die Lebenswirklichkeit ist vielfach eine andere. Soziale Gefüge haben sich in den letzten
857 Jahrzehnten verändert, die Großfamilie ist mehr die Ausnahme denn die Regel. Nachbar-
858 schaften verkommen vielfach zu anonymisierten Orten der Nicht-Begegnung. Auch private
859 Vermögens- und Einkommensverhältnisse oder die Herkunft bedingen Diskrepanz, die Dis-
860 kussionskultur hat sich durch den vermeintlich geschützten Raum des Internets verändert,
861 Diffamierungen und Ablehnungen finden sich vielerorts – online wie offline. Gegenseitiger
862 Respekt und gegenseitige Verantwortung sucht man oftmals vergebens.

863 Verantwortung für diese Entwicklung trägt auch die Landesregierung, die seit den 1990er
864 Jahren unter Federführung der CDU die soziale Infrastruktur im Land immer weiter hat aus-

865 bluten lassen. Immer mehr soziale wie kulturelle Bereiche und Aufgaben wurden von staat-
866 licher Seite vernachlässigt. Eine Kompensation ist vielerorts nur durch ein breites bürger-
867 schaftliches Engagement gelungen – daraus darf vice versa allerdings kein weiterer Miss-
868 brauch in Form des Abbaus der sozialen Infrastruktur folgen.

869

870 Wir FREIE WÄHLER wollen ein wiedererstarkendes soziales System.

871

872 Soziale Gerechtigkeit ist ein zentrales Merkmal einer solidarischen Gesellschaft. Jede*r
873 trägt Verantwortung für andere. Funktioniert dieses Prinzip, ist die Demokratie in ihren
874 Grundfesten nicht zu erschüttern. Funktioniert es jedoch nicht, dann sind die Menschen of-
875 fen für populistische Meinungsmache von rechts und links. Gerade rechtspopulistische Par-
876 teien sind darauf aus, Ängste zu schüren, deren Ursprung vielfach in steigender Armut oder
877 einem möglichen sozioökonomischem Abstieg begründet liegt. Gepaart mit einer zuneh-
878 menden Politiker*innenverdrossenheit, resultierend aus dem Gefühl, Politiker*innen haben
879 sich von der Basis entfremdet und interessiert sich nicht mehr für diese, gelingt es Popu-
880 listen auf einfachste Art, Halbwahrheiten zu verbreiten. – Auch die hessische Landesregie-
881 rung hat einen nicht unerheblichen Beitrag dazu geleistet. Durch ihre Politik der Abschaffung
882 sozialer Infrastruktur. Eine Politik, die also krachend gescheitert ist und einer Umkehrung
883 bedarf.

884 900.000 Menschen sind in Hessen von Armut bedroht. Das Risiko, selbst von Armut betrof-
885 fen zu sein, steigt von Jahr zu Jahr. Auch wenn die Arbeitslosenquote hessenweit Ende
886 2017 auf einem Rekord-Tief lag, darf man sich nicht blenden lassen. Noch immer geht das
887 Beschäftigungswachstum vielfach auf ein starkes Anwachsen von Teilzeitstellen oder einer
888 Beschäftigungszunahme im sogenannten Niedriglohn-Sektor zurück.

889 Besonders Alleinerziehende – Mütter wie Väter – und Kinder, aber auch Senior*innen sind
890 von Armut bedroht. Und natürlich sind hier Frauen überproportional häufig betroffen: Viel-
891 fach sind sie noch immer ohne oder zumindest ohne gute Ausbildung – und infolgedessen
892 im Niedriglohnsektor beschäftigt. Handelt es sich dann noch um alleinerziehende Mütter
893 oder Väter, dann steigt die Armutsbedrohung um ein Vielfaches an. Es ist erschreckend,
894 dass Kinder als Armutsfaktor gelten – für Alleinerziehende wie für arme Familien. Und es ist
895 erschreckend, dass immer mehr Kinder selbst von Armut betroffen sind und dies auch län-
896 gerfristig bleiben, wie Jörg Dräger, Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung, konstatiert.

897 Derzeit sind einer Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) zufolge fast 155.000 Kinder
898 und Jugendliche unter 18 Jahren in Hessen auf Hartz IV-Leistungen angewiesen – ein An-
899 stieg um 7,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Dass fast 15 Prozent der hessischen Kinder
900 und Jugendlichen Hartz IV-Leistungen bedürfen, hängt meist mit dem Verlust des Arbeits-
901 platzes oder eines nur geringfügigen Lohn bei Erziehungsberechtigten zusammen. Aller-
902 dings fallen hierunter auch zunehmend mehr Flüchtlinge, die nach genehmigtem Asylver-
903 fahren und Absolvierung von Sprach- und Integrationskursen keinen direkten Anschluss auf
904 dem Arbeitsmarkt finden.

905 Sie alle aus dem Teufelskreis zu befreien und ihnen die Chance auf eine gerechte Teilhabe
906 am gesellschaftlichen Leben zu geben, ist Aufgabe der Politik.

907 Diese muss endlich sichtbar aktiv werden, mehr Transparenz an den Tag legen, wenn es
908 darum geht, die demokratischen Strukturen zu stärken. Ein gerechter Zugang zu einem bes-
909 seren Bildungssystem, Teilhabe am Arbeitsmarkt, eine besondere Stärkung von Kindern,
910 Familien und Alleinerziehenden sowie die schnellere und bessere Integration von Flüchtlin-
911 gen und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sowie Verteilungsgerechtigkeit – als dies
912 sind Faktoren, die zu einer sozialeren und solidarischeren Gesellschaft führen.

913 Politisch ist Hessen hiervon jedoch weit entfernt. Die Schwarz-Grüne Landesregierung
914 schreibt sich zwar vermeintliche solidarische Aktionen auf die Fahnen, bei genauerer Be-
915 trachtung entpuppen diese sich jedoch als Mogelpackung.

916 Beispiel: Gebührenfreie Krippen und Kindertagesstätten

917 Wir FREIE WÄHLER fordern bereits seit 2008 eine gänzliche gebührenfreie Bildung von der
918 Krippe an. Unsere Initiative aus 2015 für ein Volksbegehren hat das Thema der gebühren-
919 freien Kinderbetreuung in den Fokus der hessischen Landesregierung gerückt. Diese hat
920 unsere Forderung nun – scheinbar – erhört und 2017 mit „Pauken und Trompeten“ die Ge-
921 bührenbefreiung von KiTa-Plätzen verkündet. Allerdings hat sie dabei ihr Augenmerk nur
922 auf KiTas gerichtet, Krippenplätze werden nach wie vor nicht in die Gebührenbefreiung ein-
923 bezogen, wenn es nach der Landesregierung geht. Auch sollen die Kosten für die gebüh-
924 renfreien KiTa-Plätze nach Willen von Schwarz-Grün zur Hälfte aus Mitteln des Kommunalen
925 Finanzausgleichs beglichen werden – also mit Geld, das Kommunen ohnehin zur Ver-
926 fügung stünde, das sie aber nun nicht mehr für andere Dinge verausgaben können. Ohnehin
927 ist die Kostenberechnung der Landesregierung für einen KiTa-Platz äußerst nebulös:
928 Schwarz-Grün veranschlagt Kosten pro KiTa-Platz in Höhe von 136 Euro monatlich. Wie

929 sich dieser Betrag ergibt, ist äußerst fraglich. Dieser geht ebenso an der Lebenswirklichkeit
930 vorbei wie die täglich veranschlagten sechs Stunden für Betreuung.

931 Gebührenbefreite Kinderbetreuung, gepaart mit einer wahrhaften frühkindlichen Bildung, in
932 einer solidarischen Gesellschaft würde eine wirkliche Entlastung bedeuten – für Familien,
933 Alleinerziehende und Kommunen. Vereinbarkeit von Familie und Beruf würde gerade für
934 Frauen endlich real werden. Dank einer verlässlichen – mindestens acht Stunden währen-
935 den – Betreuung könnten Kinder bedenkenlos in die Obhut von gut ausgebildeten Erzie-
936 her*innen, Elementarpädagog*innen etc. übergeben werden. Frühkindliche Bildung würde
937 während dieser Zeit den Grundstein für eine wahre Chancengleichheit der Kinder im späte-
938 ren Leben garantieren.

939

940 Wir FREIE WÄHLER finden: Zeit für eine wahrhaft solidarische Gesellschaft!

941

942 Der Sozialhaushalt in Hessen darf nicht länger eine stiefkindliche Behandlung erfahren. Den
943 ohnehin schon unterfinanzierten Kommunen dürfen keine weiteren Belastungen aufgebür-
944 det werden, die auf Kosten unserer Zukunft gehen. Daher fordern wir, dass die Sozialkosten
945 von Bund und Land gleichermaßen getragen werden. Beide Ebenen dürfen keine Normen
946 setzen, die die Kommunen zu höheren Ausgaben zwingen, ohne dass diese angemessen
947 ersetzt werden.

948 Solidarische Gesellschaft (er-)leben bedeutet nichts anderes, als dass die Schaffung einer
949 gerechten sozialen Gesellschaft, die sich durch friedliches Miteinander, Fairness, Chancen-
950 und Verteilungsgerechtigkeit auszeichnet, vorangetrieben wird – unabhängig von ethnischer
951 Herkunft, Geschlecht, Religion, Weltanschauung, Einschränkung, Alter und sozioökonomi-
952 schem Status.

953 Benachteiligungen – wie sie durch die nur vermeintlich gebührenfreie Kinderbetreuung der
954 Landesregierung gerade für alleinerziehende Frauen und sozioökonomisch Schlechterge-
955 stellte bestehen – dürfen in einer solidarischen Gesellschaft gar nicht erst entstehen; zumin-
956 dest müssen sie abgebaut werden, wenn man sich ihrer bewusst wird.

957 Solidarische Gesellschaft gemeinsam (er-)leben bedeutet, dass allen Bürger*innen die glei-
958 che Ausgangschance gewährt wird. Ein besonderes Augenmerk legen wir daher auf Fami-
959 lien, Kinder und Jugendliche, Senior*innen sowie auf die Integration von Flüchtlingen. Auch

960 Inklusion muss unserer Ansicht nach zentraler Bestandteil einer solidarischen Gesellschaft
961 sein.

962

963 Wir FREIE WÄHLER wollen die Sozialraumorientierung als verbindendes Querschnitts-
964 thema setzen.

965

966 Betrachten wir den Sozialraum als Ausgangspunkt einer wiedererstarkenden sozialen Inf-
967 rastruktur, dann bietet dieses Konzept einen breiten Zugriff auf die verschiedenen Felder:
968 Förderung und Unterstützung von Familien, Kindern und Jugendlichen, Pflege und Beglei-
969 tung älterer Menschen und Menschen mit Behinderung, Integration, Gesundheitsförderung,
970 Schaffung bezahlbaren Wohnraums, gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land,
971 Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut.

972 Bis eine wahrhaft solidarische Gesellschaft (er-)lebbar wird, ist ein starkes Miteinander not-
973 wendig. Die bisherige politische Reformierung des Sozialstaates zugunsten von Reichen
974 und Unternehmen ist nicht länger tolerierbar, gefährdet sie doch das soziale und gesell-
975 schaftliche Gleichgewicht. Daher wollen wir die soziale Infrastruktur auf- und ausbauen. Ein-
976 richtungen für die Kinder- und Senior*innenbetreuung fallen hierunter ebenso wie auch der
977 soziale Wohnungsbau oder Einrichtungen des Gesundheitswesens. Auch die Menschen,
978 die sich der sozialen Arbeit professionell widmen, müssen gestärkt werden. Ihre Arbeitsbe-
979 dingungen zu verbessern, ist unser Anliegen, fernab von populistischen Forderungen des
980 neuen Bundesgesundheitsministers. All dies zu installieren, erfordert einen langen Atem.
981 Die vermeintlich christliche Landesregierung hat in all den Jahren/Jahrzehnten ein derart
982 desolates Sozialsystem im Land geschaffen, dass wir hier von Grund auf etwas Neues
983 schaffen müssen. Dies ermöglicht es uns zumindest, gemeinsam mit den sozialen Trägern,
984 Verbänden und Organisationen im Land (Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Landeswohlfahrts-
985 verband etc.) sowie den Kommunen von Anfang an ein funktionierendes, tragfähiges und
986 gerechtes Sozialsystem in Hessen zu installieren, um die Demokratie auch künftig zu ga-
987 rantieren.

988

989

990 **Familie**

991 „Die Familie ist die natürliche Grundeinheit der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz

992 durch Gesellschaft und Staat.“ (VN: Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Art. 16,
993 Abs. 3). Besonderes Augenmerk liegt hierbei auf den Kindern, „eheliche wie außereheliche“,
994 sie alle „genießen den gleichen sozialen Schutz.“ (VN: Allgemeine Erklärung der Menschen-
995 rechte, Art. 25, Abs. 2)

996 Dem schließen auch wir uns an. Die Gemeinschaft aus Kindern und Müttern oder Vätern
997 bzw. Erziehungsberechtigten verdient auch unseren besonderen Schutz. Sie gilt es als Fun-
998 dament unserer Gesellschaft besonders zu stärken. Wir wollen mit unserer Politik Rahmen-
999 bedingungen schaffen, um ein familienfreundliches Klima herzustellen, das zudem ein be-
1000 sonderes Augenmerk auf die Unterstützung von Alleinerziehenden legt.

1001 Die Erziehung und Sorge für die heranwachsende Generation sind das natürliche Recht und
1002 die Pflicht der Eltern bzw. der Sorgeberechtigten. Der Staat soll Mütter, Väter und Sorgebe-
1003 rechtigte bei der Kindererziehung unterstützen, von Anfang an. Hierzu zählt auch die politi-
1004 sche Sicherstellung von familiengerechten Helfer*innen – das sind beispielsweise Hebam-
1005 men oder auch Familienhelfer*innen, die gerade jungen Familien mit Rat und Tat zur Seite
1006 stehen.

1007 Auch ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unser erklärtes politisches Ziel. Flexible
1008 Arbeitszeiten und Teilzeitarbeit für Erziehende sowie eine reibungslose Rückkehr nach Er-
1009 ziehungszeiten in die Erwerbstätigkeit müssen endlich Realität werden.

1010 Noch immer haben Frauen, bedingt durch nicht kontinuierliche Erwerbsbiografien sowie oft-
1011 mals Teilzeitarbeit oder geringfügige Beschäftigung während der Erziehungszeit, ein höhe-
1012 res Armutrisiko im Alter. Sozialversicherungssysteme sowie die Besteuerung müssen die-
1013 sen Umstand im Sinne einer gerechten solidarischen Gesellschaft endlich aufgreifen und
1014 Ungerechtigkeiten beseitigen.

1015 Auch sehen wir das Betreuungsgeld sowie das Kindergeld in der jetzigen Ausgestaltung
1016 kritisch, weil es die Erziehungsleistung nicht angemessen würdigt. Auch muss es eine
1017 Gleichstellung von Erziehenden im Hinblick auf den gesetzlichen Rentenanspruch geben,
1018 d.h. eine kategorische Trennung nach Geburtenjahr 1992 ist nicht hinnehmbar. Die Erzie-
1019 hungsleistung muss immer anerkannt werden. Damit einher geht auch die Berücksichtigung
1020 von Pflegezeiten; Menschen, die Angehörige Zuhause pflegen, müssen diese Zeiten eben-
1021 falls bei der Rentenberechnung geltend machen können.

1022

1023

1024 **Kinder und Jugendliche**

1025 Die Rechte von Kindern und Jugendlichen – also Menschen, die das achtzehnte Lebensjahr
1026 noch nicht vollendet haben – sind in dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes von
1027 den Vereinten Nationen niedergeschrieben. Nicht zuletzt ergibt sich hieraus, dass Kinder
1028 und Jugendliche der besonderen Aufmerksamkeit und des Schutzes durch Politik und Ge-
1029 sellschaft bedürfen. Die Politik muss die Grundlagen für eine kinder- und familienfreundliche
1030 Gesellschaft schaffen. Gemeinsam müssen Politik und Gesellschaft dafür Sorge tragen,
1031 dass Kinder und Jugendliche verlässliche Beziehungen in einer stabilen solidarischen Ge-
1032 meinschaft aufbauen können, dass sie Vertrauen gewinnen und erfahren. Die individuelle
1033 Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen, ihre eigenen Entwicklungsmöglichkeiten sowie
1034 der institutionelle Rahmen von Betreuung, Bildung und Erziehung muss hierbei Hand in
1035 Hand ineinandergreifen. Wir müssen Kindern und Jugendlichen eine ganzheitliche Unter-
1036 stützung zuteilwerden lassen: von qualitativ hochwertiger Bildung in Institutionen der früh-
1037 kindlichen Bildung und Schulen über außerinstitutionelle Bildungsförderung bis hin zur au-
1038 ßerschulischen Kinder- und Jugendarbeit. Hierzu zählt unserer Ansicht nach auch die An-
1039 gebotsimplementierung von Sportvereinen und Jugendverbänden in die Gestaltung von bil-
1040 dungsgerechten Schulen: Die nachmittägliche Betreuung muss Kindern und Jugendlichen
1041 die Gestaltung eigener zentraler Inhalte ermöglichen. Dies fördert zugleich auch das Inte-
1042 resse an Vereinsmitgliedschaften und ehrenamtlichen Engagements. Grundlegende Rele-
1043 vanz hierfür hat natürlich auch eine bedarfsgerechte Ausstattung von Jugendorganisatio-
1044 nen, freien Trägern und Sportvereinen, damit – im Sinne einer bildungsgerechten Schule –
1045 das Angebot gebührenfrei ist und bleibt. Dies ermöglicht auch Kindern und Jugendlichen
1046 mit niedrigem sozioökonomischem Status den Zugang zu einer sinnvollen wie pädagogisch
1047 hochwertigen Jugend- und Vereinsarbeit.

1048 Ausdrücklich soll dieses Angebot auch Elemente der politischen Bildung beinhalten, damit
1049 Kinder und Jugendliche früh in gesellschaftliche Verantwortung eingebunden werden und
1050 sich zu mündigen Bürger*innen entwickeln können.

1051 Wir sehen Kinder- und Jugendpolitik folglich als Schnittstelle zu unterschiedlichen Berei-
1052 chen wie Bildung und Ausbildung, Gesundheit und Jugendschutz, Medien und Kultur sowie
1053 außerschulischen Betreuungs- und Fürsorgeleistungen. Eine bessere Verzahnung der ein-
1054 zeln Bereiche garantiert einen größeren Erfolg in der Schul- und Jugendarbeit, die bei-
1055 spielsweise auch zu einem besseren Jugendschutz und zur Prävention in den Bereichen

1056 (des religiösen) Extremismus, Gewalt, Alkohol und Drogen beiträgt. Auch wird eine bessere
1057 Vermittlung von Medienkompetenz durch die Verzahnung verschiedener Ansätze und Ex-
1058 pert*innen möglich. Dadurch versprechen wir uns einen deutlich besseren Schutz von Kin-
1059 dern und Jugendlichen, vor allem vor den dunklen Seiten des Internets und den damit real
1060 zusammenhängenden Gefahren. Wir sind erschüttert darüber, wie massenhaft sich extre-
1061 mistische Inhalte über das Internet verbreiten und hierüber unsere Kinder sogar von terro-
1062 ristischen Organisationen umworben werden. Beispielsweise zeigen die Rekrutierungsstra-
1063 tegien des sogenannten „Islamischen Staats“ über das Internet, dass politisches Handeln
1064 dringend erforderlich ist. Wir wollen deshalb den Jugendschutzmedien-Staatsvertrag die-
1065 sem neuen Problem entsprechend anpassen und die Jugendlichen besser aufklären.

1066

1067

1068 **Senior*innen**

1069 Wir setzen uns zum Ziel, Senior*innen aktiv in die Gesellschaft einzubinden, sind sie doch
1070 eine wichtige Stütze im (Er-)Leben einer solidarischen Gesellschaft. Unsere Senior*innen-
1071 politik will den reichhaltigen Erfahrungsschatz der Älteren wesentlich stärker berücksichti-
1072 gen. Die älteren Bürger wertzuschätzen und ihre Potenziale anzuerkennen, ist uns wichtig.
1073 Gerade deshalb sollte das ehrenamtliche, soziale und kommunale Engagement der Gene-
1074 ration 65+ gestärkt werden.

1075 Gegenstand politischer Betrachtungen muss auch die Selbstbestimmung von Senior*innen
1076 bis ins hohe Alter werden. Den Lebensabend in den eigenen vier Wänden zu verbringen, ist
1077 Wunsch vieler Menschen und muss von der Politik respektiert werden. Ein bedarfsgerechtes
1078 Wohnumfeld muss durch entsprechende Wohnkonzepte geschaffen werden, die einer mög-
1079 lichen Vereinsamung ebenso entgegenstehen wie der Gefahr der Immobilität. Altern in der
1080 eigenen Umgebung wird durch geeignete Hilfs- und Unterstützungsangebote sowie entspre-
1081 chenden Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Partizipation möglich.

1082 Gerade in ländlichen Regionen sind der Ausbau einer altersgerechten Versorgungsstruktur
1083 – Nahversorgung ebenso wie auch Gesundheits- und Pflegedienstleistungen – sowie die
1084 Gestaltung alternativer Wohnformen – etwa Wohngemeinschaften für Menschen mit de-
1085 menziellen Veränderungen oder generationenübergreifendes Wohnen – prioritäre Aufgaben
1086 der Zukunft, denen wir uns widmen, um älteren Menschen ein Leben in größtmöglicher

1087 Selbständigkeit zu ermöglichen. Auch die Etablierung generationsübergreifender Treff-
1088 punkte ist ein wichtiger Baustein für die gesellschaftliche Teilhabe. Das miteinander in Kon-
1089 takt treten unterschiedlicher Menschen leistet einen wichtigen Beitrag zu einem funktionie-
1090 renden Gemeinwesen, es stärkt die solidarische Gesellschaft.

1091 Überdies muss Senior*innen auch finanziell ein selbstbestimmtes Leben möglich sein. Das
1092 Risiko von Altersarmut steigt in unserer Gesellschaft zunehmend. Seit Jahren öffnet sich
1093 die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr. Allein derzeit sind in Hessen mehr als
1094 170.000 Rentner*innen direkt von Armut bedroht. Die soziale Krise droht aber noch weiter
1095 zu kulminieren, nämlich dann, wenn die heute 30- bis 60-Jährigen in Rente gehen. Ohne
1096 Gegenmaßnahmen wird das soziale Gefüge aufgrund des demografischen Wandels implo-
1097 dieren. Schon jetzt muss daher die Belastung von Renter*innen, die über den Eintritt ins
1098 Rentenalter hinaus ihrem Beruf weiter nachgehen wollen oder müssen, durch Zahlung von
1099 Beiträgen in die Rentenkasse unterbunden werden, wenn sie 40 Arbeits- und Erziehungs-
1100 /Pflegejahre nachweisen können.

1101 Wir stellen uns diesen Aufgaben. Wichtig sind uns hier das solidarische Miteinander von
1102 Jung und Alt, der Dialog zwischen den Generationen sowie eine aktive Gleichstellungspoli-
1103 tik.

1104

1105

1106 **Inklusion**

1107 Merkmal der solidarischen Gesellschaft ist deren Pluralität, die auch mitbestimmt wird durch
1108 behinderte, psychisch kranke sowie sozial benachteiligte Menschen. Per se haben sie den
1109 gleichen Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben wie nicht-behinderte, nicht-krank und
1110 nicht-sozial benachteiligte Menschen. „[D]ie volle und wirksame Teilhabe an der Gesell-
1111 schaft und Einbeziehung in die Gesellschaft“ (UN-BKR, Art. 3c) ist der Kerngedanke der
1112 UN-Behindertenrechtskonvention, die einen Paradigmenwechsel im Denken und im Um-
1113 gang mit Menschen mit Behinderungen fordert: von der Fürsorge hin zu Selbstbestimmung
1114 und Inklusion. Allen Menschen die uneingeschränkte Teilnahme an allen Aktivitäten zu er-
1115 möglichen, ihnen Unterstützung und Hilfe zu geben, wenn es notwendig ist – all dies sind
1116 eigentlich Selbstverständlichkeiten, die auch im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz
1117 (AGG) sowie im Hessischen Gleichberechtigungsgesetz (HGIG) niedergeschrieben sind,
1118 aber noch immer nicht einheitlich umgesetzt werden. Daher müssen AGG und HGIG breite

1119 Anwendung und Umsetzung auch in den öffentlichen Institutionen und Bereichen finden.
1120 Inklusion ist ein Menschenrecht, hierzu gibt es keine Alternative. Wir befinden uns in einem
1121 Prozess des Umdenkens, der jedoch noch lange nicht abgeschlossen ist. Ziel muss es sein,
1122 Inklusion als Selbstverständlichkeit zu praktizieren, Inklusion zu einer Einstellung werden
1123 zu lassen, die unser Alltagsandeln prägt und bestimmt.
1124 Der Status quo ist jedoch ein anderer, weshalb die Bundesregierung das sogenannte Bun-
1125 desteilhabegesetz (BTHG) in starker Anlehnung an das in Hessen vom Landeswohlfahrts-
1126 verband (LWV) praktizierte System der individuellen und flächendeckenden Hilfe verab-
1127 schiedet und auf den Weg gebracht hat. Dieses soll einen wichtigen Beitrag in Richtung
1128 einer inklusiven Gesellschaft leisten und sich ganz konkret auf die Verbesserung der Le-
1129 benssituation von Behinderten auswirken. Hierfür wurde die Eingliederungshilfe zu einem
1130 Teilhaberecht weiterentwickelt, weshalb Menschen mit Behinderungen, die auf Unterstüt-
1131 zungen der verschiedensten Art angewiesen sind, diese nicht mehr bei unterschiedlichen
1132 Leistungsträgern beantragen. Die Eingliederungshilfe ist Dank des Bundesteilhabegesetzes
1133 nicht mehr länger Gegenstand des „Fürsorgesystems“ der Sozialhilfe, sondern ermöglicht
1134 eine weit größere individuelle Selbstbestimmung. Die Personenorientierte Eingliederungs-
1135 hilfe (PerSEH) stellt den Menschen in den Mittelpunkt, der Bedarf orientiert sich nicht mehr
1136 länger an dem Ort der Unterbringung, sondern am tatsächlichen Bedarf des Individuums.
1137 Dadurch wird der zentrale Gedanke eines inklusiven Gemeinwesens (er-)lebbar – Nachbar-
1138 schaften werden zum Teil des Sozialraums, was sich wiederum positiv zugunsten einer so-
1139 lida- rischen, inklusiven und teilhabeorientierten Gesellschaft auswirkt.
1140 Der Landeswohlfahrtsverband entwickelte sich als Träger der überörtlichen Sozialhilfe zu
1141 einem Vorreiter der Sozialraumorientierung mit bundesweitem Vorbildcharakter. Das in
1142 Hessen seit den 1950er Jahren praktizierte finanzielle Solidaritätssystem – Landkreise und
1143 kreisfreie Städte zahlen eine Verbandsumlage, die dem LWV als Grundlage für die überört-
1144 liche individuelle und flächendeckende Eingliederungshilfe dient – wurde in den letzten Mo-
1145 naten partiell in Frage gestellt. Vor allem die CDU legte eine zögerliche Haltung an den Tag,
1146 wenn es um die Herbeiführung einer gesetzlichen Vorlage für die Umsetzung des Bundes-
1147 teilhabegesetzes in Hessen ging. Anfang Mai konnte sich die hessische Landesregierung
1148 jedoch endlich dazu durchringen, einen Gesetzesentwurf vorzulegen. Dieser besagt, dass
1149 die bisherige Regelung „Hilfe aus einer Hand“ weitestgehend bestehen bleiben soll und –

1150 zumindest für junge Erwachsene – in Händen des hessischen Landeswohlfahrtsverbandes
1151 liegen soll.

1152 Wir werden die proaktive Umsetzung des Gesetzes zugunsten des LWV genau beobachten
1153 und – wenn notwendig – korrigierend einwirken.

1154 Der Landeswohlfahrtsverband als überörtlicher Träger der Sozialhilfe, zuständig vor allem
1155 im Bereich der stationären Behindertenhilfe, des betreuten Wohnens, der Schwerbehinder-
1156 tenhilfe, und als Träger von Kliniken und Einrichtungen für die Sicherung gleichwertiger Le-
1157 bensverhältnisse ist in Hessen eine unverzichtbare Institution, die nicht von Parteischarmüt-
1158 zeln beschmutzt werden darf.

1159

1160

1161 **Integration – Flüchtlinge/Einwanderung**

1162 Blicken wir erneut auf die Erklärung der Menschenrechte von 1948 durch die Vereinten Na-
1163 tionen. Gleich zu Beginn in den ersten Artikeln ist die Rede von der Egalität der Person. Das
1164 Schlagwort der Französischen Revolution – gepaart mit dem zweiten Schlagwort, dem der
1165 Freiheit – bringt zum Ausdruck, worum es Menschen seit Zeiten geht, wofür sie kämpfen.
1166 Die Freiheit und die Gleichheit – unabhängig von „Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache,
1167 Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermö-
1168 gen, Geburt oder sonstigem Stand“ (VN: Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Art. 2).
1169 Dies gilt es politisch endlich umzusetzen. Die hessische Landesregierung hat sich – auch
1170 unter Beteiligung von Bündnis 90/Die Grünen – nach wie vor keinen Namen durch herausra-
1171 gende Taten im Bereich der Integration machen können. Im Gegenteil. Auch in Hessen gibt
1172 es nach wie vor keine umfassend funktionierenden Lösungen in Fragen der Einwanderungs-
1173 politik oder in der Frage nach einem zukunftsorientierten Umgang mit Flüchtlingen. Auch
1174 viele der sogenannten Gastarbeiterfamilien oder auch Spätaussiedler*innen laufen noch im-
1175 mer „unter dem Radar“. Gerade auch in den hessischen Oberzentren wie beispielsweise
1176 Kassel, Gießen oder der Rhein-Main-Region vergrößern sich bereits vorhandene Parallel-
1177 gesellschaften stetig, Integrationsmaßnahmen für diese speziellen Gruppen existieren viel-
1178 fach nicht.

1179

1180 Wir FREIE WÄHLER finden: Integration muss endlich zum zentralen Thema werden!

1181

1182 Wir treten ein für ein offenes Miteinander zwischen den Menschen aller Kulturen, Ethnien
1183 und Religionen in unserem Land. Wir sprechen uns ausdrücklich für eine pluralistische Ge-
1184 sellschaft aus, in der der Dialog entscheidend und prägend ist. Grundlage dessen soll Of-
1185 fenheit im sozialen Miteinander sein, die auf gegenseitigem Respekt, Toleranz, Gleichbe-
1186 rechtigung sowie der Anerkennung der jeweiligen Diversität beruht. Denn: Miteinander le-
1187 ben ist ein Geben und Nehmen, das Toleranz und Sensibilität verlangt. Integration ist eine
1188 Aufgabe, die nicht nur einseitig gelöst werden kann. Integration bedeutet Verständigung und
1189 Annäherung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und der ansässigen Bevölkerung.
1190 Integration bedeutet auch, das wir aus den Fehlern lernen, die wir im Umgang mit den Gast-
1191 arbeiter*innen der 1960er und 1970er Jahre und den Spätaussiedler*innen gemacht haben
1192 – diese dürfen sich bei den Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen nicht wiederholen. Sprache,
1193 Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Partizipation sind die vier Säulen der gelingenden In-
1194 tegration.

1195 Die Integrationspolitik der FREIE WÄHLER stellt den Menschen in den Mittelpunkt, plädiert
1196 für die Kenntnis der deutschen Sprache, um das Gelingen von Integration voranzubringen
1197 und die Bildung von – realen wie auch digitalen – Parallelgesellschaften zu verhindern. Nur
1198 so kann es nach unserer Ansicht eine reale Chance für eine gleichberechtigte Teilhabe am
1199 gesamtgesellschaftlichen Leben geben, deren Basis ohne jegliche Kompromisse die Aner-
1200 kennung von Regeln und traditionellen Werten sein muss.

1201
1202 Wir FREIE WÄHLER mahnen das Grundgesetz als zentrale Instanz unserer Rechts- und
1203 Wertegemeinschaft an, das für ein demokratisches Miteinander aller verbindliche Gültigkeit
1204 besitzt.

1205
1206 Bei breiter Akzeptanz und Anerkennung des Grundgesetzes sehen wir den Grundstein für
1207 eine erfolgreiche Zukunft gelegt. Integration beruht so auf klaren Regeln, sie wird keine Be-
1208 lastung, sondern eine Bereicherung für unsere Gesellschaft. Bereichernd wirkt sich gelin-
1209 gende Integration auch auf den Umgang mit den großen Herausforderungen des demogra-
1210 fischen Wandels aus. Wir wollen eine solidarische Gesellschaft, an der alle Bürger teilhaben
1211 und sich für das Gemeinwesen einbringen können.

1212
1213

1214 ***Integration durch Bildung und Sprache***

1215 Integration fängt bei den Kleinsten an. Für eine wahrhaftige Chancengleichheit muss In-
1216 tegration im Bereich Bildungspolitik schon mit einer qualitativ herausragenden – und kos-
1217 tenfreien – frühkindlichen Bildung beginnen. In den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung
1218 wird der Grundstein für einen späteren Erfolg in den weiteren Bildungsinstitutionen (Grund-
1219 schule, Sekundarstufe I und II, Berufsschule, Hochschule) gelegt, der wiederum maßgebli-
1220 chen Einfluss auf eine erfolgreiche Partizipation am Arbeitsmarkt und somit auf das gesell-
1221 schaftliche Leben insgesamt hat. Gerade Kinder mit Zuwanderungsgeschichte profitieren
1222 doppelt vom Besuch frühkindlicher Bildungseinrichtungen, einerseits im Hinblick auf späte-
1223 ren Bildungserfolg, andererseits aber auch im Hinblick auf eine soziale Integration. Dies
1224 wirkt sich nicht zuletzt auch auf die Eltern bzw. die Familie aus. Durch den Zugang von
1225 Kindern mit Zuwanderungsgeschichte in frühkindliche Bildungsinstitutionen ist der Einbezug
1226 von Eltern/Familie leichter möglich, wodurch auch Erwachsene und Geschwisterkinder ein-
1227 facher und schneller mit integrativen Bemühungen in Berührung kommen. Damit es nicht
1228 bei Bemühungen bleibt, müssen Erzieher*innen, Elementarpädagog*innen, Sozialpäda-
1229 gog*innen, Lehrer*innen und sämtliche mit Bildungseinrichtungen verbundene Fachkräfte
1230 ein fundiertes Wissen über den (all-)täglichen Umgang mit Menschen aus verschiedenen
1231 Kultur- und Religionskreisen vorweisen. Diese sogenannte „Interkulturelle Kompetenz“
1232 muss – wie auch der fachlich versierte Umgang mit Mehrsprachigkeit – in unserer pluralis-
1233 tischen Gesellschaft mehr denn je Gegenstand der jeweiligen Ausbildung sowie Fort-/Wei-
1234 terbildungen sein. Bereichernd wirkt sich hier nicht zuletzt auch die Gewinnung von mehr
1235 Pädagog*innen mit (eigener) Zuwanderungsgeschichte aus, die jedoch noch immer viel zu
1236 selten aufgrund eklatanter Ungerechtigkeiten und Missstände in unserem Bildungssystem
1237 in einschlägiger Funktion anzutreffen sind.

1238 Schlüssel für gelingende Integration ist auch hier die Beherrschung der deutschen Sprache.
1239 Neben der Implementierung von qualitativ hochwertigen Angeboten zur Sprachförderung in
1240 KiTas und Grundschulen müssen auch außerschulische Sprachkurse angeboten werden,
1241 die eine familiäre Teilnahme ermöglichen.

1242 Solche außerschulischen Sprachkurse müssen des Weiteren auch für junge Erwachsene
1243 angeboten werden. Vielfach betroffen sind alleinreisende junge Männer, für die es bislang
1244 nur wenige Angebote mit integrativem Charakter von offizieller Seite gibt. Diese jungen Men-
1245 schen werden meist in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, in denen sie ein tristes

1246 Dasein ohne Perspektive fristen. Sprach- und Integrationskurse können sie meist nicht be-
1247 suchen, da hierfür das Asylverfahren abgeschlossen sein muss. Im Sinne der Prävention
1248 sollte hier ein der Integration dienendes Angebot installiert werden, auch wenn letztlich nicht
1249 alle Asylgesuche befürwortet werden. Der Grundstein für eine gelingende Integration wird
1250 bereits hier gelegt: Flüchtlinge, die über eine ausreichende Vorbildung und den Willen zur
1251 Integration verfügen, sollten gefördert werden, damit letztlich eine berufliche und sprachli-
1252 che Integration gelingen kann. Bei nicht ausreichender Vorbildung müssen ebenfalls Maß-
1253 nahmen ergriffen werden, um einen für Integrationsmaßnahmen notwendigen Bildungs-
1254 stand zu erreichen. Solche präventiven Maßnahmen sollten auch außerhalb der Ballungs-
1255 räume – in ländlichen Regionen – angeboten werden. Deshalb sehen wir eine Sprachlern-
1256 pflicht für alle im Umfang von 40 Stunden pro Woche als essentiell. Hierfür muss die Bun-
1257 des- und Landesregierung die regionalen Volkshochschulen mit den nötigen Finanzmitteln
1258 und den ausgebildeten Fachkräften ausstatten. Nach erfolgreichem Abschluss eines sol-
1259 chen Sprach-/Integrationskurses muss diesen Menschen schnellstmöglich gesellschaftli-
1260 cher Anschluss vermittelt werden, durch Erteilung einer Arbeitserlaubnis oder durch die
1261 Möglichkeit, sich durch ehrenamtliche oder am Gemeinwohl orientierter Arbeit einzubringen.

1262
1263

1264 ***Verbesserter Zugang zum Arbeitsmarkt***

1265 Junge Erwachsene aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte benötigen oftmals eine ge-
1266 zielte Förderung für den Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, gerade dann, wenn
1267 sie das deutsche Bildungssystem nicht von Anfang an durchlaufen haben.

1268 Wir müssen jungen Erwachsenen gezielt Perspektiven eröffnen, wenn sie über keinen
1269 Schul- oder Berufsabschluss verfügen, aber auch, wenn ihr im Ausland erworbener Schul-
1270 oder Berufsabschluss bislang keine Anerkennung fand, gerade auch vor dem Hintergrund
1271 des akuten Fachkräftemangels. Daher wollen wir Planungssicherheit für Flüchtlinge und
1272 Wirtschaft gleichermaßen. Integrations- und leistungswillige Flüchtlinge sollen ihre Ausbil-
1273 dung beenden und eine zweijährige Praxiszeit absolvieren können, ehe ihr Aufenthaltssta-
1274 tus neu bewertet wird. Eine Ausbildung ist die beste Entwicklungshilfe.

1275 Für eine möglichst umfassende Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt sind – ne-
1276 ben einem erfolgreich absolvierten Sprachkurs – maßgeschneiderte Aus- und Weiterbil-
1277 dungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BA) notwendig, die in enger Abstimmung

1278 mit den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern und den Unternehmen
1279 entwickelt werden müssen. Aber auch eine deutlich bessere Sichtbarkeit von Menschen mit
1280 Zuwanderungsgeschichte beispielsweise im Öffentlichen Dienst kann ein Ansporn für junge
1281 Integrationswillige sein.

1282 Die unkontrollierte Zuwanderung nach Deutschland im Zuge der Flüchtlingskrise, aber auch
1283 der enorme Fachkräftemangel in mehreren Branchen machen deutlicher denn je, dass wir
1284 klare Regeln für Einwanderung brauchen. Arbeitsmigration ist für uns ein Gewinn, wenn sie
1285 richtig gestaltet wird. Unsere Wirtschaft braucht dringend Arbeitskräfte aus dem Ausland.
1286 Viele von ihnen sind gut ausgebildet und integrationswillig. Langzeitarbeitslose und Migran-
1287 ten der zweiten und dritten Generation gilt es allerdings auch besser nachzuqualifizieren.
1288 Selbst Menschen ohne Aussicht auf einen Aufenthaltstitel sollten, solange ihr Verfahren
1289 noch nicht abgeschlossen ist, sinnvoller Beschäftigung nachgehen, die sich am Gemein-
1290 wohl orientiert. Durch diese aktive Einbindung in Form von Gemeinwohlarbeit kann die Ge-
1291 fahr einer Entstehung von Parallelgesellschaften in Sammelunterkünften eingedämmt wer-
1292 den. Oftmals entwickelt sich gerade für junge Flüchtlinge eine Negativspirale von sozialem
1293 Abstieg bis hin zur Kriminalität, da positive Ankerpunkte im Alltag fehlen. Eine am Gemein-
1294 wohl orientierte Arbeit mit einer gerechten Entlohnung bietet hier einen Anreiz, der auch
1295 gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Dabei muss sich die Entlohnung am Mindestlohn ori-
1296 entieren und mit den Lebens- und Unterhaltskosten verrechnet werden. Reicht der Verdienst
1297 nicht aus, ist eine Aufstockung vorzunehmen, die die gesellschaftliche Teilhabe mindestens
1298 im Rahmen der Grundsicherung ermöglicht.

1299

1300

1301 ***Humanitäre Flüchtlingspolitik***

1302 Grundsätzlich hat „jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen
1303 und zu genießen.“ (VN: Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Art. 14, Abs. 1).

1304 Durch Verfolgung und wirtschaftliche Not in vielen Teilen der Welt verlassen Millionen Men-
1305 schen ihre Heimat. Die Länder Europas und insbesondere Deutschland üben eine hohe
1306 Anziehungskraft als Ziel gewaltiger Wanderungsbewegungen aus Afrika und dem Nahen
1307 Osten aus. Bei aller Hilfsbereitschaft können wir diese Krise nicht durch dauerhafte Zuwan-
1308 derung unter Berufung auf das Asylrecht bewältigen, gerade auch, weil politisch Verfolgte
1309 nur einen Teil der Flüchtlinge stellen.

1310 Wir stehen zu unserem Asylrecht und wollen unserer humanitären Verantwortung gerecht
1311 werden. Verfolgte und Bürgerkriegsflüchtlinge genießen Schutz, bis die Lage in ihren Hei-
1312 matländern eine Rückkehr zulässt. Sie sind Gäste auf Zeit, die – wie alle hier Lebenden –
1313 Rechte und Pflichten gleichermaßen haben.

1314 Neben einem flächendeckenden Rückführungsabkommen für all diejenigen, die aus siche-
1315 ren Herkunftsländern stammen, ist auch ein schnellerer Abschluss von Asylverfahren hier-
1316 zulande notwendig. Auf internationaler Ebene müssen endlich UN-Schutzzonen eingerichtet
1317 werden. Sollten diese keine schnelle Handlungsfähigkeit garantieren, so sollten mittelfristig
1318 EU-Schutzzonen eingerichtet werden. Auch muss die internationale Staatengemeinschaft
1319 unter Führung der Vereinten Nationen in Krisengebieten künftig rasch geeignete Landstri-
1320 che sichern, um den fliehenden Menschen vor Ort Sicherheit und eine Grundversorgung zu
1321 geben. Damit bleibt ihnen die lebensgefährliche Weiterflucht in Richtung Europa erspart.
1322 Dennoch brauchen wir für die Zuwanderung klare Regeln, die jedoch nicht allein aus den
1323 restriktiven Ansätzen der hessischen Flüchtlingspolitik bestehen können.

1324

1325

1326 ***Aufhebung der Residenzpflicht***

1327 Eine fortwährende Residenzpflicht, der Asylbewerber*innen und Geduldete unterliegen und
1328 die sie dazu verpflichtet, sich nur in einem von der jeweils zuständigen Behörde definierten
1329 Bereich aufzuhalten, steht einer gelingenden Integration diametral entgegen. Ein soziales
1330 und oftmals auch familiäres Miteinander, das Aufrechterhalten sozialer Kontakte, die Möglich-
1331 keit einer Arbeitsaufnahme – all dies wird Asylbewerber*innen und Geduldeten erschwert
1332 oder gar unmöglich gemacht. Hier brauchen wir dringend Abhilfe in Form von Bürokratieab-
1333 bau. Denkbar ist eine Beschränkung der Residenzpflicht auf zwei Jahre oder alternativ bis
1334 zur erfolgreichen Absolvierung von Sprachkursen.

1335 Auch ist die politische Ausrichtung zu korrigieren, Geduldeten teils über Jahre hinweg den
1336 Zugang zum Arbeitsmarkt zu verwehren, auch indem sie nicht für dringend benötigte Stellen
1337 auf dem freien Arbeitsmarkt hinreichend qualifiziert werden. Wir verschenken unsere eigene
1338 Zukunft durch diese Form bornierten Handelns und Verweilens.

1339 Asylbewerber*innen und Geduldete benötigen eine Perspektive, auf die sie verlässlich
1340 bauen können. Nur dann kann auch Integration gelingen.

1341 Zudem müssen die Kommunen von den Kosten der Integrationspolitik entlastet und stärker
1342 eingebunden werden, wenn es um die dezentrale Unterbringung von Asylbewerber*innen
1343 geht. Insgesamt müssen Land und Bund vollumfänglich für Kosten aufkommen, die mit der
1344 Integration von Flüchtlingen in Zusammenhang stehen. Zahlreiche Kommunen in Deutsch-
1345 land sind ohnehin in finanzieller Not und dürfen nicht für das Chaos und Versagen auf Lan-
1346 des- und Bundesebene zur Kasse gebeten werden. Auch darf nicht vergessen werden, dass
1347 gerade der Bund durch Waffenexporte in Krisengebiete ein stiller Unterstützer vielerlei
1348 Fluchtursachen ist. Diesem Paradoxon muss endlich die Stirn geboten werden.

1349

1350

1351 ***Freiheitliche Gesellschaft***

1352 Unser erklärtes Ziel ist die gemeinsame Partizipation an einer freiheitlichen, solidarischen
1353 und pluralistischen Gesellschaft von ansässiger Bevölkerung und Menschen mit Zuwande-
1354 rungsgeschichte gleichermaßen. Gegenseitiger Respekt und Wertschätzung sind die Sä-
1355 len einer auf Gleichberechtigung aufbauenden freiheitlichen Gesellschaft. Auf Grundlage
1356 dessen lehnen wir Entwicklungen, die unserer freiheitlichen und auf dem Grundgesetz ba-
1357 sierenden Ordnung zuwiderlaufen, kategorisch ab.

1358

1359

1360 ***Klares Verbot von Kinderehen***

1361 Wir verurteilen die Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen im In- und Ausland. Daher ist
1362 es nicht hinnehmbar, dass Praktiken wie die Kinderehe in Deutschland eine Aushebelung
1363 der Kinderschutzgesetze ermöglichen. Bestehende Gesetze zur Ehe wollen wir durchsetzen
1364 und keine Ausnahmen für im Ausland geschlossene Kinderehen durch deren Anerkennung
1365 zulassen. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen muss in jedem Einzelfall Vorrang ha-
1366 ben und darf nicht durch Kompromisse aufgeweicht werden. Darüber hinaus sehen wir den
1367 Schutz von Kindern und Jugendlichen als so wichtig an, dass es Ziel Deutschlands sein
1368 muss, auch im Ausland für den Schutz von Kindern und Jugendlichen einzutreten und da-
1369 rauf hinzuwirken, auch hier ein Verständnis für die Wichtigkeit zu schaffen.

1370

1371

1372 ***Grundgesetz als zentrale Instanz unserer Rechts- und Wertegemeinschaft***

1373 Wir erteilen jeglichen politischen Vorstößen Absagen, welche die Grundwerte unserer Ver-
1374 fassung unterwandern wollen. Insbesondere religiöse Gebote, die unserem Grundgesetz
1375 widersprechen, dürfen weder unsere Rechtsprechung noch unser gesellschaftliches Zu-
1376 sammenleben beeinträchtigen.

1377

1378

1379 ***Konsequentes Vorgehen gegen islamistische Gefährder***

1380 Eine verfehlte Zuwanderungspolitik darf nicht zum Sicherheitsrisiko für unsere freiheitliche
1381 Gesellschaft werden. Die Einreise von Gefährdern muss bereits an der Grenze unterbunden
1382 werden, indem wir dort Möglichkeiten zur sofortigen Identitätsklärung schaffen, unkontrol-
1383 lierte Einwanderung muss unterbunden werden. Die, wie die WELT titelte, „Geschichte ei-
1384 nes Staatsversagens“, die sie sich im September 2015 zugetragen hat, darf sich nicht wie-
1385 derholen.

1386 Für Gefährder, die sich bereits im Land befinden, sowie für wiederholt straffällig gewordene
1387 Flüchtlinge fordern wir die sofortige Abschiebung. Solche, die mangels Papieren oder Rück-
1388 nahmebereitschaft des Herkunftslands nicht abgeschoben werden können, müssen als Si-
1389 cherheitsrisiko in Abschiebehäft genommen werden. Den Straftatbestand der Bildung einer
1390 terroristischen Vereinigung muss dabei ebenso konsequent berücksichtigt werden.

1391

1392

1393 **Demografischer Wandel**

1394 Der demografische Wandel wird nicht nur Hessen gravierend verändern. Wir müssen in
1395 vielen Bereichen umdenken, um unser Land zukunftsfähig zu erhalten und weiterhin die
1396 ländlichen Räume für alle Bevölkerungsgruppen attraktiv zu gestalten. Versäumnissen der
1397 bisherigen Landesregierung müssen wir begegnen, indem wir unseren Bürger*innen klar
1398 aufzeigen, in welchen Bereichen wir akuten Handlungsbedarf sehen: Bildungsgerechtigkeit
1399 und qualitativ hochwertige Bildung von Anfang an, Schaffung eines besseren Freizeitange-
1400 botes, Verbesserung von Arbeitsbedingungen, Ausbau von wirtschaftlicher/digitaler/mobi-
1401 ler/medizinischer Infrastruktur und Steigerung der Mobilitätsangebote gerade in ländlichen
1402 Gebieten, Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Hessen, vollständige
1403 Gleichstellung von Mann und Frau.

1404 Durch Ausbau und Erhalt einer modernen Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen können
1405 wir eine leistungsfähige Infrastruktur, eine wohnortnahe Versorgung mit Gütern des täglich-
1406 chen Lebens und Bildungseinrichtungen sowie medizinischer Versorgung herausbilden, die
1407 eine Abwanderung aus dem ländlichen Raum stoppt. Gepaart mit weiteren Verbesserungen
1408 wie einer besseren Erschließung des ländlichen Raums mit Straße, Schiene und Breitband
1409 können diese Maßnahmen öffentlichkeitswirksam in einer Imageoffensive für den ländlichen
1410 Raum propagiert werden.

1411 Junge Leute würden wieder eine Perspektive vor Ort sehen, junge Familien müssten sich
1412 nicht zwischen einem Leben in der Stadt oder auf dem Land entscheiden, Senior*innen
1413 hätten Perspektiven für autonomes Leben und Wohnen – eine solidarische Gesellschaft
1414 wäre trotz demografischen Wandels auch im ländlichen Raum (er-)lebbar.

1415 Nur so haben wir die Chance, den ländlichen Raum zu stärken und den massiven demo-
1416 grafischen Wandel dort zu stoppen. Überdies ist eine Anpassung der sozialen Sicherungs-
1417 systeme an die sich durch den demografischen Wandel verändernden Rahmenbedingun-
1418 gen erforderlich.

1419

1420

1421 **Bürgerschaftliches Engagement**

1422 Eine Gesellschaft wird durch das Miteinander der Einzelnen geprägt. Bürgerschaftliches
1423 Engagement ist ein wesentlicher Pfeiler einer menschlichen – und vor allem einer solidari-
1424 schen – Gesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement verhindert soziale Kälte. Bürger-
1425 schaftliches Engagement stärkt das Bewusstsein für Demokratie und Gemeinwohl, gerade
1426 auch durch die vielen ehrenamtlich tätigen Kommunalpolitiker*innen. Deshalb unterstützen
1427 auch wir das Vorhaben, die Förderung des Ehrenamtes als Staatsziel in die Hessische Ver-
1428 fassung aufzunehmen und werden mit Nachdruck darauf hinwirken, dass es sich dabei nicht
1429 um eine unverbindliche Formulierung handelt. Denn wir erhoffen uns durch die gesetzliche
1430 Verankerung endlich eine stärkere gesellschaftliche Anerkennung und Würdigung ehren-
1431 amtlich engagierter Bürger*innen sowie einen staatlich garantierten Schutz vor tätlichen
1432 Übergriffen, medialen Diffamierungen und Bedrohungen jeglicher Art.

1433 Über 40 Prozent der über 14-Jährigen, also ca. 31 Millionen Menschen, engagieren sich in
1434 Deutschland ehrenamtlich in ihrer Freizeit. In Hessen sind es ca. 34 Prozent der zwischen

1435 18- und 65-Jährigen. Das bürgerschaftliche Engagement ist dabei so bunt wie die Men-
1436 schen, die es ausüben: Vom Einsatz in Hilfsorganisationen und Sportvereinen über die Mit-
1437 arbeit im Hospiz und kommunalen Gremien bis zum Beitrag von Lesepat*innen zur Leseför-
1438 derung oder dem Einsatz für grundsätzlich (hilfe-)bedürftige Menschen und speziell für die
1439 von Krieg und Verfolgung gezeichneten Flüchtlinge ist alles dabei. Das freiwillige Engage-
1440 ment bereichert unsere solidarische Gesellschaft in vielen Bereichen und bringt sie weiter
1441 voran. Diese Dynamik müssen wir weiter stärken und fördern, allerdings dürfen wir nicht
1442 allein auf das bürgerschaftliche Engagement bauen. Das Ehrenamt darf nicht zum Auffang-
1443 becken von staatlichen Unzulänglichkeiten werden und zum (weiteren) Abbau sozialer
1444 Strukturen führen, wie sich dies beispielsweise in der aktuellen Diskussion um die Tafeln in
1445 Deutschland abzeichnet. Den ehrenamtlich geführten Tafeln darf nicht die Aufgabe zukom-
1446 men, die Ernährung der Ärmsten im Lande zu sichern.

1447 Auch darf das Ehrenamt nicht zum Nachteil gereichen für die ehrenamtlich tätigen Men-
1448 schen. Die hessische Ehrenamts-Card ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Das
1449 Konzept muss aber dringend weiter ausgebaut werden, um die Anzahl von Vergünsti-
1450 gungsoptionen zu erhöhen und die Attraktivität des Ehrenamts bzw. der Ehrenamts-Card
1451 weiter zu steigern. Bislang zählt die Hessische Staatskanzlei 1.800 Möglichkeiten, beim Be-
1452 such von öffentlichen und privaten Einrichtungen und Veranstaltungen Vergünstigungen zu
1453 erhalten, wenn man Besitzer*in der Ehrenamts-Card ist. Unserer Ansicht nach viel zu wenig.

1454 Auch ist es einer Gesellschaft wie der unsrigen unwürdig, bei einem derart großen persön-
1455 lichen Engagement von mehr als einem Drittel der Bevölkerung keine pauschale finanzielle
1456 Entlastung des Ehrenamts gesetzlich zu verankern. Eine finanzielle Entlastung darf nicht
1457 nur gelten, wenn Gelder aus dem Vereinsvermögen tatsächlich fließen, was ohnehin im
1458 Widerspruch zu den meisten Vereinssatzungen steht. Hier muss schnell Abhilfe geschaffen
1459 werden, denkbar beispielsweise in Form eines Steuerfreibetrags, analog zum Kinderfreibe-
1460 trag. Die Steuerlast von ehrenamtlich Tätigen wird gesenkt, oder, im Falle des Erhalts von
1461 Grundsicherung, nicht als zusätzliches Einkommen angerechnet. Durch eine solche Entlas-
1462 tung könnte das bürgerschaftliche Engagement mehr Attraktivität erfahren. Dies ist gerade
1463 im ländlichen Raum dringend notwendig, wenn wir an die vielen Freiwilligen Feuerwehren
1464 denken, die schon heute – bedingt auch durch demografischen Wandel und „Landflucht“ –
1465 unter massiven Nachwuchssorgen leiden. Eine Stärkung der Freiwilligendienste, gerade
1466 auch für Katastrophenfälle, ist in weiten Teilen Hessens notwendiger denn je.

1467 Das Vereinswesen in den Städten und auf dem Land muss politische Unterstützung finden,
1468 ist es doch ein zentraler Baustein der Integration und bietet gerade Jugendlichen Zugang
1469 zu sinnvollen gemeinnützigen und pädagogisch hochwertigen Betätigungen. Hierzu werden
1470 Familienzentren benötigt, die die Vereinbarkeit von Bildung, Erziehung und Betreuung mit
1471 dem Vereinswesen vernetzen. Auch für die Generation 65+ wollen wir das ehrenamtliche
1472 Engagement stärken.

1473 Neben dem sozialen Engagement kommt dem Ehrenamt im Bereich Sport seit jeher eine
1474 große Bedeutung zu, für das sich auch vielfach bereits Kinder und Jugendliche engagieren.
1475 Sport leistet dabei als verbindendes Element einen bedeutenden Beitrag für die Vermittlung
1476 gesellschaftlicher Werte, die auch im täglichen Miteinander von zentraler Wichtigkeit sind.
1477 Neben Toleranz, Akzeptanz, Solidarität und sozialer Kompetenz hilft Sport bei Inklusion und
1478 Integration gleichermaßen. Darüber hinaus leistet das sportliche Engagement einen wichti-
1479 gen Beitrag zur gesundheitlichen Prävention, den es unbedingt zu fördern gilt. Hierfür muss
1480 jedoch auch ein entsprechendes Umfeld geschaffen werden, das dies ermöglicht: Sportstät-
1481 ten dürfen nicht weiter dem Rotstift zum Opfer fallen, sie müssen erhalten, saniert und mo-
1482 dernisiert werden. Sportangebote müssen ausgebaut und in eine bildungsgerechte Schule
1483 integriert werden – auch muss vielerorts gerade im ländlichen Raum ein angemessenes und
1484 wohnortnahes Angebot für Senior*innen entstehen. Sport muss auch künftig eine verlässli-
1485 che Förderung erfahren, gleich ob es sich um Vereins-, Breiten- oder Spitzensport handelt.
1486 Auch wenn Sport als Staatsziel bereits seit 2002 in der hessischen Landesverfassung ver-
1487 ankert ist, so kämpfen wir für die Aufnahme des Sports in den Katalog der kommunalen
1488 Pflichtaufgaben. Wir versprechen uns hiervon eine stärkere Verbindlichkeit, dem Sport die
1489 Möglichkeiten zukommen zu lassen, die er braucht, um auch künftig einen wichtigen Beitrag
1490 zur gesellschaftlichen Entwicklung und deren Stabilisierung leisten zu können.

1491

1492

1493 **Soziale Gerechtigkeit**

1494 Die hessische Wirtschaft blüht und gedeiht. Das Statistische Bundesamt hat im April verlau-
1495 ten lassen, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 2,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr
1496 gestiegen sei. Allerdings ist diese Wirtschaftsleistung nicht proportional zum Wachstum der
1497 Lebensbedingungen der Menschen in Hessen zu sehen. Das Wirtschaftswachstum sorgt
1498 nicht per se für mehr Lebensqualität, für mehr soziale Gerechtigkeit. Hessen gilt als reiches

1499 Bundesland in dem ohnehin reichen Deutschland. Deutschland und Hessen sind also prä-
1500 destiniert, einen solidarischen, demokratischen und zukunftsfähigen Sozialstaat zu realisie-
1501 ren.

1502 Die Bedingungen sind gegeben – die Umsetzung jedoch scheitert. Am Unwillen der Lan-
1503 desregierung, an deren Inkompetenz und Ignoranz.

1504 Soziale Gerechtigkeit muss notwendige Strukturen schaffen, um Armut zu bekämpfen und
1505 perspektivisch zu verhindern. Soziale Gerechtigkeit muss allen eine gleiche Chance auf ge-
1506 sellschaftliche Teilhabe ermöglichen – von Bildung über Kultur, Einkommen, Mobilität, Ge-
1507 sundheitsprävention bis zu Sport und Begegnung.

1508

1509

1510 **Armutsbekämpfung**

1511 Seit Jahren klaffen die Unterschiede innerhalb der Bevölkerung auseinander. Vor allem zw-
1512 ischen Arm und Reich zieht sich ein immer tieferer Graben. Wenngleich die Arbeitslosen-
1513 quote kontinuierlich sinkt, leben zunehmend mehr Menschen von der Grundsicherung. Auf-
1514 grund prekärer Beschäftigungsverhältnisse, vor allem auch im sogenannten Niedriglohn-
1515 sektor, sind immer mehr Menschen von Armut bedroht. Ihr Lohn reicht nicht aus, sie werden
1516 „aufgestockt“. Ihre schwierige Ausgangslage treibt sie an den Rand des sozioökonomischen
1517 und -kulturellen Existenzminimums oder gar darunter. Vor allem Kinder und Alleinerzie-
1518 hende, aber auch als arm geltende Familien (Haushalte mit weniger als 60 Prozent des
1519 durchschnittlichen Nettoeinkommens) sind hiervon mehr und mehr betroffen. Ihre Partizipa-
1520 tion am gesellschaftlichen Leben schwindet – nicht weil sie kein Essen auf dem Teller vor-
1521 finden oder gar ein Dach über dem Kopf fehlt. Nein, sie schwindet, weil von Armut betroffene
1522 oder armutsgefährdete Menschen an vielen sozialen und kulturellen Aktivitäten nicht mehr
1523 teilhaben können, die für andere gleichwohl zur Normalität zählen. Sind Kinder hiervon be-
1524 reits in jungen Jahren und zudem längerfristig betroffen, steigt die Gefahr eines dauerhaften
1525 Armutsrisikos. Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung zu „Armutsmustern in Kindheit und Ju-
1526 gend“ vom Oktober 2017 hat durch Längsschnittbetrachtungen ganz klar demonstrieren
1527 können, „dass es auch um die Zukunftschancen armer Kinder nicht gut steht: „Ihre Bildungs-
1528 biografien sind z. B. durch häufigere Klassenwiederholungen, schlechtere Noten und nied-
1529 rigere Schulabschlüsse belasteter als die anderer Kinder und sie leiden häufiger an gesund-
1530 heitlichen Beeinträchtigungen. Diese negativen Folgen nehmen zu, je länger ein junger

1531 Mensch in Armut aufwächst.“ (S. 6) Ein Teufelskreis, der im Kindesalter beginnt und sich im
1532 Erwachsenenalter fortsetzt.

1533 Die Politik muss dafür Sorge tragen, dass Kinder aus der Armut befreit werden, um dieselbe
1534 Chance auf gesellschaftliche Teilhabe zu erhalten wie die nicht von Armut betroffenen Kin-
1535 der. Familienpolitik muss sich künftig am Kindeswohl orientieren, d.h. die Definition von Fa-
1536 milie muss abhängig sein von der Existenz von Kindern, unabhängig davon, wer die Erzie-
1537 hung übernimmt (Alleinerziehende, homo- oder heterosexuelle Paare). Bisherige finanzielle
1538 Familienleistungen müssen zu finanziellen Leistungen für Kinder umgewidmet werden, ar-
1539 men Kindern muss zusätzliche finanzielle Hilfe gewährt werden, um ihnen eine gesellschaft-
1540 liche Teilhabe zu sichern, um sie aus dem sozioökonomischen und -kulturellen Existenzmi-
1541 nimum herauszuholen.

1542 Auch andere von Armut betroffene Menschen benötigen eine Perspektive, die sich weg vom
1543 Existenzminimum bewegt. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Arbeitslosigkeit, Krankheit,
1544 Scheidung, Überschuldung oder Suchtprobleme führen häufig zu einem unverschuldeten
1545 sozioökonomischen Abstieg, aus dem eine Flucht oftmals kaum mehr möglich ist. Diese
1546 Menschen, vor allem Alleinerziehende, Frauen, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte,
1547 Bildungssystemferne und zunehmend mehr Rentner*innen, sind in einem System der sozi-
1548 alen Härte gefangen, das ihnen vielfach wenig Chancen lässt, ihre eigene Situation aktiv zu
1549 verbessern.

1550 Das System der sozialen Grundsicherung – meist einfach als Hartz IV bezeichnet – benötigt
1551 eine dringende Reformierung, die aber mehr als nur einer Umbenennung bedarf. Die Grund-
1552 sicherung muss die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Die Höhe der
1553 Grundsicherung muss – wie auch der Mindestlohn – regelmäßig von einer unabhängigen
1554 Expert*innen-Kommission überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

1555 Derzeit diskutieren SPD-Mitglieder öffentlich die Einführung eines solidarischen Grundein-
1556 kommens – statt bzw. ergänzend zu Hartz IV. Notwendig für den Bezug dieses solidarischen
1557 Grundeinkommens soll die Schaffung eines sozialen Arbeitsmarktes werden. Dieser würde
1558 Arbeitsangebote für Arbeitslose in der kommunalen Daseinsvorsorge beinhalten, die nach
1559 geltendem Mindestlohn bezahlt würden; finanziert würden die Arbeitsstellen durch Steuern.
1560 Kommunale Tätigkeiten, die gesellschaftlich notwendig sind – eine Formulierung, die die
1561 einstigen sogenannten „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“ (ABM) in Erinnerung ruft, die in
1562 den 1990er Jahren allgegenwärtig waren. Arbeitssuchende, die als ABM-Kräfte fungierten,

1563 waren und wurden häufig stigmatisiert und hatten aufgrund dessen noch schlechtere Chan-
1564 cen auf dem „normalen“ Arbeitsmarkt.

1565 Also alles nur alter Wein in neuen Schläuchen? Geht es nach dem Willen der SPD, dann
1566 sollen die Arbeitsangebote des sozialen Arbeitsmarktes auch im sozialen Bereich liegen,
1567 also beispielsweise in Form von Hilfsdiensten im Bereich der Gesundheits- und Kranken-
1568 pflege oder der Altenpflege, in Einrichtungen der (frühkindlichen) Bildung oder auch der Ju-
1569 gend- und Familienhilfe ebenso wie im Rahmen der Flüchtlingshilfe.

1570 Nun besteht hierin aber die Gefahr, dass über das solidarische Grundeinkommen Arbeits-
1571 stellen geschaffen werden, die zu Lohndumping einerseits und zu einem weiteren Qualitäts-
1572 abbau in den verschiedenen Arbeitsbereichen des primären Arbeitsmarktes andererseits
1573 führen könnten. Exemplarisch sei hier auf die Pflege verwiesen: Zunehmend mehr Pflege-
1574 helfer*innen und -assistent*innen finden sich in Kliniken und Krankenhäusern. Zunehmend
1575 weniger examinierte Pflegekräfte müssen die Sicherheit der Patient*innen und die Qualität
1576 der Pflege gewährleisten. Würde also der verstärkte Einsatz von Menschen, die lediglich
1577 Hilfsdienste verrichten können, das primäre Problem lösen? Wohl kaum.

1578 Unser soziales System bedarf der dringenden Reformierung, das steht außer Frage. Ob ein
1579 Systemwechsel mit neuem Namen hierfür ausreichend ist, ist jedoch mehr als fraglich. Dass
1580 die Grundsicherung auf ein tatsächlich bedarfsdeckendes Niveau gehoben werden muss,
1581 ist auch längst bekannt. Durch Rechenschieberei findet eine Schönfärberei statt, wären
1582 doch eigentlich viel mehr Menschen förderungswürdig und -bedürftig. Doch Bundes- wie
1583 Landesregierung kommt die Beschönigung zugute, wären doch sonst die Statistiken und
1584 Arbeitsmarktzahlen andere. Mehr Fragen würden aufgeworfen. Fragen nach dem Sinn und
1585 Erfolg des bisherigen Systems.

1586 Ziel des Sozialstaates muss es sein, Kindern und Jugendlichen Chancengleichheit als Aus-
1587 gangslage zu gewähren. Dies umfasst die aktive Beseitigung von Kinderarmut durch ge-
1588 zielte finanzielle Hilfen sowie die Gewährung eines besseren Zugangs zur Bildung. Ein ers-
1589 ter wichtiger Schritt ist hierbei die Gebührenbefreiung der Bildung bis zum ersten Abschluss.
1590 Eine fundierte (Aus-)Bildung ist die beste Ausgangslage für Kinder und Jugendliche, auf
1591 dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen – als qualifizierte Arbeitnehmer*innen, die beste Voraus-
1592 setzungen haben, prekären Beschäftigungsverhältnissen zu entgehen.

1593 Von Armut betroffene oder bedrohte Erwachsene müssen mehr und besser von einer soli-
1594 darischen Gesellschaft profitieren. Hierzu gehört auch die politische Steuerung des Arbeits-
1595 marktes dahingehend, dass Arbeitnehmer*innen mehr Geld zur Verfügung haben, als wenn
1596 sie soziale Transferleistungen bezögen. Dies stärkt letztlich auch deren Selbstwertgefühl,
1597 wodurch ihr gesellschaftlicher Status bzw. ihre eigene Wahrnehmung desselben gefestigt
1598 wird. Sind Arbeitnehmer*innen nicht in den sogenannten ersten oder zweiten Arbeitsmarkt
1599 zu integrieren, dann sollte ihnen die Möglichkeit der Gemeinwohlarbeit gegeben werden.
1600 Diese nach dem Mindestlohn bezahlte Arbeit hilft Menschen, in einen strukturierten Tages-
1601 ablauf zurückzufinden und eröffnet auch eine finanzielle Besserstellung.
1602 Auch der Wohnungsmarkt bedarf einer neuen, einer soziale(re)n Ausrichtung. Die Schaf-
1603 fung von bezahlbarem Wohnraum ist ein essentielles Kriterium, was sich gleichfalls auf die
1604 Armutsbekämpfung auswirkt. Regionale Unterschiede im Einkommens- und Mietpreisni-
1605 veau gilt es hier zu berücksichtigen. In Ballungsräumen wie zum Beispiel Frankfurt müssen
1606 Familien mittlerweile fast jeden zweiten Euro für die Miete verausgaben, was sie oftmals an
1607 den Rand des Existenzminimums oder sogar darunter bringt. Der Wohnungsmarkt nimmt
1608 also Einfluss auf eine zunehmende soziale Spaltung, die nicht mehr nur „Arm und Reich“
1609 betrifft, sondern auch für die Entstehung (neuer) sozialer Brennpunkte mit verantwortlich ist.
1610 Und dieser gilt es entschieden zu begegnen, will man eine starke soziale Segregation nach
1611 „Vorbild“ der französischen Banlieue verhindern. Stadtteile, die von hoher Arbeitslosigkeit,
1612 Gewaltausbrüchen und Verwahrlosung geprägt sind, werden jedoch nicht automatisch zum
1613 Problemviertel, wenngleich uns dies die populistische Berichterstattung einiger Privatsender
1614 am Beispiel von Duisburg-Marxloh suggerieren möchte. Die „Broken-Window-Theorie“ gilt
1615 längst als obsolet, vielmehr ist das Gefühl des Nicht-Dazugehörens, der Ausgrenzung, aus-
1616 schlaggebend. Die (Kommunal-)Politik muss also dahingehend insistieren, dass gerade in
1617 problematischen Bezirken das soziale Leben gefördert wird, Angebote für Bildung, Kultur
1618 und Sport ebenso vorhanden sind wie auch Gesundheitseinrichtungen. Mit anderen Worten:
1619 Wir sprechen uns dafür aus, auch weiterhin die erfolgreiche Arbeit der Hessischen Gemein-
1620 schaftsinitiative Soziale Stadt (HEGISS) fortzusetzen, will man sozialer Segregation begegnen.
1621
1622
1623

1624 **Arbeitsmarkt**

1625 Das Recht auf Arbeit ist wie die gerechte und geschlechtergleiche Entlohnung ein Men-
1626 schenrecht (vgl. VN: Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Art. 23). Folgerichtig, ist
1627 Arbeit doch weit mehr als nur eine Voraussetzung für den Erwerb von eigenem Einkommen.
1628 Arbeit steigert das Selbstwertgefühl, sie bietet Zugang zu sozialen Kontakten und ermöglicht
1629 die gesellschaftliche Partizipation. Auch führt Arbeit zu gesellschaftlicher Wertschätzung –
1630 leider im Umkehrschluss im Falle von Arbeitslosigkeit auch allzu oft zu Geringschätzung,
1631 weshalb hier dringend andere sozialpolitische Maßnahmen für eine gesellschaftliche Wert-
1632 schätzung und Anerkennung notwendig sind.

1633 Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat die Arbeitslosenquote in Hessen für März 2018 auf
1634 4,8 Prozent beziffert. Eine gute Konjunktur sowie eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts
1635 (BIP) verheißen auch weiterhin gute Aussichten. So gut, dass man auf eine Fachkräfte-
1636 Lücke zulaufe, so Dr. Bettina Wolf, Geschäftsführerin der Regionaldirektion Hessen der BA.
1637 Aber, auch das bekräftigt sie, die mehr als 90.000 Menschen ohne Berufsausbildung haben
1638 es zunehmend schwerer, Anschluss auf dem hessischen Arbeitsmarkt zu finden.

1639 Diese Arbeitslosenzahlen belegen zweierlei: Eine weiterhin solide wirtschaftliche Entwick-
1640 lung bedarf dringend ausgebildeter Fachkräfte. Dies macht auch die zielgerichtete Förde-
1641 rung von mittelständischen Unternehmen notwendig. Der hessische Mittelstand als Motor
1642 der Wirtschaft muss entlastet werden von überflüssiger Bürokratie, der Zugang zu Weiter-
1643 qualifizierungsangeboten für Arbeitnehmer*innen muss einfacher werden, damit die Fach-
1644 kräfteausbildung forciert werden kann.

1645 Die Arbeitsmarktzahlen zeigen aber auch die Kehrseite der Medaille: Zukunftsträchtige Ar-
1646 beit besteht zunehmend weniger aus Hilfstätigkeiten. Folglich ist der Bedarf an unausgebil-
1647 deten Hilfskräften eher gering. Der Arbeitsmarkt erfährt bereits jetzt eine tiefe Spaltung, die
1648 sich nur durch gezielte Weiterbildungsmaßnahmen aufhalten lässt. Sonst läuft man Gefahr,
1649 in Zukunft noch mehr (Langzeit-)Arbeitslose nicht qualifiziert vermitteln zu können. Und dies
1650 wiederum erhöht das Armutsrisiko.

1651 Zusatzqualifikationen und/oder Weiterbildungsmaßnahmen sind auch perspektivisch gese-
1652 hen die einzige Chance, um auf einem zukunftsfähigen, durch Prozesse der Digitalisierung
1653 und Automatisierung ohnehin im Wandel begriffenen Arbeitsmarkt zu bestehen. Vor allem
1654 Langzeitarbeitslose und schwer vermittelbare Menschen benötigen eine bessere Qualifika-
1655 tion, damit sie künftig nicht weiter im Hilfskräfte-Sektor verharren. Dafür ist es notwendig,

1656 die bislang gängige Praxis der willkürlichen Abschiebung von Langzeitarbeitslosen oder
1657 schwer vermittelbaren Menschen in gerade angebotene – mehr oder minder zufällige –
1658 Qualifikations-/Weiterbildungskurse zu beenden. Diese ist – wie die Arbeitslosenzahlen im-
1659 mer wieder vor Augen führen – nicht zielführend. Eine individuelle Beratung, ein intensives
1660 Auseinandersetzen mit den Ressourcen der Arbeitssuchenden scheint der Lösung des
1661 Problems viel angemessener. Auch muss es erklärtes Ziel sein, durch bedarfs- und zielge-
1662 richtete Qualifikationsangebote allen Arbeitnehmer*innen die Möglichkeit zu geben, ohne
1663 staatliche Förderung von ihrer Arbeit leben zu können. Maßnahmen wie die Eingrenzung
1664 der Leiharbeit auf die Abdeckung von Auftragsspitzen halten wir hier für notwendig. Damit
1665 stünde den Unternehmen auch künftig ein Instrument zur Verfügung, um personalpolitisch
1666 flexibel reagieren zu können. Allerdings darf dieses Instrument der Zeitarbeit nicht ausufern
1667 und zur unsozialen Kostensenkung oder Verdrängung der Stammbeschäftigten missbraucht
1668 werden. Auch ist die Einführung flächendeckender, regionen- und branchenspezifischer
1669 Lohnuntergrenzen, die verbindlich geregelt und von einer unabhängigen Kommission fest-
1670 gelegt werden, ein weiterer Schritt, Lohndumping zu unterbinden und die bislang notwen-
1671 dige Quersubventionierung von ALG-II-Aufstocker*innen absehbar abzuschaffen.
1672 Die individuelle Förderung darf nicht nur beschränkt werden auf Personen, die in den ersten
1673 oder zweiten Arbeitsmarkt vermittelt werden können. Gerade auch Menschen, die aufgrund
1674 persönlicher Einschränkungen hierin nicht integriert werden können, gilt es eine Perspektive
1675 aufzuzeigen. In Form von Gemeinwohlarbeit, deren Entlohnung sich am Mindestlohn orien-
1676 tiert. Durch Integration wird diesen Arbeitskräften eine aktive gesellschaftliche Partizipation
1677 möglich, ihnen wird durch ein respektvolles Miteinander und ein Gefühl des Gebrauchtwer-
1678 dens Würde zurückgegeben, die allzu oft verlorengegangen scheint.

1679
1680

1681 **Wohnungsmarkt**

1682 Beinahe mag es verwundern, aber auch das Recht auf Wohnen ist ein Menschenrecht (vgl.
1683 VN: Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Art. 25, Abs. 1). Wenngleich der Lebens-
1684 standard, also die Angemessenheit des Wohnraums, landesspezifisch sein mag, so muss
1685 der Staat dennoch dafür Sorge tragen, dass jedem Individuum das Recht auf Wohnen zu-
1686 gestanden wird. Der Staat muss also die notwendigen Rahmenbedingungen, die Voraus-
1687 setzungen, schaffen. Mit anderen Worten: Der deutsche Staat – und somit auch das Land

1688 Hessen – ist dafür verantwortlich, dass bezahlbarer Wohnraum für alle Menschen, frei von
1689 jeglicher Diskriminierung, zur Verfügung steht.

1690 Sozialer Wohnraum ist jedoch gerade in Ballungszentren Mangelware. Und dies begünstigt
1691 wiederum Armut bzw. Armutsbedrohung – gerade auch in Frankfurt, wenn Menschen dort
1692 bis zu 50 Prozent ihrer Einkünfte allein für eine bezahlbare Wohnung veranschlagen und
1693 verausgaben müssen. Eine umfassende Investition in den sozialen Wohnungsbau ist not-
1694 wendiger denn je. Kapazitär müssen eine Vielzahl an Wohnungen für Familien, Studierende
1695 und Geringverdiener*innen entstehen, aber auch zunehmend mehr barrierefreie oder alters-
1696 gerechte Wohnformen für Menschen mit Einschränkungen und Senior*innen.

1697 Landesweit sind für die Umsetzung Richtlinien notwendig, die Investor*innen und Herstel-
1698 ler*innen von sozialgefördertem Wohnraum eine Kosten-Leistungs-Rechnung aufbürden.
1699 Möglich wäre beispielsweise, dass sich der Kaltmietpreis aus den realen Herstellungskosten
1700 – ohne den Grunderwerb – generiert. Dies bietet den Vorteil eines fixen Preises, der
1701 sich für die Laufzeit der Abschreibung nicht spekulativ verändern lässt oder inflationären
1702 Einflüssen unterlegen ist. Daraus kann auf lange Sicht hin eine Mietpreisbremse gestaltet
1703 werden bei gleichzeitiger Kostendeckung und Risikominimierung für Bauherr*innen. Neben
1704 einer solchen Mietpreisbremse besteht eine andere Option im Finanzausgleich, die allen
1705 Städten und Kommunen eine solide und verlässliche finanzielle Ausstattung gewährleistet.
1706 Denkbar wäre eine Finanzierung pro Einwohner und Fläche. Die Beträge, die jede Kom-
1707 mune zur Verfügung hätte, sollen so justiert werden, dass es für alle Kommunen auskömm-
1708 lich ist. Auf dem Land können so wichtige Infrastrukturprojekte umgesetzt werden, während
1709 in der Stadt Maßnahmen finanziert werden können, welche die Lebensqualität nachhaltig
1710 verbessern. Unsinnige und oftmals kostspielige Subventionen müssen zugunsten eines
1711 besseren kommunalen Finanzausgleichs abgeschafft werden.

1712 Ganz prinzipiell muss jedoch der gegenwärtige Trend, immer mehr Wohnraum in Ballungs-
1713 zentren zu schaffen, überdacht werden – nicht zuletzt, weil die in der städtischen Fläche
1714 vorhandene Infrastruktur einer solch hohen Kapazität kaum noch gewachsen ist und Prob-
1715 leme bei Verkehr, Frisch- und Abwasser abzusehen sind.

1716 Im ländlichen Raum stehen viele Wohneinheiten kostengünstig zur Verfügung. Durch eine
1717 nachhaltige Verbesserung der Infrastruktur (Ausbau des Öffentlichen Personennahver-
1718 kehrs, Verbesserung der Nahversorgung, Attraktivitätssteigerung von Wohnhäusern etc.)

1719 sowie einer Stärkung der ländlichen Wirtschaftsregionen wären nicht immer mehr Men-
1720 schen gezwungen, in Ballungsgebiete umzusiedeln, um dort Anschluss an den Arbeitsmarkt
1721 zu finden. Der Landflucht vorbeugen kann zudem auch eine Reform des Denkmalschutzes.
1722 In hessischen Dörfern sind viele Leerstände zu verzeichnen, da eine Sanierung/Moderni-
1723 sierung durch die hohen Auflagen des Denkmalschutzes kaum leistbar ist. Eine Lockerung
1724 dieser rigiden bürokratischen Bestimmungen könnte die Attraktivität alter Häuser für viele
1725 steigern, die Häuser würden in jeder Hinsicht eine Aufwertung erfahren. Diese Form der
1726 „Dorferneuerung“ wirkt einem weiteren Aussterben von Dörfern aktiv entgegen. Lebens-
1727 räume in ganz Hessen, in Städten wie ländlichen Regionen, lebenswert zu erhalten, muss
1728 auf der politischen Agenda weit oben stehen, können sich Nachbarschaften doch so wieder
1729 zum Teil des Sozialraums entwickeln. Städtische und ländliche Wohnraumförderung leistet
1730 einen wichtigen Beitrag zu einer solidarischen, inklusiven und teilhabeorientierten Gesell-
1731 schaft.

1732

1733

1734 ***Sozialraumförderung für mehr Lebensqualität***

1735 Soziale Gerechtigkeit wird auch über den (sozialen) Wohnungsmarkt beeinflusst. Sind Mie-
1736 ten in Ballungszentren zu teuer, müssen Menschen aus sozioökonomisch schlechteren Ver-
1737 hältnissen häufig in Stadtrandteile oder Vororte ausweichen. Eigene Milieus können sich
1738 hieraus entwickeln, die gleichzusetzen sind mit einer sozialen Segregation, der es unbedingt
1739 vorzubeugen gilt – auch gerade im Hinblick auf die Integration, die unsere Gesellschaft zu
1740 leisten hat.

1741 Notwendige Maßnahmen der Mietpreisbeschränkung sowie der sozialen und „ästhetischen“
1742 Stadtplanung sind ein Ansatz, der jedoch mit anderen Elementen kombiniert werden muss.
1743 Soziale, kulturelle und Bildungseinrichtungen sowie Spiel- und Sportstätten sind Ansätze,
1744 die von der Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (HEGISS) bereits seit Jahren
1745 erfolgreich in problematischen Stadtteilen ein- und umgesetzt werden und auch weiterhin
1746 beibehalten werden müssen.

1747 Notwendig in hessischen Städten ist der Wiederaufbau der von der Landesregierung zu-
1748 grunde gerichteten sozialen Infrastruktur. Eine bauliche Aufwertung durch Anstreichen von
1749 Häuserfassaden oder Neugestaltung von Parkanlagen reicht nicht aus. Ökologische An-
1750 sätze sind ebenso essentiell wie soziale und integrative Maßnahmen. Hierzu zählt vor allem

1751 auch ein umfangreiches Angebot an soziokulturellen Einrichtungen wie Bildungsinstitutio-
1752 nen, Gemeindezentren oder auch Treffpunkten für spezielle Zielgruppen (Jugendliche, Se-
1753 nior*innen, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte etc.). Dieses Zusammenspiel verschie-
1754 dener baulicher und sozial-orientierter Maßnahmen schafft eine neue Perspektive, eine
1755 neue soziale Infrastruktur, wodurch Stadtteile zum sozialen Treffpunkt erwachsen. Stadtteile
1756 werden zum Sozialraum, zum Quartier, innerhalb der Stadt, in dem die Menschen miteinan-
1757 der in Kontakt kommen, in dem sie Nachbarschaft leben.

1758 Zunutze machen können sich Städte und Kommunen hier auch die Mehrfachnutzung von
1759 Gebäuden. Anstelle eines Neubaus können Schulen in den Nachmittags- oder Abendstun-
1760 den als Jugendtreff o.ä. umfunktioniert werden. Schwimmbäder und Turnhallen können für
1761 die Vereinsarbeit oder auch umfangreiche Freizeitangebote genutzt werden. Dies bietet zu-
1762 gleich den Vorteil, dass sich Bürger*innen aktiv in ihrem Stadtteil, in ihrem Quartier, enga-
1763 gieren und einen wichtigen Beitrag leisten, um das Gemeinwesen zu stärken.

1764

1765

1766 ***Straßenausbaubeiträge***

1767 Straßen sind ein notwendiges Gut der Daseinsvorsorge, für deren Finanzierung nicht die
1768 Anlieger*innen zur Verantwortung zu ziehen sind. Straßen sind Bestandteil der Infrastruktur,
1769 für deren Erhalt und Ausbau sich der Staat verantwortlich zeichnet. Straßenausbaubeiträge
1770 sollten aufgrund dessen aus Steuermitteln der solidarischen Gemeinschaft bezahlt werden.
1771 Es ist nicht zu vermitteln, warum ein Allgemeingut – und nichts anderes stellen Straßen dar
1772 – hauptsächlich von den jeweiligen Anrainer*innen finanziert werden sollte. Auch ist die bis-
1773 lang gängige Praxis, die Straßenausbaubeiträge den Anlieger*innen in Rechnung zu stellen,
1774 für viele existenzbedrohend und konterkariert das soziale System.

1775 Nicht selten werden bei der Sanierung von Straßen Beiträge von 50.000 Euro und mehr für
1776 die Anwohner*innen fällig. In Hessen gab es schon Fälle mit über 125.000 Euro. Selten
1777 kann der Betrag von den Bürger*innen ohne weiteres geschultert werden. Zu oft muss die
1778 Hilfe Dritter angenommen werden, meist in Form eines Kredits, um ein Allgemeingut privat
1779 zu finanzieren. Und vielfach ist dies noch nicht einmal mehr möglich, sind doch überpropor-
1780 tional viel Ältere bzw. ältere Alleinstehende/Verwitwete betroffen, die aufgrund von Alters-
1781 diskriminierung von den Finanzhaien keinen Kredit mehr zugebilligt bekommen.

1782 Hier bedarf es dringend einer gesetzlichen Änderung, auf die wir schon länger aktiv hinwir-
1783 ken. Die Straßenausbaubeitragspflicht der Anlieger*innen muss abgeschafft werden.
1784 Zwar scheint sich derzeit eine Einigung zwischen CDU, Grünen und FDP abzuzeichnen, die
1785 wohl darauf hinausläuft, dass Kommunen künftig nicht mehr zwingend Straßenausbaubei-
1786 träge erheben müssen, eine gänzliche Gebührenbefreiung der Bürger*innen stellt dies je-
1787 doch nicht dar. Mehr noch: Die CDU scheint schon auf eine Koalition mit der FDP zu spe-
1788 kulieren, muss aber wohl oder übel derzeit noch mit den Grünen regieren. Nur so kann man
1789 erklären, dass der „faule Kompromiss“ getroffen wurde, im Falle der Erhebung von Straßenaus-
1790 ausbaubeiträgen auf wiederkehrende Beiträge zu pochen. Deren flächendeckende Einfüh-
1791 rung ist ein wirtschaftliches Desaster. Der mit wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen
1792 verbundene Verwaltungsaufwand ist finanziell nicht ein- und schon gar nicht abschätzbar.
1793 Dass das Land eine solche unwirtschaftliche Erhebung gar noch mit Steuergeldern subven-
1794 tionieren will, erinnert an einen Schildbürgerstreich.
1795 Straßenausbaubeiträge gehören gänzlich abgeschafft. Die Infrastruktur, deren Erhaltung
1796 und deren Ausbau, gehören in staatliche Hand. Kommunen sind für die entstehenden Kos-
1797 ten mittels eines finanziellen Ausgleichs zu entlasten.

1798
1799

1800 **Gesundheitswesen/Pflege**

1801 Der demografische Wandel wird in den kommenden Jahren tiefgreifende Veränderungen
1802 im Gesundheitswesen notwendig werden lassen, ist doch eine signifikante Zunahme von
1803 chronischen und multimorbiden Erkrankungen sowie eine wachsende Zahl Pflegebedürfti-
1804 ger erwartbar. Hinzu kommen vielfach epidemiologische Veränderungen wie beispielsweise
1805 chronische Herz-Kreislauf- oder Stoffwechselerkrankungen, die gemeinhin als Zivilisations-
1806 krankheiten gelten, oder psychische Erkrankungen, die auch zunehmend mehr junge Men-
1807 schen treffen. Diese gesellschaftlichen Entwicklungen schlagen sich sehr deutlich in dem
1808 Umfang des Versorgungsbedarfs nieder, der mit der bisherigen Strukturierung des Gesund-
1809 heitswesens kaum noch zu decken sein wird. Die Notwendigkeit einer engeren Zusammen-
1810 arbeit der verschiedenen Gesundheitsberufe wächst, die interdisziplinäre Versorgung wird
1811 das Gesundheitswesen der Zukunft prägen. Zunehmend komplexere Aufgabenbereiche in
1812 Medizin, Pflege, Therapie und Geburtshilfe lassen vielfach eine berufliche Spezialisierung,

1813 eine Schwerpunktbildung, notwendig werden, die weiteren Personaleinsparungen zuwider-
1814 läuft. Eine Lösung sehen wir, anders als der Wissenschaftsrat, nicht in einer (zunehmenden)
1815 Akademisierung von Gesundheitsfachberufen. Anstatt einzelne Berufszweige/-felder künftig
1816 vorrangig an Hochschulen anstelle von Berufsfachschulen auszubilden (z.B. Gesundheits-
1817 und Krankenpfleger*innen), sollte den Arbeitskräften mehr Raum zur Entfaltung gegeben
1818 werden, damit diese sich interessensspezifisch weiterbilden können. Eine universitäre Aus-
1819 bildung entfernt jedoch einzelne Gesundheitsfachberufe immer mehr von ihrem genuinen
1820 Aufgabenfeld, was vielfach auch von den betroffenen Arbeitskräften nicht gewünscht ist.
1821 Unbestritten ist jedoch, dass wir alternative bzw. erweiterte Versorgungsmodelle auf- und
1822 ausbauen müssen, um dem Bedarf der Zukunft gerecht zu werden. Gerade ländliche Regi-
1823 onen drohen zum großen Verlierer der Entwicklung zu werden, da die medizinische Versor-
1824 gung hier immer weiter ausgedünnt wird. Kommunale Krankenhäuser gelten oftmals als
1825 nicht rentabel, Standorte werden geschlossen. Das „Kliniksterben“ ist in Deutschland und
1826 auch in Hessen noch immer an der Tagesordnung. Auch hierfür zeichnet sich die hessische
1827 Landesregierung mit verantwortlich. Warum sollte sich der hessische „Landesvater“ auch
1828 dafür interessieren, wenn ein kleines kommunales Krankenhaus für immer die Türen schlie-
1829 ßen muss und die ländliche Bevölkerung nun 40 Kilometer beschwerlicher Wegstrecke bis
1830 zur nächsten Klinik oder dem nächsten Fachärzteezentrum zurücklegen muss – bei einem
1831 quasi nicht vorhandenen Öffentlichen Personennahverkehr, bei einer zunehmend älter wer-
1832 denden Bevölkerung?

1833 Die Politik hat es versäumt, umfassende Reformen anzugehen. Das deutsche und europä-
1834 ische Vorsorgeprinzip muss endlich eingehalten werden, die Bezahlung im Gesundheitswe-
1835 sen darf nicht weiter nach Fallpauschalen (DRG) erfolgen. Menschen sind keine Stückware,
1836 deren Preis sich berechnen lässt und der im Duzend billiger wird. Das Gesundheitswesen
1837 ist eine lebensnotwendige Grundlage der Daseinsvorsorge, für deren Funktionieren und
1838 Ausbau der Staat Sorge zu tragen hat. Ein kommerzielles System darf nicht weiter unter-
1839 und gestützt werden, die öffentliche Hand muss endlich „Marktführer“ im Bereich von Ge-
1840 sundheitswesen und Pflege werden.

1841
1842

1843 **Mediziner*innenmangel**

1844 Eine wohnortnahe und flächendeckende ambulante Gesundheitsversorgung ist in Teilen
1845 Hessens heute nicht mehr üblich, und sie wird in den kommenden Jahren noch weiter ab-
1846 nehmen, wenn nämlich die Generation der sogenannten „Babyboomer“ um 2030 in den
1847 Ruhestand gehen wird.

1848 Gerade ländliche Regionen müssen daher schon jetzt gezielt gestärkt werden, um auch
1849 perspektivisch ein eklatantes Ungleichgewicht zwischen Stadt und Land zu verhindern. Eine
1850 Versorgungslücke kann nur durch die Zusammenarbeit von freiberuflichen sowie niederge-
1851 lassenen Haus- und Fachärzt*innen, Apotheker*innen und Therapeut*innen abgewandt
1852 werden.

1853 „Kliniksterben“, Fachärzt*innenmangel und vor allem ein Mangel an Hausärzt*innen sind
1854 Begriffe, die immer wieder in den Medien aufflammen. Eine, der Statistik nach, vermeintliche
1855 Überversorgung, wie sie die Kassenärztliche Vereinigung (KV) immer wieder konstatiert,
1856 mag in der Gesamtheit zutreffen. Sie ändert aber nichts daran, dass gerade in ländlichen
1857 Regionen wie beispielsweise in Hofgeismar oder Brachtal oft nicht einmal mehr die haus-
1858 ärztliche Grundversorgung gewährleistet ist. Verbleibende Hausärzt*innen arbeiten bereits
1859 jetzt weit über ihre eigenen Grenzen hinaus, dies kann jedoch nicht die Zukunft der medizi-
1860 nischen Versorgung darstellen. Eine Überarbeitung der Bedarfspläne sowie eine flexiblere
1861 Ausgestaltung derselben ist dringend notwendig.

1862 Zunehmende bürokratische Hürden, Reglementierungen, Regressansprüche, schlechte
1863 Verdienstaussichten sowie ein hohes Risiko bei beginnender Selbständigkeit lassen den
1864 hausärztlichen Beruf nicht attraktiver werden. Gerade in ländlichen Regionen müssen hier
1865 verschiedene Anreize geschaffen werden, die dem Problem begegnen. Gerade in ländli-
1866 chen Regionen soll über den Ansatz nachgedacht werden, Ärzt*innen Praxen, die mit der
1867 notwendigen Ausstattung und Infrastruktur versehen sind, zur Miete anzubieten. Dadurch
1868 würden die großen finanziellen Verpflichtungen bei einer Niederlassung entfallen.

1869 Auch die Schaffung neuer Medizin-Studienplätze sowie die Studienplatzvergabe nach trans-
1870 parenten und einheitlichen Kriterien zur Wahrung der Chancengleichheit bei gleichzeitiger
1871 Aufwertung des Faches „Allgemeinmedizin“ ist – wie auch der Marburger Bund (MB) kon-
1872 statiert – eine weitere notwendige Grundvoraussetzung, um dem Mediziner*innenmangel
1873 zu begegnen. Die Länder, so auch Hessen, schrecken hiervor bislang zurück, sehen sie
1874 doch einzig die Finanzen im Vordergrund. Ein Studienplatz für Medizin kostet pro Student*in

1875 und Semester ca. 15.000 Euro. Gut investiertes Geld, wenn man die prognostizierte Ent-
1876 wicklung mit in Betracht zieht, was aber scheinbar kein Anliegen der Landesregierung ist.
1877 Überhaupt scheint die derzeitige „politische Führungsriege“ kein wirkliches Interesse am
1878 hausärztlichen Beruf zu haben. Mutmaßen könnte man, dass die enge Bindung zwischen
1879 Patient*innen und Ärzt*innen nicht erwünscht sein könnte, da Landärzt*innen sich vielerorts
1880 noch als Fürsprecher*innen von Patient*innen begreifen und objektiver – und im Sinne des
1881 Gesundheitswesens womöglich auch „teurer“ – beraten. Doch gerade dies ist unseres Er-
1882 achtens das Ziel, das es zu erreichen gilt: Mündige Patient*innen, die beraten werden von
1883 den Lots*innen im Gesundheitssystem, den Hausärzt*innen.

1884 Neben der Schaffung neuer Studienplätze ist ein weiteres denkbare Kriterium die präfe-
1885 rierte Berücksichtigung von Medizinstudierenden, die sich zu einer – zeitlich befristeten –
1886 Niederlassung als Allgemeinmediziner*in in ländlichen Regionen Hessens verpflichten. Hier
1887 gilt es jedoch zu bedenken, dass Studierende, gleich in welchem Fach, zu Beginn des Stu-
1888 diums meist noch nicht mit Sicherheit einen Schwerpunkt festlegen können. Dieser kristalli-
1889 siert sich in der Regel erst mit fortwährendem Studium heraus. Deshalb muss auch bei einer
1890 solchen Verpflichtungserklärung für junge Mediziner*innen die Möglichkeit bestehen, sich
1891 anders zu entscheiden, ohne dadurch eine finanzielle Existenzbedrohung aufgrund von Re-
1892 gressansprüchen befürchten zu müssen.

1893

1894

1895 **Pflege**

1896 Vielfach haben Bundes- und Landesregierung in den letzten Jahren und sogar Jahrzehnten
1897 versprochen, Pflegeberufe aufzuwerten, gute Arbeitsbedingungen und einen gerechten und
1898 vor allem guten Lohn sicherzustellen. Die Realität ist auch hier eine andere.

1899 Gerade haben CDU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, 8.000 neue Stellen zu
1900 schaffen. Aufgrund fehlenden qualifizierten Personals in Deutschland sah der Plan des
1901 neuen Bundesgesundheitsministers Jens Spahn vor, Pflegekräfte aus dem Ausland anzu-
1902 werben. Doch selbst diese machen einen großen Bogen um das deutsche Pflegesystem.
1903 Zu schlecht sind die Bedingungen, die Bezahlung und auch das Sozialprestige im europäi-
1904 schen Vergleich. Die Bertelsmann-Stiftung hat in ihrem Impulspapier „SPOTLIGHT GE-
1905 SUNDHEIT“ (6/2017: 3) dargestellt, dass auf „1.000 Behandlungsfälle [...] in Deutschland
1906 im Jahr 2012 rechnerisch 19 Pflegekräfte (Vollzeitstellen) [kamen]. Im Schnitt der OECD-

1907 Länder waren es fast 32, in Japan sogar gut 53 Vollzeitpflegestellen pro 1.000 Patienten.“

1908 Das Problem des Pflegepersonalmangels ist nicht neu. Bereits 2012 prognostizierte die Ber-

1909 telsmann-Stiftung in ihrem Themenreport „Pflege 2030“, dass bei einer erwartbaren Zu-

1910 nahme der Pflegebedürftigen um 50 Prozent bis 2030 voraussichtlich 500.000 Vollzeitkräfte

1911 in der Pflege – Gesundheits- und Krankenpflege wie auch Altenpflege – fehlen würden. Po-

1912 litisch wurde der Pflegebedarf in Deutschland massiv unterschätzt. Der „Scherbenhaufen“

1913 liegt bereits jetzt vor unseren Füßen: Schlecht versorgte Patient*innen, überlastete Ange-

1914 hörige und vollkommen überarbeitete Ärzt*innen und Pflegekräfte prägen das Bild.

1915 Was also muss geschehen, um den Pflegeberuf attraktiver zu machen? Und was muss ge-

1916 schehen, um die Pflege wieder menschengerecht werden zu lassen? Deutschland veraus-

1917 gabt nur knapp 1 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für die Pflege, in den skandinavi-

1918 schen Ländern sind es 2 bis 3,5 Prozent. Dies sollten wir uns zum Vorbild nehmen.

1919 Sofortmaßnahmen wie die geplanten 8.000 neuen Stellen reichen nicht aus. Grundlegendes

1920 muss sich im Gesundheitssystem ändern, in verschiedenen Bereichen müssen die Stell-

1921 schrauben neu justiert werden, vor allem muss die Bezahlung angemessen und gerecht

1922 werden. Ökonomische Faktoren müssen berücksichtigt werden, aber es muss endlich der

1923 soziale Faktor wieder ins Zentrum rücken.

1924 Die von der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie (DGCH) und dem Deutschen Pflegerat

1925 (DPR) geforderten und qua steuerfinanziertem Sofortprogramm zu schaffenden 50.000

1926 Planstellen für Pflegepersonal in Krankenhäusern und Kliniken erachten auch wir für realis-

1927 tisch. Hinzu kommen noch einmal 30.000 Stellen in den Einrichtungen der Altenpflege. Er-

1928 klärt man die Besetzung offener bzw. fehlender Stellen als vorrangiges Ziel, dann geht damit

1929 einher eine Korrektur des Betreuungsschlüssels. Nirgends in Europa müssen sich Pflege-

1930 fachkräfte um mehr Patient*innen und Bewohner*innen kümmern als in Deutschland. Ent-

1931 sprechend stützen wir das Vorgehen des Deutschen Pflegerats (DPR), der eine schnelle

1932 gesetzliche Verankerung der im Koalitionsvertrag beschlossenen Personaluntergrenze for-

1933 dert; diese geht über die bereits 2017 vom Bundestag beschlossene ausschließliche Unter-

1934 grenze für pflegesensitive Bereiche hinaus und umfasst alle bettenführenden Abteilungen.

1935 Dies ist zwingend notwendig, da sich Personalmangel unmittelbar auf die Fehlerquote bzw.

1936 die Patient*innensicherheit auswirkt. Forschungen bestätigen dies: „Die internationale wis-

1937 senschaftliche Literatur belegt, dass der Einsatz von mehr Pflegepersonal die Behandlungs-

1938 ergebnisse im Krankenhaus verbessert. Weniger Todesfälle und Komplikationen nach Ope-
1939 rationen können den Studien zufolge direkt mit einer verbesserten Pflegepersonalausstat-
1940 tung in Verbindung gebracht werden. Weniger Pflegekräfte führen umgekehrt dazu, dass
1941 häufiger Komplikationen auftreten.“ (SPOTLIGHT GESUNDHEIT 6/2017: 2-3)

1942 Es ist nicht weiter hinnehmbar, dass eine dünne Personaldecke die Patient*innensicherheit
1943 gefährdet. Und es ist auch nicht weiter hinnehmbar, dass Pflegekräfte selbst einen hohen
1944 Preis für die permanente Überlastung zahlen müssen. Personalabbau, sinkende Zufrieden-
1945 heit und Motivation, erhöhter Krankenstand und eine zunehmende Arbeitsbelastung – auch
1946 durch verringerte Liegezeiten der Patient*innen, die auch dem pauschalisierten Abrechnungs-
1947 verfahren der diagnosebezogenen Fallgruppen (DRG) geschuldet sind – fordern ihren Tri-
1948 but. Den Pflegekräften wird permanent ein hohes Maß an körperlicher und psychischer Be-
1949 lastung abverlangt und zugemutet. Viele halten dieser Dauerbelastung nicht stand: Rund
1950 ein Drittel der Pflegekräfte kann den Beruf nicht bis zum Eintritt ins Rentenalter ausüben.
1951 Darum gilt: Die Vorschriften zu Mindestpersonalvorgaben müssen endlich eine gesetzlich
1952 legitimierte und vor allem konsequente Umsetzung erfahren. Bei Nicht-Einhaltung müssen
1953 Sanktionen greifen. Auch darf der Personalschlüssel dabei nicht nach Köpfen bemessen
1954 werden. Die fachliche Qualifizierung ist ausschlaggebend, weshalb eine Fachkraftquote
1955 festzulegen ist. Pflegehilfskräfte dürfen nur sehr begrenzt zum Einsatz kommen, denn es
1956 braucht mehr als nur ein mitfühlendes Herz und warme Hände, um Alte und Pflegebedürftige
1957 umfassend zu betreuen.

1958 Grundlage für qualifiziertes Personal ist eine qualifizierte Ausbildung, die ihrerseits wieder-
1959 um eine hohe Qualität in der Lehrer*innenbildung voraussetzt. Die Pflegeausbildung muss
1960 die sich wandelnden Aufgaben mit berücksichtigen, darf aber das zentrale Element – die
1961 Patient*innen und Pflegebedürftigen – nicht aus den Augen verlieren. Die partielle Akade-
1962 misierung in der Ausbildung von Gesundheits- und Krankenpfleger*innen scheint bislang
1963 wenig durchdacht. Warum sollen angehende Pflegekräfte Studien evaluieren können, wenn
1964 nicht einmal ausreichend Zeit für die Grundpflege bleibt? Und ist es nicht viel eher die Kran-
1965 kenbeobachtung, das persönliche und vertrauensvolle Gespräch mit Patient*innen, was
1966 zielführend ist? Hier gehen die Kenntnisse zunehmend mehr zurück. Die hessischen Curri-
1967 cula weisen Schwerpunkte in der Ausbildung auf, die es sofort zurückzunehmen gilt.

1968 Auszubildenden wie auch examinierten Pflegekräften muss endlich die Möglichkeit gegeben
1969 werden, Beruf und Familie tatsächlich zu vereinbaren. Die Schaffung neuer Arbeitszeitmo-
1970 dellen fern der Teilzeitarbeit erachten wir daher als notwendig. Für die Durchsetzung dersel-
1971 ben gegenüber Arbeitgeber*innen ist die Unterstützung durch eine neu zu gründende Lan-
1972 despflegekammer wünschenswert. Schon seit langem fordert der Deutsche Berufsverband
1973 für Pflegeberufe (DBfK) die Errichtung einer Pflegekammer auch für Hessen, um dem Pfl-
1974 geberuf auch hier endlich eine starke Lobby zu geben. Eine Landespflegekammer kann –
1975 so bleibt zumindest zu hoffen – starken Einfluss auch auf die Landespolitik nehmen, um das
1976 Pflegesystem zu reformieren. Hier gilt es neben den Fehlentwicklungen im Berufsbild
1977 „Pflege“ auch das System der Kranken- und Pflegekassen zu modifizieren.
1978 Krankenkassen „belohnen“ Kliniken und Krankenhäuser, wenn sie die Pflegebedürftigkeit
1979 von Patient*innen erhöhen anstatt sie zu minimieren. Gleiches gilt für das System der Al-
1980 tenpflege, ob in der stationären oder ambulanten Versorgung. Es werden jene finanziell be-
1981 lohnt, die sich gerade nicht um die Förderung der noch vorhandenen Ressourcen bemühen.
1982 Positiv in der Abrechnung macht sich die Bettlägerigkeit bemerkbar, nicht jedoch der uner-
1983 müdliche Einsatz von Pflegekräften, wenn sie Patient*innen geduldig, unterstützend und
1984 motivierend bei zahlreichen Mobilisierungsversuchen beistehen. Diejenigen, die sich erfolg-
1985 reich um die Aktivierung und Wiedererlangung der Selbstständigkeit von Patient*innen be-
1986 mühen, werden vom System der Kranken- und Pflegekassen bestraft. Dies bedarf der un-
1987 mittelbaren Korrektur.
1988 Hessen muss sich – wie auch Deutschland insgesamt – wieder zu einem Land entwickeln,
1989 dass nicht nur einen exzellenten Ruf im Bereich von Automobil- und Maschinenbau in der
1990 Welt hat. Das Gesundheitssystem darf nicht länger nur nach Kriterien des Profits gestaltet
1991 werden. Hierzu zählt auch eine verstärkte und turnusmäßige Durchführung von Qualitäts-
1992 kontrollen in hessischen Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern. Vielfach weisen die ver-
1993 schiedenen Institutionen in ihrer Öffentlichkeitsarbeit ein Qualitätssiegel aus, was jedoch
1994 kein reales Abbild der tatsächlichen Qualität darstellt. Auch wenn Einrichtungen bei zentra-
1995 len Kriterien wie der Wundversorgung schlecht abschneiden, kann die Gesamtnote durch
1996 banalere Kriterien wie beispielsweise durch einen gut lesbaren Speiseplan wieder angeho-
1997 ben werden. Insgesamt sind von den 77 Kriterien nur wenige medizinisch relevant. Irrefüh-
1998 rende Pflegenoten müssen deshalb mithilfe von neu festgelegten Prüfkriterien verhindert
1999 werden. Zudem verlangt das bundesweite Pflegeweiterentwicklungsgesetz seit 2009 die

2000 Veröffentlichung von Prüfberichten der staatlichen Betreuungs- und Pflegeaufsicht. Das
2001 Land Hessen beruft sich allerdings zurzeit darauf, dass das entsprechende Gesetz noch
2002 nicht ordnungsgemäß umgesetzt wurde und verweigert die Offenlegung.
2003 Damit weiterhin die Qualitätsstandards in den hessischen Pflegeeinrichtungen eingehalten
2004 und nicht vernachlässigt werden, müssen regelmäßig verstärkte unabhängige und vor allem
2005 unangemeldete Kontrollen durchgeführt werden. Somit können gegebenenfalls frühzeitig
2006 Missstände erkannt und Lösungswege aufgezeigt werden. Für kranke und pflegebedürftige
2007 Menschen muss ein Leben in Würde stets garantiert werden.

2008
2009

2010 **Krankenhäuser/Kliniken**

2011 Die wohnortnahe und flächendeckende ambulante Gesundheitsversorgung ist – wie zuvor
2012 dargestellt – in Teilen Hessens nicht mehr üblich. Gleiches gilt für die stationäre Versorgung.
2013 Eine solide und verlässliche Finanzierung unserer Krankenhäuser muss gesichert sein, um
2014 die Vielfalt öffentlich-rechtlicher, privater und gemeinnütziger Träger auch weiterhin zu be-
2015 wahren. Eine, wie von der CDU bei den Universitätskliniken Gießen und Marburg betrie-
2016 bene, Privatisierung kann nicht Grundlage für künftiges Handeln sein, ging die Veräußerung
2017 doch vielfach auf Kosten von Patient*innen und Pflegepersonal. Oberste Maxime bei allen
2018 Handlungen im Gesundheitswesen muss immer das Wohl der Patient*innen sein, anstatt
2019 die einseitige Gewinnmaximierung anzustreben. Der liberale Ansatz der Privatisierung kann
2020 getrost als gescheitert erachtet werden.

2021 Ein Umdenken im Gesundheitswesen ist dringend vonnöten. Die Gesundheit der Menschen
2022 gehört zur Daseinsvorsorge und ist folglich eine Aufgabe des Staates. Das Argument, das
2023 kleinere Krankenhäuser im ländlichen Raum finanziell nicht tragbar sind, lässt sich nicht
2024 aufrechterhalten, wenn man städtische Verwaltungskosten als Gegenpart in die Rechnung
2025 einbezieht: Eine Stadt mit ca. 18.000 Einwohner*innen verausgabt jährlich in Hessen zw-
2026 ischen acht und 10 Millionen Euro an Personalkosten – allein für die städtische Verwaltung
2027 der Bürger*innen. Ein kommunales Krankenhaus, dessen Einzugsgebiet neben der 18.000
2028 Einwohner-Stadt auch zahlreiche Gemeinden und Kleinstädte im Umland umfasst, „verur-
2029 sacht“ jährlich Kosten von vielleicht drei Millionen Euro. Durch Optimierung und Digitalisie-
2030 rung der Verwaltungsstrukturen bietet sich also noch ein enormes Einsparpotential, das es
2031 zu nutzen gilt.

2032 Ziel muss es sein, dauerhaft den Erhalt von Krankenhäusern in erreichbarer und wohnort-
2033 naher Entfernung zu sichern. Gesundheitsfabriken sind keine Option. Eine stationäre Kran-
2034 kenhaus- und Notfallversorgung aller Bürger*innen in allen Teilen unseres Landes muss
2035 gewährleistet bleiben.

2036

2037

2038 ***Kranken- und Pflegeversicherung***

2039 Das Krankenversicherungssystem in Deutschland bedarf einer neuen Ausrichtung. Durch
2040 Verschmelzung der verschiedenen gesetzlichen Krankenkassen zu einer großen Volkskran-
2041 kenkasse werden finanzielle und personelle Ressourcen freigesetzt, die dringend im Ge-
2042 sundheitssystem benötigt werden. Die allzu oft beschworene fehlende Gegenfinanzierung
2043 des Gesundheitssystems wäre hierdurch endlich gewährleistet, wovon perspektivisch auch
2044 Arbeitnehmer*innen durch sinkende Beiträge profitieren.

2045 Eine Volkskrankenkasse soll ausdrücklich kein Substitut der privaten Krankenversicherun-
2046 gen darstellen. Allerdings müssen die privaten Krankenkassen ihrerseits dafür Sorge tra-
2047 gen, dass auch Menschen mit einem Mehrbedarf an medizinischen Leistungen, also häufig
2048 ältere Bürger*innen, im System verbleiben. Schlupflöcher, die im Falle eines Mehran-
2049 spruchs medizinischer Leistungen die Türen zur gesetzlichen Krankenversicherung öffnen,
2050 lehnen wir ab, da dies den Existenzanspruch der privaten Krankenversicherung konterka-
2051 riert.

2052 Bei der gesetzlichen Krankenversicherung ist die seit 2016 geltende Zusatzbeitragsleistung
2053 zu überdenken. Das Prinzip der anteilsgleichen Finanzierung der Krankenversicherung zw-
2054 ischen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen hat sich bewährt, weshalb eine Rückkehr
2055 anzustreben ist. Zusätzliche Kosten im Gesundheitssystem müssen künftig wieder von bei-
2056 den Seiten zur Hälfte übernommen werden. Zur Entlastung der Sozialversicherung sollten
2057 die Sozialversicherungsabkommen mit anderen Staaten einer Überprüfung unterzogen wer-
2058 den.

2059 Des Weiteren muss das pauschalierte Abrechnungsverfahren der diagnosebezogenen Fall-
2060 gruppen (DRG) endlich abgeschafft werden. Das Fallpauschalensystem wurde 2003 nach
2061 australischem Vorbild eingeführt – heißt es zumindest immer wieder. Doch in Australien
2062 wird, anders als in Deutschland, nur ein geringer Teil der Leistungen nach Pauschalen ab-

2063 gerechnet. Ein solch pauschalisiertes Abrechnungssystem verkennt den „Wert“ der Pati-
2064 ent*innen. Ein Beinbruch ist nicht immer pauschal als Beinbruch zu beurteilen. Physikalisch
2065 bedeutet es sicher immer, dass Knochen nicht mehr zusammen sind, die zusammen gehö-
2066 ren. Aber individuell gestaltet es sich dennoch anders: Jugendliche kompensieren den Bein-
2067 bruch schneller und besser, die Rekonvaleszenz verläuft meist problemlos. Bei Älteren oder
2068 an Demenz erkrankten Menschen hingegen ist ein Beinbruch anders zu gewichten. Bruch-
2069 stellen verheilen nicht mehr unbedingt schnell, die Mobilität ist eingeschränkt. Anschlie-
2070 ßende Rehabilitationsmaßnahmen oder auch die häusliche Versorgung müssen geregelt
2071 werden. Der Krankenhausaufenthalt verlängert sich – die Bezahlung nach Fallpauschale
2072 bleibt jedoch gleich.

2073

2074

2075 ***Psychotherapeutische Versorgung***

2076 Noch immer fehlen psychotherapeutische Versorgungsplätze, vor allem auch für Kinder und
2077 Jugendliche. Die 2016 neu eingerichteten Terminservicestellen der Kassenärztlichen Verei-
2078 nigungen haben an diesem Umstand nichts ändern können. Die geltenden Bedarfspläne
2079 sind der heutigen Zeit nicht mehr angemessen und bedürfen daher einer dringenden Über-
2080 arbeitung und Anpassung. Hierbei gilt es zu berücksichtigen, dass therapeutische Maßnah-
2081 men eine spezielle Behandlungsform darstellen, die auf einem noch größeren Vertrauens-
2082 verhältnis basieren als andere medizinische Versorgung – ein internetbasierter Ansatz
2083 der Telemedizin ist in dieser Disziplin daher besonders kritisch zu überdenken.

2084 Vielmehr bedarf das besondere zwischenmenschliche Verhältnis zwischen Therapeut*in-
2085 nen und Klient*innen einer besonderen Würdigung, das von rigiden Budgetierungen auszu-
2086 schließen ist. Dies betrifft auch die sogenannte „sprechende Medizin“, also zeitgebundene
2087 Gesprächsleistungen in der Psychiatrie, in der psychosomatischen Medizin sowie in der
2088 Kinder- und Jugendpsychiatrie. Diese dürfen keine schlechtere Vergütung erfahren als psy-
2089 chotherapeutische Leistungen in der Richtlinienpsychotherapie. Auch müssen spezifische
2090 Gegebenheiten Berücksichtigung finden, statt diese zu sanktionieren. Exemplarisch sei hier
2091 die wiederkehrende notwendige Beantragung von Therapien oder auch eine längere Suche
2092 von – nach individuellem Bemessen – geeigneten Therapeut*innen genannt. Eine DRG-
2093 gesteuerte Abrechnung ist in der Körpermedizin aufgrund individueller Einflüsse oftmals nur

2094 schwer zu kalkulieren. In der Psychiatrie hingegen ist sie faktisch nicht möglich. Kosten las-
2095 sen sich nicht aus einer Diagnose/einem Diagnoseschlüssel allein eruieren, sondern sie
2096 hängen vom Schweregrad des Krankheitsbildes ab.

2097 All diese Faktoren lassen uns zu dem Schluss kommen, dass das gesamte System der
2098 psychotherapeutischen Versorgung an sich eine neue strukturelle Ausrichtung erfahren
2099 muss. Die spezifischen Bedürfnisse und Interessen der Menschen mit psychischen und psy-
2100 chosomatischen Erkrankungen müssen endlich eine stärkere Berücksichtigung finden. Der
2101 Deutsche Ärztetag proklamierte diese Forderung gleichfalls Anfang Mai in Erfurt. Denkbar
2102 ist der flächendeckende Ausbau des sogenannten „Home-Treatments“. Hierbei handelt es
2103 sich um einen vor allem in England und den skandinavischen Ländern bereits erfolgreich
2104 etablierten Standard, der Teil der regulären psychiatrischen Versorgung ist. Dieser Ansatz
2105 ermöglicht es den Erkrankten, in ihrem eigenen Lebensumfeld und unter Einbeziehung ihrer
2106 Angehörigen intensiv behandelt zu werden. Dies ist nicht gleichbedeutend mit dem „ambu-
2107 lanten Besuch“ eines niedergelassenen Facharztes, da dieser einerseits aufgrund beste-
2108 hender struktureller und finanzieller Begrenzungen kaum Möglichkeiten hat, Patient*innen
2109 zu Hause zu behandeln. Andererseits würde dieser singuläre ärztliche Behandlungsansatz
2110 ohnehin eine viel zu enge Auslegung des Home-Treatments bedeuten. Home-Treatment
2111 zeichnet sich gerade durch das Zusammenspiel verschiedener interdisziplinärer Ansätze
2112 aus, deren Augenmerk der „ganzheitlichen“ Versorgung von Erkrankten gilt, worunter bei-
2113 spielsweise auch soziale Dienste fallen.

2114

2115

2116 ***Versorgung von Menschen mit Behinderung***

2117 Behinderte Menschen sind vielfach aufgrund noch immer vorhandener Barrieren von einer
2118 freien Ärzt*innenwahl ausgeschlossen. Je nach Art der Behinderung benötigen sie zudem
2119 noch eine individuelle Gesundheitsvorsorge bzw. Therapie. Überdies sind neben der medi-
2120 zinischen Versorgung auch oftmals Hilfsmittel notwendig, die die Lebenssituation erleichtern
2121 bzw. unterstützen. Hilfsmittel allein garantieren jedoch noch keinen vollständigen Zugang
2122 zur gesellschaftlichen Teilhabe. Aus diesem Grund müssen gesetzliche Regelungen wie bei-
2123 spielsweise die „Versorgungsmedizin-Verordnung“ (VersMedV) gemeinsam mit Betroffenen
2124 überarbeitet und angepasst werden, um hier einen egalitären Zugang zur Gesellschaft auch
2125 für Menschen mit Behinderung zu gewährleisten.

2126

2127 **Alternative Versorgungsmodelle**

2128 Bereits bestehende Versorgungsengpässe gerade in ländlichen Regionen erfordern neue
2129 Versorgungsmodelle. Hierfür bieten sich hausarztzentrierte Versorgungskonzepte (MVZ,
2130 ärztliche Leitung), der weitere Ausbau der Telemedizin sowie interdisziplinäre Netzwerke
2131 an, die es zu propagieren gilt. Auch wird der Digitalisierung eine stärkere Bedeutung zu-
2132 kommen. Für ländliche Regionen ist die Einführung des Modells „agnes^{zwei}“ zu prüfen; hierin
2133 stellen nichtärztliche Fachkräfte – gemeinsam mit den Hausärzt*innen – die medizinische
2134 Versorgung und Pflege sicher.

2135

2136

2137 **Geburtshilfe**

2138 Immer weniger Hebammen und Geburtshelfer lassen sich in eigener Praxis nieder. Grund
2139 sind die schlechten finanziellen Perspektiven und die hohen Haftungsrisiken dieses Berufs-
2140 standes: Kaum mehr tragbare Versicherungsprämien sind mittlerweile die Folge. Gerade im
2141 ländlichen Raum muss daher eine Praxisgründung durch finanzielle Anreize forciert werden.
2142 Zudem müssen die hohen Versicherungsprämien für Schadensfälle bei der Geburt aus ei-
2143 nem gesellschaftlichen Fond nach niederländischem Vorbild beglichen werden, handelt es
2144 sich bei Geburtshilfe doch um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, deren flächende-
2145 ckende Versorgung nicht in Frage gestellt werden darf. Aus diesem Grund muss auch Kran-
2146 kenhäusern eine finanzielle Unterstützung gewährt werden, um gerade den Erhalt kleinerer
2147 Geburtshilfeabteilungen sicherzustellen. Ebenso müssen die von Hebammen geleiteten ge-
2148 burtshilflichen Abteilungen wie Hebammenkreissäle und Geburtshäuser vom Land gefördert
2149 werden.

2150

2151

2152 **Gesundheitsprävention**

2153 Gesundheitsleistungen müssen auch in Zukunft bezahlbar bleiben, weshalb bereits im Vor-
2154 feld der Prävention eine größere Bedeutung beigemessen werden muss. Hierfür sind Auf-
2155 klärungskampagnen, betriebliche Gesundheitsvorsorge, Bonusmodelle zur Stärkung der Ei-
2156 genverantwortung, die Förderung von Kur- und Heilbädern oder auch Drogenpräventions-

2157 projekte notwendig. Auch ist der Gesundheitsbildung und -vorsorge im gesamten Elemen-
2158 tarbereich (Krippe, KiTa, Schulen) eine große Bedeutung beizumessen. Neben der projekt-
2159 bezogenen Darstellung über die Gefahren des Drogenmissbrauchs, worunter auch die so-
2160 genannten „Alltagsdrogen“ Alkohol und Nikotin zu fassen sind, sind doch gerade gesunde
2161 Ernährung und Bewegung bei Kindern und Jugendlichen von immenser Bedeutung für eine
2162 gesundheitliche Prävention. Abhilfe schaffen kann hier eine hessenweite Kampagne zum
2163 Thema „Ernährung“. Auch sollen Schul-Cafeterien auf ein ausgewogenes Ernährungsange-
2164 bot zurückgreifen.

2165 Wie notwendig solche Maßnahmen sind, hat das Robert-Koch-Institut durch die Vorstellung
2166 von Querschnittsergebnissen aus der zweiten Welle der KiGGS-Studie (Studie zur Gesund-
2167 heit der Kinder und Jugendlichen in Deutschland) belegt, wonach „sich die Übergewichts-
2168 und Adipositasprävalenzen bei Heranwachsenden in Deutschland auf hohem Niveau stabi-
2169 lisiert haben“¹ (KiGGS 1: 16). Demnach weisen noch immer mehr als 15 Prozent der Kinder
2170 und Jugendlichen im Alter von 3 bis 17 Jahren Übergewicht auf, fast 6 Prozent leiden unter
2171 Fettleibigkeit (Adipositas) (vgl. KiGGS 1: 16). Besonders betroffen sind hiervon „Kinder und
2172 Jugendliche mit niedrigem sozioökonomischen Status (SES)“ (KiGGS 1: 16). Auffallend ist
2173 zudem, dass „[s]owohl die Übergewichts- als auch die Adipositasprävalenzen [an]steigen
2174 mit zunehmendem Alter [...]. Der Anteil von übergewichtigen Kindern liegt bei den 3- bis 6-
2175 jährigen Mädchen bei 10,8% und bei den Jungen bei 7,3%. Er steigt auf 16,2% bei den 14-
2176 bis 17-jährigen Mädchen bzw. 18,5% bei den Jungen in dieser Altersgruppe an.“ (KiGGS 1:
2177 18)

2178 Dieses Ergebnis korreliert mit den ebenfalls im Rahmen der KiGGS Welle 2 erhobenen Da-
2179 ten zur körperlichen Aktivität von Kindern und Jugendlichen in Deutschland.² Demnach sind
2180 „[I]ediglich 22,4% der Mädchen und 29,4% der Jungen im Alter von 3 bis 17 Jahren [...]
2181 mindestens 60 Minuten körperlich aktiv pro Tag und erreichen damit die Bewegungsemp-
2182 fehlung der Weltgesundheitsorganisation. Die Prävalenz für das Erreichen der Bewegungs-
2183 empfehlung nimmt bei Mädchen und Jungen mit steigendem Lebensalter kontinuierlich ab.

¹ KiGGS 1 = Schienkiewitz A., Brettschneider A.K., Damerow S., Schaffrath Rosario A. (2018): Übergewicht und Adipositas im Kindes- und Jugendalter in Deutschland – Querschnittergebnisse aus KiGGS Welle 2 und Trends. In: Journal of Health Monitoring 3(1):16-23. (Sigle: KiGGS 1)

² KiGGS 2 = Finger J.D., Varnaccia G., Borrmann A., Lange C., Mensink G.B.M. (2018): Körperliche Aktivität von Kindern und Jugendlichen in Deutschland – Querschnittergebnisse aus KiGGS Welle 2 und Trends. In: Journal of Health Monitoring 3(1): 24-31.

2184 [...] Eine geringe körperliche Aktivität wurde häufiger bei weiblichen Jugendlichen angege-
2185 ben und bei Mädchen und Jungen aus Familien mit niedrigem sozioökonomischen Status.
2186 Die Ergebnisse weisen auf ein sehr hohes Potenzial für Bewegungsförderung hin.“ (KiGGS
2187 2: 24)

2188 Und diese alarmierenden Ergebnisse setzen sich im Erwachsenenalter fort. So konstatiert
2189 die Deutsche Gesellschaft für Ernährung e. V. in ihrer Presseinformation 03/2017 vom 01.
2190 Februar 2017: „Die Zahl der Übergewichtigen nimmt in Deutschland weiterhin zu. 59% der
2191 Männer und 37% der Frauen sind übergewichtig.“ Übergewicht bzw. Adipositas ist ein be-
2192 kannter Risikofaktor für zahlreiche Gesundheitsstörungen und Krankheiten, vor allem der
2193 sogenannten „Wohlstandskrankheiten“ wie Muskel-Skelett-Erkrankungen, Bluthochdruck,
2194 Fettstoffwechselstörungen, Diabetes mellitus oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Gerade
2195 auch der Konsum von Zucker und Transfetten hat auf diese Zivilisationskrankheiten enor-
2196 men Einfluss.

2197 Der Anbau von Zuckerrüben wird in der EU – und somit auch in hessischen Anbaugebieten
2198 – stark subventioniert, was direkte Auswirkungen auf den Export und indirekte Auswirkun-
2199 gen auf den Konsum von Zucker hat. Obwohl die Schädlichkeit von raffiniertem Industrie-
2200 zucker bereits seit den 1960er Jahren bekannt ist, wird der Konsum bis heute keinen Be-
2201 schränkungen unterworfen. Anders als in anderen Ländern kann Deutschland aktuell keine
2202 „Zuckersteuer“ vorweisen, wenngleich die Weltgesundheitsorganisation (WHO) auch an die
2203 Bundesregierung appelliert hat, eine Sondersteuer von mindestens 20 Prozent auf zucker-
2204 haltige Getränke einzuführen, um die mit Übergewicht einhergehenden Erkrankungen sowie
2205 auch Zahnproblemen dauerhaft zu begegnen. Eine weitere Subventionierung des Zucker-
2206 rübenanbaus ist somit nicht zielführend.

2207 Nicht immer sind sich die Konsument*innen über die verschiedenen Inhaltsstoffe, vor allem
2208 in Fertigprodukten, bewusst. Daher ist eine detaillierte und lesbare Kennzeichnung sowie
2209 eine Deklaration von Nahrungsmitteln zwingend notwendig. Die bereits seit Jahren im
2210 Raum stehende Forderung nach einer Lebensmittelampel bedarf endlich der politischen
2211 Umsetzung.

2212

2213

2214 ***Sicherheit & Stabilität***

2215 Die Gewährleistung der Sicherheit und die Schaffung eines stabilen Umfelds für die Bür-
2216 ger*innen sind wesentliche Aufgaben, die in der Verfassung garantiert sind. Sicherheit be-
2217 deutet mehr als nur die Gefahrenabwehr innerhalb und außerhalb Hessens. Nicht zuletzt
2218 durch die Angst vor Terror und zunehmender Einbruchskriminalität leidet auch das persön-
2219 liche Sicherheitsgefühl der Bürger*innen, wenngleich die hessische Polizei nach Kräften
2220 bemüht ist, dem entgegenzutreten. Hier offenbart sich jedoch unweigerlich die jahrelange
2221 Politik der mittlerweile mehr als 2.000 Stelleneinsparungen, weshalb sich der Polizist*innen-
2222 mangel auch auf den Straßen niederschlägt und zu einer weniger sichtbaren polizeilichen
2223 Präsenz führt. 2,7 Mio. Überstunden sind bei der hessischen Polizei aufgelaufen – ein klares
2224 Versagen des Arbeitgebers, dem hessischen Innenminister. Abhilfe muss hier eine deutli-
2225 che Erhöhung der Gesamtzahl der Stellen im Polizeivollzugsdienst schaffen. Aktuelle Wer-
2226 bemaßnahmen für den Polizist*innenberuf zeigen zwar erste Erfolge, müssen jedoch dau-
2227 erhaft garantiert werden. Notwendigerweise muss daher auch der Beruf eine Attraktivitäts-
2228 steigerung erfahren, die durch eine angepasste Besoldung sowie die Einführung einer se-
2229 paraten Besoldungsordnung für Polizeivollzugs- und Berufsfeuerwehrdienst erreicht werden
2230 kann. Auch bessere berufliche Aufstiegschancen in einem fairen und transparenten Beför-
2231 derungssystem geben jungen Menschen Vertrauen und Sicherheit in die (Bundes-)Polizei-
2232 und Feuerwehrlaufbahn. Im Umkehrschluss führt ein zunehmendes berufliches Engage-
2233 ment von Polizist*innen und Berufsfeuerwehrleuten zu einem stärkeren Sicherheitsgefühl
2234 bei den Bürger*innen, was letztlich auch der Vertrauensbildung in den demokratischen
2235 Rechtsstaat zugutekommen wird.

2236 Das Sicherheitsbedürfnis von Bürger*innen steigt vielfach bei einer unmittelbaren persönli-
2237 chen Konfrontation (beispielsweise Unfällen), wohingegen das Sicherheitsgefühl eher ein
2238 Zustand von längerer Dauer darstellt. Beide „Zustände“ setzen jedoch ein umfassendes
2239 Kontingent an Sicherheits- und Rettungskräften voraus, damit schnelle bzw. langanhaltende
2240 Maßnahmen umgesetzt werden können.

2241 Doch gerade im ländlichen Raum ist dies vielfach nicht möglich, da sich die dünne Perso-
2242 naldecke oftmals durch massive Auswirkungen bemerkbar macht. Die vielen Überstunden
2243 machen die Personalplanung an sich schon schwer, kommen plötzliche Krankheitsfälle
2244 hinzu, dann kann der Betrieb nur noch auf Sparflamme laufen. Im Bereich des Rettungswe-

2245 sens macht sich dies dadurch bemerkbar, dass die sogenannte Hilfsfrist – also die gesetz-
2246 lich vorgegebene Frist von 10 Minuten nach Eingang des Notrufs bis zum Eintreffen am
2247 Einsatzort – nicht eingehalten werden kann. Im Polizeidienst sind im Gegenzug nicht mehr
2248 für alle Notlagen Einsatzkräfte verfügbar, der Einbruch hat dann eben keine Dringlichkeit
2249 mehr, wenn die Täter*innen ohnehin schon auf der Flucht sind.

2250 Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land muss auch im Bereich
2251 der Sicherheitspolitik erklärtes Ziel der hessischen Landespolitik werden. Anzustreben sind
2252 hierfür auch neue Ansätze einer größeren Serviceorientierung, wie sie vor allem im Konzept
2253 „e-Justice“ enthalten sind. Dies kann jedoch keine alleinige Kompensation fehlender Stellen
2254 im Bereich Sicherheit und Justiz darstellen.

2255 Dann wird es auch möglich, flächendeckende Präventionsmaßnahmen einzuführen, die sich
2256 nachhaltig auf das Sicherheitsgefühl der Bürger*innen und den Sicherheitsstandort Hessen
2257 auswirken. Gerade diese stärken, durch das intensive Zusammenspiel von Sicherheits-/Ret-
2258 tungskräften und Bürger*innen den Rechts- und Justizstandort. Notwendige Voraussetzung
2259 ist aber eben eine bürger*innen- und wohnortnahe Präsenz, die auch für die Justiz selbst
2260 gelten muss.

2261 Das Vertrauen der Bürger*innen in die Unabhängigkeit von Polizei und Justiz ist die oberste
2262 Prämisse eines Rechtsstaats. Diese gilt es unbedingt zu erhalten und stetig neu zu festigen.
2263 Daher muss selbstredend der Schutz der Rechtsordnung über allem stehen, die Unabhän-
2264 gigkeit der Justiz muss gewahrt und jegliche politische Einflussnahme unterbunden werden.
2265 Dies gilt auch für die Arbeit der Strafermittler*innen, weshalb das Weisungsrecht der*des
2266 Landesjustizminister*in*s aufgehoben gehört, damit Ermittlungen und auch die Darstellung
2267 von Kriminalstatistiken nicht durch politische Wünsche oder Verstrickungen beeinflusst wer-
2268 den.

2269 Zu korrigieren ist daher auch die derzeitige personelle Ausstattung der Justiz. Ohne ausrei-
2270 chend Staatsanwält*innen und Richter*innen sind zeitnahe Verfahren nicht möglich oder es
2271 kommt zu Verzögerungen in laufenden Prozessen. Führt dies zu einer Einstellung des Ver-
2272 fahrens oder gar zu einer Verjährung, dann wird das System des Rechtsstaats an sich ad
2273 absurdum geführt. Und dies wirkt sich natürlich wiederum auf die Glaubwürdigkeit in den
2274 Rechtsstaat als solchen aus: Aufgabe des Staates ist es, die Bürger*innen zu schützen.
2275 Gelingt dies nicht, werden Bürger*innen zu Opfern. Werden die überführten Straftäter*in-
2276 nen, die Bürger*innen zu Opfern machten, dann aber nicht hinreichend bestraft, weil der

2277 Justiz die personellen Mittel fehlen – ja, dann vermag man dazu nichts mehr zu sagen. Und
2278 erfahren Oper dann noch nicht einmal eine schnelle finanzielle Entschädigung, weil büro-
2279 kratische Maßnahmen allgegenwärtig sind, dann kann man den Glauben in den Rechtsstaat
2280 tatsächlich verlieren.

2281 Daher muss schnelle Abhilfe geschaffen werden durch personelle Aufstockung im Justiz-
2282 sektor. Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Justiz müssen hierbei gewahrt bzw. geför-
2283 dert werden – durch öffentliche Ausschreibung sowie eine stärkere Beteiligung der Perso-
2284 nalvertretungen.

2285 Auch gilt es, entsprechende Maßnahmen zur Entbürokratisierung in der Opferentschädi-
2286 gung zu treffen. Dies stärkt das Vertrauen in den Rechtsstaat und verhindert Enttäuschung.

2287

2288

2289

2290 ***Infrastrukturnetzwerk: Mobilität, Energie, Digitalisierung***

2291 Infrastruktur ist im 21. Jahrhundert mehr als der bis dato geltende Erhalt bzw. Ausbau von
2292 Verkehrswegen oder Dienstleistungen bzw. Gütern der Daseinsvorsorge. Im Zeitalter der
2293 Informations- und Kommunikationsgesellschaft kommt der Digitalisierung, dem Ausbau des
2294 Breitband-Netzes und der damit einhergehenden Anbindung an die digitale Welt, eine zent-
2295 rale verbindende – man mag sagen: vernetzende – Funktion zu.

2296 Verkehr und Energie sind heute nicht mehr als autonome, auf Regionen, Orte oder Anbieter
2297 begrenzte Konzepte zu begreifen. Sie erfahren wie auch Elemente der sozialen Infrastruktur
2298 (z.B. die medizinische Grundversorgung) eine Neuausrichtung. Die Kopplung, oder eben:
2299 Vernetzung, von Einrichtungen und Institutionen, von intelligenten Antriebstechnologien o-
2300 der smarten Stromnetzen, sie bestimmt die Gegenwart und noch mehr die Zukunft. Wir ste-
2301 hen hier am Anfang einer technologischen Reise, die gerade erst begonnen hat. Visionen
2302 und Forschungen sind notwendig, wollen wir eine wahrhaft zukunftsfähige Energiewende
2303 vollziehen oder alternative Antriebstechnologien entwickeln. Die Digitalisierung ist die
2304 Grundlage von alldem.

2305 Unsere für das Wirtschaftsleben unverzichtbare Infrastruktur vom Breitbandausbau über
2306 Schiene, Straße und Gewässer bis zu neuen Mobilitätskonzepten benötigt dringend um-

2307 fangreiche Investitionen, die gezielt eingesetzt werden, um flächendeckend eine Grundinf-
2308 rastruktur in allen Bereichen zu erzielen und wirtschaftliche wie gesellschaftliche Entwick-
2309 lungen voranzutreiben. Dabei steht die Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse
2310 in Stadt und Land in unmittelbarem Zusammenhang mit der Infrastruktur. Das Ziel der
2311 gleichwertigen Lebensverhältnisse bedeutet zwar nicht, im ländlichen Raum die gleiche Inf-
2312 rastruktur vorzuhalten wie in Ballungszentren. Vor dem Hintergrund der demografischen
2313 Entwicklung wie auch der geografischen Positionierung kommt der Erhaltung bzw. Etablie-
2314 rung der Grundinfrastruktur im ländlichen Raum jedoch eine besondere Bedeutung zu.
2315 Hessen ist durch seine zentrale Lage das Haupttransitland für Autoverkehr in Deutschland
2316 – und auch in Europa. Dieser Umstand, gepaart mit der durchaus realen Erwartung, dass
2317 auch in den kommenden Jahren ein wachsendes Aufkommen des Gütertransports zu ver-
2318 zeichnen sein wird, macht es notwendig, dass wir unsere bestehende Infrastruktur überden-
2319 ken. Auch – und vielleicht sogar gerade – im Hinblick auf Digitalisierung.
2320 Wir stehen für die Bereitstellung einer leistungs- und zukunftsfähigen Infrastruktur als
2321 Grundvoraussetzung und Impulsgeber einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung.
2322 Leistungsfähige Transportwege sind unerlässlich, egal ob auf der Schiene, auf der Straße,
2323 zu Wasser oder in der Luft. Auch ist ein deutlicher Ausbau der Kapazitäten im kombinierten
2324 Verkehr, v.a. Straße – Schiene – Wasserwege, unausweichlich, will man den Wirtschafts-
2325 standort nicht gefährden und zugleich die Lebensqualität nicht weiter beeinträchtigen.
2326 Hessen als Deutschlands Mitte hinkt in der wirtschaftlichen Entwicklung anderen Regionen
2327 noch immer hinterher. Grund hierfür sind nicht zuletzt fehlende Konzepte für den Ausbau
2328 von Verkehrswegen – auch auf dem Wasser. Noch immer eignet sich die Weser nur bedingt
2329 für die Schifffahrt ab dem Mittellandkanal. Gerade aber für das ohnehin strukturschwache
2330 Nordhessen böte sich durch den Ausbau von Weser, Fulda und Werra für die Fracht-, Per-
2331 sonen- und sonstige Schifffahrt eine neue Perspektive für wirtschaftliche Mobilität und Sta-
2332 bilität, vor allem wenn man bedenkt, dass der Transport von schweren Gütern auf Autobah-
2333 nen zur Küste wegen maroder Brücken zunehmend schwieriger wird. Der Ausbau von Was-
2334 serwegen in hessischen Regionen zu schifffahrtsfähigen Flüssen ist eine grundlegende Not-
2335 wendigkeit, die nicht nur der Stärkung des Industrie- und Wirtschaftsstandortes dient. Auch
2336 der Tourismus zählt zu den Profiteuren der Schifffahrt, bietet sie doch vielfältige Möglichkei-
2337 ten zur Freizeitgestaltung und übt somit einen besonderen Reiz auf Tourist*innen wie auch
2338 auf Anwohner*innen aus.

2339 Doch nicht allein der Ausbau der Wasserwege führt zu einer Verbesserung des Wirtschafts-
2340 und Tourismusstandortes Hessen. Auch ein gut vernetztes und verlässliches Nahverkehrs-
2341 system zählt dazu, weshalb dieses weiter auf- und ausgebaut werden muss. Der Öffentliche
2342 Personennahverkehr (ÖPNV) trägt in Ballungsräumen zu einer Entlastung der Straßenver-
2343 kehrswege bei und verbindet in ländlichen Regionen wirtschaftliche und touristische Stand-
2344 orte, die ein weiteres Ausbluten des ländlichen Raumes aktiv verhindern. Kombiniert mit
2345 einem zuverlässigen Schienengüterverkehr dient das Nahverkehrssystem als Garant für ge-
2346 sellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung.

2347 Ein Ausbau des Schienen(nah)verkehrs ist notwendiger denn je. Die hessische Landesre-
2348 gierung hat – trotz Beteiligung von Bündnis 90/Die Grünen – eine ökologisch und wirtschaft-
2349 lich sinnvolle Investition verschlafen, noch immer dümpeln in Hessen die Bahnen in Nord-
2350 hessen vor sich hin, wenn sie überhaupt noch fahren. Immer stärker wird der Fahrplan öf-
2351 fentlicher Verkehrsmittel ausgedünnt, Busverbindungen gibt es in ländlichen Regionen au-
2352 ßerhalb der Schulkinderbeförderung oftmals gar nicht (mehr). Doch auch in Ballungsräumen
2353 wie dem Rhein-Main-Gebiet mit Frankfurt an der Spitze liegt der ÖPNV brach. Knotenpunkte
2354 wie das aus den 1970ern stammende Nadelöhr Hauptbahnhof – Hauptwache – Konstabler-
2355 wache sind mit ihrer Kapazität am Ende, ein Ausbau nicht in Sicht. Eine Anbindung des
2356 Frankfurter Umlandes ist von der Frequenz der Fahrten her unattraktiv, das bestehende
2357 Park&-Ride-Konzept nicht mehr zeitgemäß. Auch hier bedarf es dringender Abhilfe – ge-
2358 meinsam mit den Städten und Gemeinden, in den ländlichen Regionen wie auch in den
2359 Ballungszentren.

2360 Auch auf den Straßen ist das Bild kein besseres. 38.000 Kilometer Stau allein 2017 – und
2361 das trotz des Projekts „Mobiles Hessen 2020“, der Fortsetzung des gescheiterten Plans
2362 „Staufreies Hessen“ der einstigen Schwarz-Gelben Landesregierung. Anspruch und Wirk-
2363 lichkeit liegen in Hessen nach wie vor weit auseinander. Das Scheitern ist nicht mehr zu
2364 kaschieren, was auch der Verkehrsminister Anfang Mai eingestehen musste.

2365 Auch wenn es um fehlende Brückensanierungen, den noch immer nur schleppend voran-
2366 gehenden Autobahnausbau oder um unpünktliche und überfüllte S-Bahnen geht, liegt Hes-
2367 sen an der Spitze. Zeit, diesen Negativtrend zu durchbrechen.

2368
2369 Wir FREIE WÄHLER halten Investitionen in die Infrastruktur für grundlegende Anlagen in
2370 die Zukunft.

2371
2372 Hessens Verkehr muss in ein Digitalisierungskonzept integriert werden. Erste Ansätze sind
2373 in der als „Verkehrswende“ deklarierten „Hessenstrategie Mobilität 2035“ erkennbar, die wir
2374 in ihren Ansätzen durchaus für richtig halten. Die Gesellschaft nutzt digitale Endgeräte und
2375 Medien mehr denn je. Was liegt also näher, als Angebote miteinander zu vernetzen, den
2376 Öffentlichen Personennahverkehr stärker zu integrieren. Zugleich müssen aber auch private
2377 Anbieter wie Taxi- und Carsharing-Unternehmen, Fahrdienstvermittlungen, Parkdienste o-
2378 der Fahrradverleihe und künftig selbstfahrende Robotaxen in das digitale Angebot mit ein-
2379 gebunden werden. Zudem müssen solche Mobilitätsdienste zukünftig über eine gemein-
2380 same Plattform zugänglich sein. Gerade in Ballungszentren wie dem Rhein-Main-Gebiet ist
2381 bereits ein solides Angebot der verschiedenen Verkehrsmittel und Mobilitätsdienste vorhan-
2382 den, weshalb die Vernetzung gerade hier zunächst verstärkt vorangetrieben werden sollte,
2383 um schließlich einen intelligenten Service nahtlos in der Fläche ausbauen zu können.
2384
2385 Wir FREIE WÄHLER wollen nicht mehr nur ein Verkehrsnetz, wir wollen ein Verkehrsnetz-
2386 werk.
2387
2388 Infrastruktur ist künftig als übergreifendes Mobilitätsmanagement zu betrachten. Neben den
2389 verschiedenen Verkehrsträgern sehen wir als weitere integrale Bestandteile die mobile und
2390 digitale Dateninfrastruktur sowie den Einbezug erneuerbarer Energien.
2391 Ein intaktes und funktionierendes Mobilitätsmanagement beeinflusst die Leistungsfähigkeit
2392 von Regionen und deren Bewohner*innen, es nimmt maßgeblich Einfluss auf die internati-
2393 onale Wettbewerbsfähigkeit und zählt zu den wichtigsten Standortfaktoren. Ein leistungs-
2394 und zukunftsfähiges Mobilitätsmanagement ist das Fundament unserer Exportwirtschaft, die
2395 als Garant für zahlreiche Arbeitsplätze fungiert und unseren Bürger*innen Sicherheit bietet.
2396 Mobilitätsmanagement ist also weit mehr als die Summe aus Verkehrswegen, Mobilität,
2397 Energie und Digitalisierung. Mobilitätsmanagement ist eine zentrale Säule der solidarischen
2398 Gesellschaft, es ist Voraussetzung für ein gelingendes soziales und gerechtes Miteinander,
2399 für gesundes Wachstum und Wohlstand, für Klimaschutz und Lebensqualität. Darum brau-
2400 chen wir neue Ansätze für ein zukunftsweisendes und zukunftssicherndes Mobilitätsma-
2401 nagement, das eben weit mehr ist als ein nur gut ausgebautes Verkehrswegenetz. Auch
2402 eine sichere und bezahlbare Energieversorgung sowie eine flächendeckende Versorgung

2403 mit Hochgeschwindigkeitsinternet sehen wir als zentrale Elemente eines zukunftssträchtigen
2404 Mobilitätsmanagements. Dieses muss aber immer auch bezahlbar sein, für Privatpersonen
2405 wie für Unternehmen gleichermaßen. Und auch nachhaltig, um wirklich zukunftsweisend zu
2406 sein. Umwelt-, Klima- und Gesundheitsschutz müssen bei aller Innovation stets mit bedacht
2407 und berücksichtigt werden.

2408
2409

2410 **Mobilität & Verkehr**

2411 Mobilität ist ein Charakteristikum unserer heutigen Gesellschaft. Ein zunehmend flexibler
2412 Arbeitsmarkt setzt – wie auch umfangreiche Freizeitaktivitäten – Mobilität scheinbar als
2413 Grundbedingung voraus, der sich niemand entziehen kann. Unsere gesellschaftliche Mobi-
2414 lität ist fortwährend im Wandel begriffen. Klimaschutz und neue Bedarfsentwicklungen für
2415 individuelle Mobilität, vor allem in Ballungszentren, erfordern eine nachhaltige Finanzierbar-
2416 keit und eine zunehmende Ökologisierung des Verkehrs. Verbrauchsarme Fahrzeuge und
2417 neue Antriebstechnologien sind die Zukunft, die – so ist zu hoffen – auch künftig den Auto-
2418 mobilstandort Deutschland prägen werden. Auch Hessen kommt hier eine zentrale Rolle zu,
2419 sind doch in Nord- und Südhessen Automobilbauer ansässig, weshalb wir darauf erpicht
2420 sein müssen, die bisherige teure und eher ineffiziente Förderpolitik der Bundesregierung
2421 sinnvoll weiterzuentwickeln. Das bedeutet auch, dass wir in den Erhalt und die Modernisie-
2422 rung unserer bestehenden Verkehrsinfrastruktur investieren müssen. Bislang bietet sich
2423 vielerorts das gleiche Bild, ob in der Stadt oder auf dem Land, auf Autobahnen, Landstraßen
2424 oder Gemeindestraßen: Schlaglöcher und notdürftig geflickte Risse. Hinzu kommen verfal-
2425 lende Brücken. Jahrelang wurde der Erhalt unserer Verkehrsinfrastruktur vernachlässigt.
2426 Längst überfällige Investitionen wurden verschoben und es wurde von der Substanz gelebt.
2427 Das rächt sich jetzt: Viele Straßen und Brücken in Hessen müssen dringend saniert werden
2428 – zu hohen Kosten.

2429
2430

2431 ***Verkehrsmanagement und Emissionsminderung***

2432 Die CO₂-Emissionen verharren noch immer auf sehr hohem Niveau. Handlungsbedarf be-
2433 steht, um auf lange Sicht die verkehrsbedingten CO₂-Emissionen zu mindern und so einen
2434 aktiven und vor allem wirkungsvollen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Hierfür wird es

2435 nicht alleine genügen, nach alternativen Antrieben mit möglichst geringen CO₂-Emissionen
2436 zu suchen. Vielmehr sind weitere verkehrspolitische Maßnahmen und Instrumente notwen-
2437 dig, die eine umfassende Verkehrswende möglich werden lassen. Neben der Verkehrsopti-
2438 mierung, also der besseren Auslastung vorhandener Kapazitäten im Verkehr, ist eine Ver-
2439 kehrsverlagerung auf ökologisch sinnvollere Verkehrsmittel notwendig. Auch muss über die
2440 Möglichkeiten zur Verkürzung von Wegstrecken nachgedacht werden, damit Verkehr per se
2441 vermieden werden kann. Doch all dies kann nur funktionieren, wenn durch technische Ver-
2442 besserungen an den verschiedenen Fahrzeugen und Transportmitteln eine Verringerung
2443 des CO₂-Ausstoßes erreicht wird. Ziel muss es sein, Mobilität zu gestalten und nicht den
2444 Verkehr zu bewältigen. Daher müssen auch Anreize für andere Verkehrsmittel und -träger
2445 geschaffen werden wie beispielsweise die Verlegung des Güterverkehrs auf klimafreundli-
2446 chere Verkehrswege wie Schiene und Wasserstraßen.

2447

2448

2449 **Diesel**

2450 Der Dieselantrieb ist in weiten Teilen noch immer alternativlos für Bürger*innen und Mittel-
2451 ständler*innen und die Wirtschaft im Allgemeinen. Derzeit vorhandene alternative Antriebs-
2452 techniken wie Elektro- oder Hybridfahrzeuge sind noch nicht flächendeckend einsetzbar, sie
2453 können den Dieselantrieb weder in Reichweite noch in Kosten-Nutzen-Relationen ersetzen.
2454 Auch gibt es derzeit noch keinerlei Alternativen für den Einsatz des Diesels beispielsweise
2455 in der Landwirtschaft. Kein Traktor kann die Kraft und somit Arbeitsleistung aufbringen,
2456 wenn er mit Benzin oder gar E-Motor betrieben wird.

2457 Dieselfahrzeuge dürfen daher keine generelle Verurteilung erfahren. Eine Nachrüstung
2458 durch die Hersteller muss bei Personenkraftwagen nicht nur angedacht, sondern auch
2459 durchgeführt werden, sind diese doch aufgrund systematischer Lügen und Betrügereien in
2460 der alleinigen Verantwortung. Das Verschließen der politischen Augen – dank der Lobbyis-
2461 ten der Automobilindustrie – muss endlich ein Ende haben. Den Bürger*innen darf nicht die
2462 Rechnung für das Verschulden der Automobilindustrie serviert werden.

2463 Auch darf man in der derzeitig emotional geführten Debatte um „Dieselgate“ nicht verken-
2464 nen, dass Benzinmotoren gleichfalls eine erhebliche Menge an CO₂ ausstoßen. Eine gene-
2465 relle Abschaffung des Dieselmotors ist undenkbar, aber auch eine Abschaffung des Diesels
2466 bei Personenkraftwagen ist derzeit weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll.

2467

2468

2469 ***Elektromobilität und alternative Antriebstechniken***

2470 Elektromobilität, z. B. durch Fahrräder, Personenkraftwagen oder Nahverkehrsbusse mit
2471 Elektroantrieb, ist insbesondere in dichtbesiedelten Bereichen eine Möglichkeit, Verkehrs-
2472 lärm und Schadstoffe zu reduzieren. In großstädtischen Bereichen kann auch die Verteilung
2473 von Waren mit elektrogetriebenen Fahrzeugen sowie die Nutzung von Elektrofahrzeugen
2474 und Elektrobussen durch Berufspendler*innen zur Verbesserung der Situation beitragen.
2475 Auch kann der Einsatz von Elektromobilität in Kommunen gefördert werden. Kommunale
2476 Dienstfahrzeuge, vom Bauhof genutzte Transporter und Sprinter oder auch Kleinbusse für
2477 die Beförderung von Kindern könnten gegen Elektrofahrzeuge ausgetauscht werden. Dies
2478 wäre auch ein deutliches Signal der öffentlichen Hand an die Bürger*innen. Das Laden an
2479 öffentlich zugänglichen Schnellladesäulen sollte dann aber selbstverständlich mit Strom aus
2480 regenerativen Energien vonstattengehen. Hessen könnte hierbei eine Vorreiterrolle über-
2481 nehmen und beispielsweise ein Pilotprojekt in der Beförderung von Schüler*innen initiieren.
2482 Insgesamt muss die Elektromobilität weiter und schneller ausgebaut werden. Seltene Er-
2483 den, die für die Batterietechnologie benötigt werden, sind begrenzte Ressourcen. Zudem
2484 hinkt Deutschland beim Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge weit hinterher.
2485 Der Umstieg auf emissionsarme Mobilität wird aufgrund der begrenzten Reichweite er-
2486 schwert, wenngleich sie doch gerade in Ballungsgebieten auf kurzen Distanzen höchst at-
2487 traktiv sein kann. Wichtig ist deshalb ein rascher Aufbau der Schnellladeinfrastruktur, um
2488 Elektroautos überall in einer zumutbaren Zeit wieder einsatzfähig machen zu können. Bis-
2489 lang sind kaum Bestrebungen der Bundes- und Landesregierung erkennbar, dass Elektro-
2490 mobilität ernsthaft vorangebracht werden soll. Wir schlagen für den Ausbau des Tankstel-
2491 lennetzes für Elektrofahrzeuge einem Stufenplan vor, der den Ausbau in Städten und Bal-
2492 lungszentren priorisiert. Diesen folgen müssen Tankstellen in Gemeinden sowie auf ländli-
2493 chen Weistrecken. Notwendig sind auch einheitliche Steckerregelungen und Ladesysteme
2494 sowie Hinweisschilder für E-Tankstellen.

2495 Wir dürfen uns nicht auf dem derzeitigen Status quo ausruhen. Es besteht breiter Konsens,
2496 dass emissionsfreie oder zumindest emissionsarme Mobilität gerade in den Städten die Le-

2497 bensqualität steigert. Darum muss weiter in die Forschung nach anderen/weiteren umwelt-
2498 freundlichen Alternativen investiert werden, um neue Antriebstechnologien zu entwickeln.
2499 Elektromobilität ist nicht das Ende der emissionsfreien Mobilität, sondern deren Anfang.

2500
2501

2502 ***Intelligente Verkehrssteuerung***

2503 Wir wollen den Ausbau von Verkehrsbeeinflussungsanlagen vorantreiben. Im Sinne eines
2504 effizienten Verkehrsmanagements wollen wir so den Verkehrsfluss an stark belasteten Au-
2505 tobahnabschnitten verbessern.

2506 Auch das Verkehrsmanagement in Städten muss eine zeitgemäße Anpassung erfahren,
2507 indem Ampeln ins Zeitalter der Digitalisierung überführt werden. Beispielsweise können Am-
2508 peln mittels WLAN mit den Fahrzeugen kommunizieren, wodurch eine intelligente Ampel-
2509 schaltung möglich wird.

2510
2511

2512 ***Mobilitätskonzepte***

2513 Für eine tatsächliche Reduzierung der CO₂-Emissionen ist ein umfangreiches Bündel an
2514 Maßnahmen notwendig. Hierzu zählt unserer Ansicht nach auch die Stärkung des Öffentli-
2515 chen Personennahverkehrs in Städten – aber auch auf dem Land. Gerade in ländlichen
2516 Regionen geht das Angebot des ÖPNV kontinuierlich zurück, Bahnhöfe werden geschlos-
2517 sen oder verkommen zu Schandflecken. Eine Modernisierung und einen kundenfreundli-
2518 chen sowie barrierefreien Ausbau der Bahnhöfe in den Kommunen halten wir neben einer
2519 Verbesserung des Angebotes an Zug- und Busverkehr für eine essentielle Maßnahme, ge-
2520 währleistet dies doch einen wichtigen Beitrag zu einer umweltfreundlichen Mobilität und er-
2521 höht zugleich die Lebensqualität der Bürger*innen sowie die Bedeutung des Wirtschafts-
2522 standorts Hessen. In diesem Konzept muss auch der Erweiterung von Zusatzangeboten wie
2523 dem Fahrradverleih an Bahnhöfen oder der sicheren Abstellmöglichkeiten von Fahrrädern
2524 an Bahnhöfen Raum gegeben werden. Auch ist perspektivisch die schrittweise Einführung
2525 eines gebührenbefreiten ÖPNV zu überlegen.

2526 Zudem sollten weitere Mobilitätskonzepte gerade in ländlichen Regionen erprobt werden,
2527 die zusätzlich zu den bestehenden Strukturen angeboten werden. Zu denken ist hier bei-
2528 spielsweise an Bürger*innenbusse, eine Aufwertung von Mitnahmezentralen u.ä.

2529 Auch in Ballungszentren sollen alternative Mobilitätskonzepte gefördert werden. Wo Park-
2530 raum knapp und Pendelverkehr groß ist, wollen wir beste Rahmenbedingungen für neue
2531 Mobilitätskonzepte wie Car-Sharing und Fahrgemeinschaften schaffen. Damit wird nicht nur
2532 unsere Infrastruktur entlastet, sondern wir wollen damit auch die Mobilität der Bürger*innen
2533 erhöhen, die sich keinen eigenen PKW zulegen wollen oder können.

2534

2535

2536 **Flughafen**

2537 Dem Flughafen Frankfurt kommt eine immense wirtschaftliche Bedeutung zu, die weit über
2538 Südhessen und das Rhein-Main-Gebiet hinausgeht. Als Drehkreuz in die Welt fungiert er
2539 als direkter oder zumindest indirekter Arbeitgeber für viele tausende, gar zehntausende
2540 Menschen.

2541 Doch dies ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere ist die Beeinträchtigung der Le-
2542 bensqualität der Menschen im Frankfurter Raum. Die Anwohner*innen des dicht besiedelten
2543 Rhein-Main-Gebiets leiden seit Jahren unter einer stetig zunehmenden Lärmbelastung, Ru-
2544 hezeiten werden von rein wirtschaftlich bestimmten Airlines wie Ryanair schlichtweg igno-
2545 riert, neue Flugrouten sorgen für ein immer größeres Verkehrsaufkommen. Proteste der
2546 betroffenen Anwohner*innen werden seit Jahren von den wechselnden Landesregierungen
2547 ignoriert, Expansion ist jeweils das Stichwort der Stunde, auch wenn Schwarz-Grün dies
2548 „humaner“ verpackt als noch Schwarz-Gelb. Auch der grüne Verkehrs- und Wirtschaftsmini-
2549 nister Al-Wazir scheut trotz ursprünglich anderslautender Aussagen die Durchsetzung von
2550 Lärmobergrenzen notfalls mit Sanktionen. Mit anderen Worten: Die Bevölkerung im Rhein-
2551 Main-Gebiet ist immer wieder der Willkür der hessischen Landesregierung ausgesetzt, die
2552 das Flüstern der Lobbyisten eher und besser wahrnimmt als die Proteste der Anwohner*in-
2553 nen. Es erübrigt sich wohl die Frage, wie CDU, SPD, Grüne oder FDP sich verhalten, wenn
2554 das Terminal 3 fertig gebaut ist.

2555

2556 Wir FREIE WÄHLER wollen aus dem Airport einen Blueport machen.

2557

2558 Als „Blueport“ fassen wir eine Weiterentwicklung des Flughafens auf, die im Einklang mit
2559 Mensch und Natur steht. Umweltschutz allein kann nicht zielführend sein, auch das Wohl
2560 der Menschen im Rhein-Main-Gebiet muss mitbedacht werden. Dazu zählt beispielsweise

2561 auch eine kritische Sicht auf eine fortwährende Expansion des Flughafens. Die permanente
2562 Steigerung von Fluggastzahlen sowie eine anhaltende Ausweitung von Flugrouten kann
2563 nicht die Lösung sein, auch weil hierdurch immer mehr Emissionen entstehen, die es doch
2564 gerade im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung einzudämmen gilt. Die Argumentation,
2565 dass die Wirtschaftsstärke des Flughafens nur durch solche Maßnahmen erhalten und ge-
2566 steigert werden könne, ist nichts als Augenwischerei. Die Wirtschaftsleistung des Frankfur-
2567 ter Flughafens steigt nicht proportional zu dessen zunehmenden Ausbau. Allerdings geht
2568 die Lebensqualität der Anwohner*innen stetig zurück. Nicht nur die Lärmbelastung, auch
2569 die Emissionsbelastung durch Flugzeuge und Zubringerverkehr gehen auf Kosten von Ge-
2570 sundheit und Umwelt. Hier muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Auch sind die
2571 Einführung eines absoluten Nachtflugverbots sowie die Festlegung von unumstößlichen
2572 Lärmobergrenzen längst überfällige Notwendigkeiten.

2573 Die Kapazitätserweiterung des Rhein-Main-Airports geht überdies auch zulasten anderer
2574 Flughäfen. Kassel-Calden fährt seit seinem Ausbau zum Regionalflughafen erhebliche De-
2575 fizite ein. Eine Rückstufung zum Verkehrslandeplatz würde das jährliche Defizit weiter in die
2576 Höhe treiben, wodurch Steuerzahler*innen weiter belastet würden. Bereits in der Vergan-
2577 genheit hätte die Landesregierung hier auf eine Kompensation hinwirken können: eine stär-
2578 kere Frequentierung des Flughafens Kassel zur Entlastung des Flughafens Frankfurt.

2579

2580

2581 **Verkehrswegenetz**

2582 Das bestehende Straßennetz sowie die vielen (Autobahn-)Brücken sind in weiten Teilen
2583 marode und müssen dringend saniert werden. Hierfür sind gewaltige Investitionen nötig,
2584 weshalb aus unserer Sicht einzig eine Verstetigung der Finanzmittel für den Bestandserhalt
2585 in Frage kommt. Dadurch wäre auch der Investitions-Nachholbedarf bei Bundesstraßen,
2586 Landstraßen, Brücken und Tunnelbauwerken gesichert und ein effizienterer Einsatz der vor-
2587 handenen Mittel könnte gewährleistet werden. Dazu sollen zweckgebundene Infrastruk-
2588 turfonds geschaffen werden, wie es bereits im Herbst 2013 auf der Sonder-Verkehrsmi-
2589 nisterkonferenz vorgeschlagen und beschlossen wurde. Für den Erhalt der Straßen und Brü-
2590 cken muss ein jährlicher Festbetrag bereitgestellt werden. Die Mittel dafür müssen haus-
2591 haltsunabhängig auf Bundes- und Landesebene bereitgestellt werden. Dadurch kann die
2592 Finanzierung von notwendigen Unterhaltungsmaßnahmen verstetigt und gesichert werden.

2593 Auch ließe sich durch die gesicherte Einnahmequelle das Erhaltungsmanagement langfris-
2594 tig planen. So werden selbst überjährige Finanzierungen möglich.

2595 Daher sprechen wir uns auch in aller Deutlichkeit gegen die Autobahngesellschaft des Bun-
2596 des aus, deren Gründung der Bundesrat – und somit auch die Vertreter der hessischen
2597 Landesregierung – zustimmte. Vielmehr präferieren wir eine Beibehaltung des föderalen
2598 Systems, das geradezu die Form und Aufrechterhaltung einer Auftragsverwaltung im Be-
2599 reich des Straßenbaus fordert. Vorteil dessen ist die lokale Nähe, die ein besseres Ver-
2600 ständnis begründet: Die Akteure der Länder sind hier zu Hause, kennen die Details, kennen
2601 die handelnden Personen und haben in der Vergangenheit mit der Umsetzung der Konjunk-
2602 turprogramme bewiesen, dass sie die Aufgabe bewältigen können. Der tiefere Grund hinter
2603 dieser vorgesehenen Neuorientierung ist es, den Versicherungskonzernen eine deutlich
2604 über der Wettbewerbslage erzielbare Rendite auf deren Einlagen zu ermöglichen. Eine aus
2605 Steuermitteln finanzierte Renditesicherung von Aktiengesellschaften und sonstigen Fonds
2606 lehnen wir jedoch ab. Wir wollen die heutige Form der Auftragsverwaltung auf dem Boden
2607 des Grundgesetzes für diesen Themenkomplex erhalten wissen.

2608 Auch sehen wir hierin eine nicht zu unterschätzende Gefahr, dass Privatisierungen der Au-
2609 tobahnen doch möglich sind, da weder die explizite Übertragung an die Bundesautobahn-
2610 gesellschaft noch deren Privatisierung an sich im Grundgesetz ausgeschlossen sind.

2611

2612

2613 **Maut**

2614 Unser Ziel ist es, dass die Bürger*innen in ganz Europa freie Fahrt haben. Wir wollen des-
2615 halb ein mautfreies Europa für den privaten Verkehr. Die für das europäische Verkehrsnetz
2616 relevanten Straßen müssen deshalb eine Gemeinschaftsaufgabe werden.

2617 Die von der Bundesregierung beschlossene Maut lehnen wir ab. Zahlreiche Ökonom*innen
2618 haben einschlägig nachgewiesen, dass die Aussage, heimische Bürger*innen würden nicht
2619 zusätzlich belastet, nicht haltbar sei. Auch ist vielfach widerlegt, dass die Verkehrsinfrastruk-
2620 tur nachhaltig durch die Maut finanziert werden könne. Die Bundesregierung hat eine Um-
2621 weltmaut beschlossen, die jede*r zahlen muss und deren Bürokratie die Einnahmen fast
2622 vollständig auffressen wird.

2623

2624

2625 **Dienstleistungen der Daseinsvorsorge**

2626 Eine weitere Säule der technischen Infrastruktur stellen Ver- und Entsorgungseinrichtungen
2627 als klassische Elemente der Grundversorgung dar: Trinkwasser, Abwasser, Strom, Gas,
2628 Müllentsorgung, medizinische Grundversorgung und viele weitere grundlegenden Dienste
2629 sind lebensnotwendige Grundlagen der Daseinsvorsorge, deren Verantwortung Staat, Land
2630 oder Kommune obliegen sollte. Sind öffentlich-rechtliche Aufgaben und Vermögen der
2631 Grundversorgung bereits privatisiert, sollten diese rekommunalisiert und die Planungs- und
2632 Regulierungshoheit wieder in die öffentliche Hand überführt werden. Eine kommunale Trä-
2633 gerschaft ist bei Dienstleistungen der Daseinsvorsorge der Privatisierung zu präferieren, um
2634 dauerhaft eine kostengünstige und nachhaltige Energie- und Wasserversorgung sicherzu-
2635 stellen und deren Zugänglichkeit/Nutzbarkeit für Bürger*innen und Wirtschaft zu garantie-
2636 ren. Oberste Handlungsprämisse muss hierbei das Gemeinwohl sein. Dieses zu erreichen,
2637 soll durch das Zusammenspiel unterschiedlicher öffentlicher überparteilicher Akteure/Insti-
2638 tutionen möglich werden, wodurch ideologische und parteiabhängige Seilschaften vermie-
2639 den werden. Auch soll durch eine solche Expert*innenkommission eine nachhaltige Planung
2640 und Bewirtschaftung der öffentlichen Infrastruktureinrichtungen möglich werden.

2641

2642

2643 **Energieversorgung**

2644 Eine sichere und bezahlbare Energieversorgung ist eine große Herausforderung für ganz
2645 Deutschland, nicht zuletzt nach dem beschlossenen Atomausstieg, den wir zu 100 Prozent
2646 befürworten und schon lange vor den schrecklichen Ereignissen in Fukushima forderten.
2647 Diese Entscheidung tragen wir mit, sehen doch auch wir die energetische Zukunft nicht in
2648 Form von Atommeilern oder Fracking. Letzteres muss endlich gesetzlich untersagt werden,
2649 sind doch die Gefahren und Risiken bei der Förderung fossiler Energien im tiefen Unter-
2650 grund nicht abzuschätzen. Zudem widerspricht Fracking der von uns verfolgten Klimaziele
2651 sowie einer echten Energiewende, weshalb die Förderung fossiler Energieträger abzu-
2652 lehnen ist. Das Augenmerk muss vielmehr auf den Bereich der erneuerbaren Energien ge-
2653 richtet werden. Folgerichtig stehen wir auch hinter dem Erneuerbare-Energien-Gesetz
2654 (EEG) mit garantierten Vergütungssätzen einschließlich einer Begrenzung nach oben.
2655 Die Energiewende sowie die Reduktion des Kohlendioxid-Ausstoßes sind jedoch nur mit
2656 einem umfassenden Energiekonzept zu verwirklichen, das alle Bereiche – Strom, Wärme

2657 und Verkehr – einbezieht. Dabei müssen Energieproduktion, -effizienz und -speicherung
2658 genauso berücksichtigt werden wie das Last- und Einspeisemanagement. Forschung und
2659 Entwicklung im Bereich der erneuerbaren Energien sind dringend notwendig und bedürfen
2660 der ambitionierten Unterstützung, um Zukunftsfragen des Netzausbaus frei von ideologi-
2661 schem Gewinnstreben zu beantworten. Deshalb muss die Energieversorgung zurück in die
2662 öffentliche Hand.

2663 Die Energiewende und der wachsende europäische Energiehandel stellen die deutschen
2664 Strom- und Gasnetze vor große Herausforderungen. Die Sicherheit der leitungsgebundenen
2665 Versorgung mit Elektrizität und Gas ist hierbei das zentrale Ziel. Dazu müssen Strom- und
2666 Gasnetze in der Lage sein, ihre Transportaufgaben zu erfüllen.

2667 Weiterhin notwendig sind ausreichende Erzeugungskapazitäten zur Deckung des prognos-
2668 tizierten Energiekonsums. Ausschlaggebend sind belastbare Regelungsmechanismen für
2669 die Netzstabilität, die auch dann die Versorgungssicherheit gewährleisten, wenn sich Ein-
2670 speisungen in und Entnahmen aus dem Netz nicht die Waage halten. Zudem müssen die
2671 Netze hinreichend gegen Eingriffe Dritter abgesichert sein, worunter im digitalen Zeitalter
2672 auch Hackerangriffe o.ä. zählen.

2673 Eine angemessene Dezentralisierung der Energiegewinnung dient ebenfalls der Versor-
2674 gungssicherheit. Nicht zu vergessen: Das Energiesparen ist eine der effektivsten Methoden
2675 zur Lösung des Energieproblems. Es mindert den Ressourcenverbrauch und verhindert
2676 Energieverschwendung, weshalb der Energieberatung ein viel größerer Stellenwert einge-
2677 räumt werden muss, der auch einer entsprechenden Förderung bedarf. Auch müssen Kom-
2678 munen endlich flächendeckend ihren Beitrag leisten, indem sie beispielsweise die konven-
2679 tionelle Straßenbeleuchtung durch moderne – naturverträgliche, weil weniger lichtver-
2680 schmutzende – LED-Technik austauschen.

2681

2682

2683 ***Dezentrale Energiegewinnung***

2684 Eine zuverlässige dezentrale Energieversorgung, basierend auf einer Vielzahl von Anlagen
2685 vor Ort sowie einem intelligenten – digitalen – Stromnetz, ist die Zukunft. Regenerative lo-
2686 kale Quellen sind die oberste Maxime der Energiegewinnung, um die Wertschöpfung mög-
2687 lichst naturnah in den Regionen zu belassen. Überdies bringt die dezentrale Energieversor-
2688 gung Unabhängigkeit gegenüber Energieimporten und Preisanstiegen

2689 Die Energiewende darf nicht weiter zulasten der Bürger*innen und zugunsten der Energie-
2690 konzerne gehen. Künftig müssen Anlagen von Bürger*innen – Mieter*innen, Hauseigentü-
2691 mer*innen, Genossenschaftsmodelle etc. – direkt gefördert werden. Diese Dezentralisie-
2692 rung der Energiegewinnung vermeidet Leistungsverluste, schafft regionale Arbeitsplätze
2693 und bietet Kommunen eine Chance, durch regionale Stadtwerke an der Wertschöpfung teil-
2694 zuhaben. Auch wird durch sie der Ausbau von länderübergreifenden oder grenzüberschrei-
2695 tenden Höchstspannungsleitungen von Nord nach Süd überflüssig. Ein solches „Strom-
2696 transportnetz“ wie es beispielsweise für die von uns seit jeher kategorisch abgelehnte Su-
2697 edLink-Trasse hätte erbaut werden müssen, basiert ohnehin auf der obsoleten Technologie
2698 der zentralen Energieversorgung mit Kohle- und Atomkraftwerken. Das Argument, dass die
2699 Überschüsse aus dem Norden im Süden dringend benötigt würden, ist rein plakativer Natur
2700 und entspricht nicht der Realität. Gerade im Norden stehen im Ruhrpott und in Hamburg
2701 alte Kohlekraftwerke, die erhebliche Strommengen erzeugen und eine enorme Umweltbe-
2702 lastung darstellen. Hier wäre der Windstrom aus der Ost- und Nordsee für die Energiewende
2703 und die dadurch verringerten Umweltschäden kurzfristig besser eingesetzt.

2704 Logisch und konsequent daher auch unsere Ablehnung der ULTRANET-Trasse, einer über-
2705 irdischen Wechselstrom-Höchstspannungstrasse, die auch durch Hessen verlaufen soll. Die
2706 Auswirkungen dieser „Hybrid-Trasse“ (Wechsel- und Gleichstrom auf einem Mast) auf Men-
2707 schen und Tiere sind bislang nicht erforscht. Das Risiko ist bislang nicht ein- und abschätz-
2708 bar. Daher sollte ein Mindestabstand zwischen ULTRANET-Trasse und Wohnbebauung
2709 vorliegen oder eine Erdverkabelung gesetzlich verankert werden.

2710 Insgesamt muss jedoch vor dem Bau dieser und anderer Nord-Süd-Höchstspannungs-Tras-
2711 sen geprüft werden, wie sinnvoll ein Transport von Kohlestrom aus Kohlerevieren in Nord-
2712 rhein-Westfalen und Brandenburg nach Süden ist. Der Transport des Windstroms aus Nord-
2713 deutschland in den Süden Deutschlands wird gerne in plakativ-bunten Broschüren verkün-
2714 det, kann aber mit der Realität nicht standhalten. Bundes- und Landregierung verschweigen,
2715 dass nach derzeitigem Stand die schmutzige Kohle für weitere Jahrzehnte in Deutschland
2716 Energie erzeugen soll und damit die lebensnotwendige Energiewende verzögern oder gar
2717 gänzlich verhindern wird. Wir sind der Ansicht, dass die umweltschädlichen Subventionen
2718 der fossilen Energien – insbesondere der (Braun-)Kohle – beendet werden, da sie auch

2719 durch Nicht-Einbeziehung der Kosten für die Umweltbelastung (Umweltschäden) die not-
2720 wendige Energiewende wettbewerbsfeindlich behindern. Auch der Rauch der Kohlekraft-
2721 werke muss endlich transparent werden.

2722

2723

2724 ***Dynamische Stromtarife***

2725 Ein zentraler Punkt der Energiewende ist die Einführung dynamischer Stromtarife. Für Ver-
2726 braucher*innen muss der Preis für eine Kilowattstunde flexibel sein. Zu Tageszeiten, wäh-
2727 rend der mengenmäßig der meiste Strom auf dem Markt ist, muss der Preis für die Abnahme
2728 des Stroms günstiger sein als zu Zeiten mit geringerer Stromproduktion.

2729 Der Vorteil liegt hier für Verbraucher*innen wie auch für das Stromnetz gleichermaßen auf
2730 der Hand: Bürger*innen können aktiv die Stromkosten reduzieren, wenn sie Strom in Zeiten
2731 eines besonders großen Angebots abnehmen. Auch hilft die Abnahme dem Stromnetz, um
2732 dieses stabil betreiben und einem Blackout vorbeugen zu können.

2733 Die Einführung von dynamischen Stromtarifen sowie die Entwicklung von Smart Meter, die
2734 den Stromverbrauch steuern und in Echtzeit messen, unterstützen wir ausdrücklich.

2735

2736

2737 ***Speicher-Technologien***

2738 Viele erneuerbare Energien wie beispielsweise Windkraft und Solarenergie können nicht
2739 kontinuierlich in gleichem Ausmaß gewonnen werden. Die Speicherung von Energie ist des-
2740 halb eine bedeutende Herausforderung im Zusammenhang mit der Energiewende sowie
2741 der Versorgungssicherheit. Forschungen in diesem Bereich müssen intensiviert und geför-
2742 dert werden. Die Speicherung erneuerbarer Energien ist erforderlich für den Fluktuations-
2743 ausgleich und die Netzstabilität. Die Lösung liegt in der Energiespeicherung. So kann auch
2744 zu Zeiten mit einem geringen Angebot an Energie aus regenerativen Quellen (z.B. Wind-
2745 flaute) die Nachfrage gedeckt werden. Die Förderung der technologischen Entwicklung (z.B.
2746 Speichermedien, Nutzung der Geothermie) und des Ausbaus der Energiegewinnung aus
2747 erneuerbaren Energien sowie der „Power-to-Gas“-Technologie müssen vorangetrieben
2748 werden. Beim „Power-to-Gas“-Verfahren wird der gewonnene Strom, sofern er wegen
2749 „Überproduktion“ nicht ins Stromnetz eingespeist werden kann, gespalten und in Wasser-

2750 stoff umgeformt. Dieser wird mit Kohlendioxid zu Methan umgewandelt. Das künstliche Erd-
2751 gas wird ins Erdgasnetz eingespeist. Der Vorteil hierbei ist, dass die regenerative Energie
2752 gespeichert und vielfach genutzt werden kann, von der Stromgewinnung bis zum Autoan-
2753 trieb.

2754 Die Förderung der Speicherforschung ist für eine gelingende Energiewende essentiell.
2755 Ohne ausreichende Speichertechnologien, die es derzeit nicht einmal im Ansatz gibt, ver-
2756 bietet sich ein weiterer Ausbau von Wind- und Sonnenenergie

2757

2758

2759 ***Regenerative Quellen***

2760 Die Stromerzeugung mittels Windkraftanlagen ist ein Standbein der Energiegewinnung aus
2761 regenerativen Quellen, die wir unterstützen, sofern der Ausbau von Windkraftanlagen öko-
2762 nomisch und ökologisch sinnvoll ist. Es gilt vorab zu prüfen, ob eine Windkraftanlage auch
2763 in einer ausgeglichenen Kosten-Nutzen-Relation steht, bevor sie das Landschaftsbild zer-
2764 stört, das ökologische Gleichgewicht kräftig ins Wanken bringt oder das physische und psy-
2765 chische Wohlbefinden der Anwohner*innen gefährdet.

2766 Hierfür müssen endlich auch umfassende und wissenschaftlich fundierte Forschungen zum
2767 realen Nutzen von Windkraftanlagen sowie deren „Nebenwirkungen“ durchgeführt werden.
2768 Gerade letztgenannte sind breitgefächert zu untersuchen, von Umweltschutzaspekten her
2769 genauso wie auch im Hinblick auf gesundheitliche Risiken für Anwohner*innen. Hierzu lie-
2770 gen noch keine Längsschnittstudien vor, weshalb valide Aussagen über physiologische und
2771 psychologische Langzeiteffekte auf Anwohner*innen noch nicht möglich sind.

2772 Einheitliche und vor allem eindeutige Gesetze für die Gewinnung regenerativer Energien
2773 müssen verabschiedet werden, wodurch ein besserer und vor allem bundesweit einheitli-
2774 cher Schutz für Anwohner*innen geregelt wird. Umweltschutz bzw. der Schutz ökologisch
2775 einmaliger Regionen – wie in Nordhessen beispielsweise der Nationalpark Kellerwald-Eder-
2776 see – müssen endlich Berücksichtigung finden. Sie dürfen nicht den wirtschaftlichen Inte-
2777 ressen der Lobbyisten zum Opfer fallen.

2778

2779

2780 **Digitalisierung**

2781 In der Informations- und Kommunikationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts muss Infrastruk-
2782 tur weiter gefasst werden. Neben innovativen Konzepten zur Mobilität und Energieversor-
2783 gung nimmt gerade auch die Digitalisierung zunehmend mehr Raum ein. Breitbandnetze
2784 sind in ihrer Wichtigkeit mittlerweile den Verkehrs- und Energienetzen gleichgestellt. Die Si-
2785 cherstellung einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur ist eine Notwendigkeit des Wirt-
2786 schaftsstandes, die auch im ländlichen Raum nicht versanden darf.

2787 Noch immer ist in Hessen nicht in allen Landkreisen „schnelles Internet“ zugänglich. Die
2788 hessische Landesregierung hinkt ihrem Vorhaben für eine flächendeckende Versorgung
2789 hinterher; auch die von Schwarz-Grün geplanten 50 Mbit/s sind obsolet. Ein zunehmender
2790 Datenverkehr macht eine schnellere Übertragung notwendig. 100 Mbit/s sind derzeit als
2791 Minimalstandard zu betrachten, der allen hessischen Haushalten zugänglich sein muss.
2792 Auch ist der LTE-Ausbau via Mobilfunknetz als Alternative zu kabelgebundenen Techniken
2793 (xDSL, Glasfaser etc.) weiter zu forcieren. Damit einher geht die Beseitigung von „weißen
2794 Flecken“ in der Netzabdeckung. Ein funklochfreies Hessen bis 2023 als Ziel sowie die Ni-
2795 vellierung der bislang bestehenden preislichen Diskrepanz zwischen kabelgebundenen Ta-
2796 rifen und Mobilfunk stellt für Hessen eine Chance dar, konkurrenzfähig zu bleiben. Deshalb
2797 darf auch die obsoleete DSL-Verbreitung mittels Kupferkabel keine weitere staatliche Förde-
2798 rung erfahren, da diese die erforderliche Geschwindigkeit dauerhaft nicht bieten kann.

2799 Gerade in den ohnehin strukturschwachen ländlichen Regionen fehlen oftmals schnelle ka-
2800 belgebundene Lösungen ebenso wie auch ein LTE-Zugang. Dies manifestiert sich zu einem
2801 erheblichen Standortnachteil, ist der Breitband-Anschluss in der digitalen Gesellschaft doch
2802 Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung, Innovation und gesellschaftliches Wachstum.
2803 Schnelles Internet ist mitverantwortlich für die Attraktivität von Regionen für Menschen und
2804 Unternehmen.

2805 Der Zugang zum Breitband-Internet stellt somit in der modernen Informations- und Kommu-
2806 nikationsgesellschaft ein weiteres Element der Daseinsvorsorge dar, das von der öffentli-
2807 chen Hand priorisiert, propagiert und letztlich präsentiert werden muss. Der staatlich geför-
2808 derte Netzausbau wahrt überdies die Netzneutralität, wodurch die gleichberechtigte und
2809 nichtdiskriminierende Behandlung des Datenverkehrs garantiert und letztlich der*die End-
2810 nutzer*in geschützt wird. Auch wird der Wirtschaftsstandort durch ein diskriminierungsfreies
2811 Internet gestärkt, um weiterhin konkurrenz- und zukunftsfähig zu sein.

2812 Besonderes Augenmerk muss hierbei auch auf die kleinen und mittelständischen Unterneh-
2813 men gelegt werden. Können diese aus eigener Kraft und Kompetenz nicht an der Digitali-
2814 sierung der Wirtschaft teilnehmen, müssen sie Beratungsleistungen in Anspruch nehmen
2815 können, die über Sonderfonds abgedeckt werden.

2816 Neben den Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort bzw. die wirtschaftliche Konkurrenz-
2817 fähigkeit einzelner Regionen wirkt sich die Digitalisierung auch zunehmend mehr und nach-
2818 haltig auf das gesellschaftliche Leben insgesamt und das individuelle Leben der Bürger*in-
2819 nen aus.

2820 Exemplarisch zu nennen sei hier der zunehmende Ärzt*innenmangel in ländlichen Regionen
2821 oder auch das sogenannte „Kliniksterben“. Vielfach ist die wohnortnahe medizinische Ver-
2822 sorgung nicht mehr die Regel, sondern leider die Ausnahme. Will man weitere Qualitätsein-
2823 bußen verhindern, ist eine zunehmende Digitalisierung in der Medizin notwendig. Der Aus-
2824 bau der Telemedizin ermöglicht auch eine leichtere interdisziplinäre Vernetzung von Ärzt*in-
2825 nen, die eine Befundbesprechung auch über große Distanzen möglich werden lässt. Trans-
2826 parenz und Datenschutz für Patient*innen müssen hierbei natürlich garantiert sein.

2827 Der Schutz von personenbezogenen Daten im Internet bedarf daher einer dringenden An-
2828 passung an die Gegebenheiten der Zeit, zu der auch eine Reglementierung von Internet-
2829 diensten oder Anbietern zählt. Auch muss eine Sensibilisierung aller Bevölkerungsschich-
2830 ten, unabhängig von Alter, Status, Herkunft o.ä., durch Informationskampagnen und/oder
2831 Schulungen erreicht werden, damit Daten besser geschützt werden. Der Schutz der Privat-
2832 user*innen vor Cyberkriminalität muss auch durch ein besseres Fortbildungskonzept für Po-
2833 lizei und Justiz vorangetrieben werden, wofür auch eine bessere personelle und technische
2834 Ausstattung kalkuliert werden muss. Vice versa folgt daraus jedoch nicht, dass es unkon-
2835 trollierte staatliche Eingriffe und Kontrollversuche durch Software- oder Telekommunikati-
2836 onsüberwachung geben darf oder das Netzsperrern eingerichtet werden, die Nutzer*innen
2837 von der digitalen Gesellschaft ausschließen.

2838 Der Partizipationsgrundsatz hat oberste Priorität. Diesen auszubauen auf den Bereich „E-
2839 Government“ sehen wir als wichtige Aufgabe der Zukunft. Das Internet bietet neue Möglich-
2840 keiten der Bürgerbeteiligung und Transparenz sowie eine bequemere Abwicklung politi-
2841 scher und administrativer Abläufe. Wir sehen in „e-Government“ eine große Chance, direkt-
2842 demokratische Beteiligungsmöglichkeiten zu etablieren und Verwaltungsabläufe zwischen
2843 Staat und Bürger*innen sowie unter Behörden einfacher und nachvollziehbarer zu gestalten.

2844 Beteiligung, Information und transparente Verwaltungsabläufe sind Voraussetzungen dafür,
2845 dass Bürger*innen verantwortlich mitgestalten können und die Akzeptanz von politischen
2846 Entscheidungen erhöht wird. Das „e-Government“-Gesetz des Bundes kann hier nur ein
2847 Anfang sein. Es öffnet zwar den Weg für eine digitale Verwaltung, begreift das Internet aber
2848 noch nicht als Medium der Bürger*innenbeteiligung.

2849
2850
2851

2852 ***Umwelt schützen – Regionalität stärken***

2853 Umweltschutz ist kein Selbstzweck, der – einmal propagiert und durchgeführt – per se funk-
2854 tioniert. Eine gesunde Umwelt bedarf der kontinuierlichen Arbeit, um nachhaltig das Zusam-
2855 menspiel zwischen Natur-, Lebens- und Wirtschaftsräumen für die jetzige und vor allem
2856 auch für künftige Generationen zu sichern und zu verbessern.

2857 Unsere Umwelt ist unsere natürliche Lebensgrundlage. Sie ist die Basis unserer Gesund-
2858 heit, unseres Wohlbefindens und unseres Wohlstandes, ja unseres Daseins allgemein. Wir
2859 sind ihr gegenüber zu einem sorgsamem Umgang verpflichtet, wollen wir weiterhin beste-
2860 hen. Profitstreben zulasten der Umwelt muss endlich unterbunden, ein ökologischer Wan-
2861 del, in Einklang mit einer sozial-solidarischen Lebensweise, forciert werden, wenn man Zu-
2862 kunft gestalten möchte.

2863

2864 Wir FREIE WÄHLER wollen Zukunft gestalten – im Einklang mit Natur und Umwelt!

2865

2866 Darum ist es auch in Zeiten der Aufkündigung des Pariser Klimaabkommens durch die USA
2867 und der vielfachen und wiederholten Leugnung des Klimawandels durch Anhänger rechts-
2868 konservativer Parteien notwendiger denn je, kontinuierlich für den Erhalt einer gesunden
2869 Umwelt zu arbeiten. Warum populistische Klimaleugner, die mittlerweile auch in vielen Lan-
2870 desparlamenten und sogar dem Bundestag Einzug gehalten haben, immer wieder Gehör
2871 finden, bleibt ein Rätsel, genügt doch vielfach schon ein Blick nach draußen, um die Um-
2872 welteinflüsse durch zunehmenden Klimawandel mit bloßem Auge zu erkennen.

2873 Hessische Bürger*innen müssen beispielhaft nur ins Hessische Ried schauen. Schon seit
2874 Jahren ist bekannt, dass sich der dortige Wald auflöst. Beeinflusst von vielen Faktoren, die

2875 alle zusammenspielen und die zusammenhängen in der Zerstörung der Bäume: Klimawand-
2876 del, Luftverschmutzung und Profitstreben.

2877 Der Klimawandel wurde durch zahlreiche wissenschaftlich fundierte Studien weltweit nach-
2878 gewiesen. Aber auch rein subjektiv ist Klimawandel wahrnehmbar. Man muss lediglich das
2879 Argument der steigenden Temperaturen den eigenen Empfindungen und Erfahrungen ge-
2880 genüberstellen. Die Studienlage zeigt ganz klar auf, dass die Winter immer milder werden
2881 und weniger Schneefall zu verzeichnen ist. Blicken wir mittels unserer subjektiven Erinne-
2882 rungen zurück – beispielsweise in die 1980er Jahren. Damals waren die Winter kalt und
2883 schneereich. Nicht nur an einzelnen Tagen, sondern über eine längere Zeitspanne. Der Vo-
2884 gelsberg beispielsweise glich auch in seinen Ausläufern einer weißen alpenländischen
2885 Schneelandschaft, von der heute nicht mehr viel geblieben ist. – Die ansteigenden Tempe-
2886 raturen beeinträchtigen aber nicht nur die Schneeverhältnisse in den Ausläufern des Vo-
2887 gelsbergs. Sie sind – als Folge eines sich wandelnden Klimas – ursächlich für steigende
2888 Temperaturen auch im Sommer. Und für sich verändernde Beregnungsphasen. Weniger
2889 Niederschläge lassen den ohnehin schon niedrigen Grundwasserspiegel im Ried weiter sin-
2890 ken. Die Bäume kommen schlichtweg nicht mehr ans Wasser, sie vertrocknen. Dass auch
2891 wirtschaftliche Interessen in Form einer zu starken Wasserentnahme für das Absinken des
2892 Grundwasserspiegels mit verantwortlich sind, kommt erschwerend hinzu.

2893 Aber das ist nicht das einzige Problem. Viele Straßen durchziehen das Hessische Ried.
2894 Viele Autos fahren auf diesen Straßen und tragen mit zur Luftverschmutzung bei. Diese
2895 entsteht, weil Luftschadstoffe über weite Distanzen transportiert werden. Dadurch gelangen
2896 Schwefel- und Stickstoffeinträge in das Ökosystem. Versauerung und Überdüngung sind
2897 die Folgen. Auch wird der Stickstoff in Form von Nitrat aus dem Waldboden ausgewaschen
2898 und gelangt ins Grundwasser. Die Biodiversität verändert sich nachhaltig – aber nicht zum
2899 Guten.

2900
2901 Wir FREIE WÄHLER wollen einen effektiven Klima- und Umweltschutz auch für künftige
2902 Generationen.

2903
2904 Das Absterben von Bäumen im Hessischen Ried ist „nur“ ein Problem von vielen. Das hatte
2905 auch bereits die hessische Landesregierung 2015 erkannt und einen „Runden Tisch“ von
2906 Expert*innen einberufen, der Handlungsempfehlungen herausgegeben hat. Beispielsweise

2907 die Aufforstung des Waldes. Diese scheint jedoch nicht zu funktionieren, wie die Schutzge-
2908 meinschaft Deutscher Wald (SDW) Hessen erst kürzlich dargestellt hat. Die Aufforstung
2909 könne nur gelingen, wenn zuvor der abgesenkte Grundwasserspiegel angehoben würde.
2910 Dafür muss jedoch eine verantwortungsbewusstere Wassergewinnung durchgesetzt wer-
2911 den, gegen jegliche wirtschaftliche Interessen! Andernfalls ist absehbar, dass das Hessi-
2912 sche Ried dauerhaft nicht mehr als „Trinkwasserspender“ für den Rhein-Neckar- und den
2913 Rhein-Main-Raum zur Verfügung stehen wird, obwohl der Bedarf in den Gebieten wohl kon-
2914 tinuierlich weiter steigen wird.

2915 Jetzt könnte man meinen, die Probleme im Hessischen Ried betreffen nur Südhessen, dient
2916 doch gerade in Oberhessen die eingangs erwähnte Region rund um den Vogelsberg als –
2917 zumindest heute noch – funktionierendes Grundwasserreservoir, das sogar für die Versor-
2918 gung von Teilen Frankfurts ausreicht.

2919 Doch schon beim Lesen dieses Gedankens beschleicht einen dieses unbehagliche Gefühl.
2920 Ist es wirklich so einfach, Probleme aufgrund einer möglichen lokalen Distanz von sich zu
2921 weisen? Wohl kaum.

2922 Bewusst wird uns dies sehr deutlich, wenn wir an den April und Mai dieses Jahres zurück-
2923 denken, als eine „gelbe Pracht“ alles überzog. Blütenstaub und Pollen zogen in dicken Wol-
2924 ken durch die Luft und lagerten sich ab. Verantwortlich hierfür war nach Ansicht des stell-
2925 vertretenden Leiters des Regensburger Gartenamtes, Michael Lehmann, gleichfalls der Kli-
2926 mawandel: Zu lange Phasen von Hitze und Trockenheit, gefolgt von teils heftigen und lang-
2927 andauernden Regenperioden lassen auch Bäume und Sträucher aus ihrem natürlichen
2928 Rhythmus geraten und versetzen diese in Stress, dessen Folge eine vermehrte Produktion
2929 von Blütenstaub und Pollen ist. Dies ist jedoch nicht die alleinige Fehlentwicklung, die wahr-
2930 nehmbar ist. In den letzten Jahren konnte eine Veränderung der allergenen Wirkung der
2931 Pollen festgestellt werden. Der Verdacht, dass Ozon und Stickoxide an dieser Metamor-
2932 phose einen erheblichen Anteil haben, wird zwar noch untersucht, liegt aber nahe. Stick-
2933 stoffeinträge in der Luft tragen also nicht nur zur Zerstörung des Hessischen Rieds bei, sie
2934 bringen auch immer mehr Allergiker*innen hervor – eine fatale Verkettung, entsteht hier-
2935 durch doch zugleich auch ein erheblicher volkswirtschaftlicher Schaden: Gesundheitliche
2936 Beeinträchtigungen und damit verbundene krankheitsbedingte Ausfälle führen zu weniger
2937 Wirtschaftsleistung von Unternehmen, da Arbeitnehmer*innen fehlen.

2938 Die Auswirkungen des Klimawandels gehen jedoch noch viel weiter. Wasser ist ein lebens-
2939 notwendiger Stoff, noch wichtiger als feste Nahrungsmittel. Doch von Wasser allein lässt
2940 sich schlecht leben. Unser Organismus ist auf Nahrungsmittel angewiesen, die aus der
2941 Landwirtschaft gewonnen werden, sie wachsen nicht in Supermarktregalen. Eine erfolgrei-
2942 che Ernte ist also einkalkuliert und letztlich notwendig. Geht man aber davon aus, dass
2943 aufgrund des Klimawandels die Ernteerträge künftig rückläufig sein werden, wie es Studien
2944 des Hessischen Landesamtes für Naturschutz, Umwelt und Geologie nahelegen, dann ist
2945 die Versorgung der Bevölkerung nicht mehr sichergestellt – zumindest nicht mehr im bislang
2946 gewohnten Umfang.

2947 In den meisten hessischen Regionen wird es voraussichtlich zu leichten bis mittleren Er-
2948 tragsrückgängen kommen, abhängig auch von den jeweils angebauten Feldfrüchten. Popu-
2949 list*innen würden an dieser Stelle vielleicht dazu raten, auf das ein oder andere Obst oder
2950 Gemüse zu verzichten, aber dies löst das Problem als solches nicht. Ertragsrückgänge in
2951 der Landwirtschaft können sich fatal auswirken, sie können Importe notwendig machen, die
2952 aber bei einem weltweit geringeren Ertrag natürlich teurer werden. Und dies wiederum hat
2953 direkte Auswirkungen auf die Inflation, wie nicht zuletzt auch der Bericht des Bundesminis-
2954 teriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) „Ernte 2017 – Mengen und Preise“ zeigt.
2955 Evident ist für alle klar denkenden Menschen, dass es eine deutliche Korrelation zwischen
2956 Ernteertrag, Verbraucherpreisen und Inflationsentwicklung geben muss. Oder mit anderen
2957 Worten ausgedrückt: Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis.

2958 Die Frage, die sich auch ganz unabhängig von Globalisierung oder Regionalisierung stellt,
2959 lautet also: Wo wird die Inflationsrate hingehen, wenn Lebensmittelknappheit auch die In-
2960 dustriationen bedroht und kein alleiniges Problem von Entwicklungsländern mehr ist?

2961 Das Problem wird also immer umfassender: Wasserknappheit in Südhessen, Ernteauffälle
2962 in ganz Hessen, zunehmend größere Belastungen für unser Sozialsystem der Krankenkas-
2963 sen und auch noch damit einhergehende Wirtschaftseinbußen. Wer jetzt noch ernsthaft den
2964 Klimawandel und dessen Einflüsse auf unsere Umwelt leugnet, dem ist mit Argumenten
2965 wohl nicht mehr beizukommen.

2966
2967 Wir FREIE WÄHLER sind überzeugt: Umweltschutz geht uns alle an – jetzt und in Zukunft,
2968 in Hessen und in der Welt!

2969

2970 Das Klima hat direkte Auswirkungen auf die Umwelt und somit auf die Menschen. Globale
2971 klimatische Veränderungen zeigen sich auch in hessischen Regionen, denen es zu begegnen
2972 gilt – im Bewusstsein der Bürger*innen hier in Hessen ebenso wie auch in der nationa-
2973 len und internationalen Politik.

2974

2975

2976 **Umwelt schützen**

2977 Umweltschutz muss endlich zum gesellschaftlichen Leitgedanken werden, der sich in unse-
2978 ren Köpfen verankert, über jeden sozioökonomischen Status, jedes Alter und Geschlecht,
2979 jede ethnische Abstammung hinweg. Bis dieses Ziel „gelebt“ werden kann, muss verstärkt
2980 sensibilisiert werden, weshalb wir eine noch stärkere Förderung des 2015 von der UNESCO
2981 im Anschluss an die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgerufenen Welt-
2982 aktionsprogramms, an dem sich Deutschland bereits beteiligt, für notwendig erachten. Den
2983 Ansatz des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), dieses Weltaktionspro-
2984 gramm in der „Nationalen Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“ aufzugrei-
2985 fen, mit dem Ziel, nachhaltiges Denken und Handeln in allen Bereichen des Bildungssys-
2986 tems zu verankern, halten wir für richtig und zugleich für essentiell notwendig. Um jedoch
2987 eine breitere Sensibilisierung bereits bei den Kleinsten herbeizuführen, plädieren wir für eine
2988 deutlich stärkere Verknüpfung von Nachhaltigkeitsstrategie, Bildung und Umweltschutz.

2989

2990

2991 **Abfallvermeidung als Ziel**

2992 Natürliche Rohstoffe bilden die Grundlage vieler Produkte, deren eigentliche Bestimmung
2993 oftmals ein lediglich kurzfristiger Gebrauch ist.

2994 Beispiel Plastiktüten: Diese befinden sich trotz der seit Juli 2016 geltenden Vereinbarung
2995 zwischen Bundesumweltministerium (BMU) und Handel noch immer in großer Zahl im Um-
2996 lauf. Und landen nach einmaligem Gebrauch vielfach im Müll. Oder in den Meeren, wo das
2997 zunehmende Vermüllen durch Plastiktüten für ein qualvolles Verenden von Meerestieren
2998 und Vögeln verantwortlich ist. Wie viele Tüten konkret in Hessen, Deutschland oder der EU
2999 im Umlauf sind, lässt sich derzeit gar nicht erfassen, da in der Statistik nur die sogenannten
3000 Einwegplastiktüten mittlerer Wandstärke gezählt werden. „Hemdchenbeutel“, die man in der
3001 Obst- und Gemüseabteilung vorfindet, werden gar nicht erfasst, weshalb bei diesen auch

3002 von keiner signifikante Reduzierung auszugehen ist. Im Gegenteil: Wer im Supermarkt klei-
3003 nere Einkäufe verstauen will, der ist schnell versucht, diese in einem Hemdchenbeutel zu
3004 verstauen, anstatt für eine gewöhnliche Plastiktüte Geld zu bezahlen. Auch ist der Umstieg
3005 auf vermeintlich umweltfreundlichere Varianten wie Papier- oder Bioplastiktüten nicht ziel-
3006 führend, zumindest wenn man die Ökobilanz im Sinne der Nachhaltigkeit in die Kalkulation
3007 mit einbezieht. Gleiches gilt für Recyclingtüten mit dem Logo des „Blauen Engel“. Auch sie
3008 stellen keine Alternative dar, wenngleich sie zu mindestens 80 Prozent aus recyceltem Plas-
3009 tik bestehen und in der Herstellung zumindest einen deutlichen Vorteil gegenüber konven-
3010 tionellen „neuen“ Plastiktüten aufweisen. Abbaubar sind sie dennoch nicht. Ziel muss es
3011 also sein, die Bevölkerung darüber in Kenntnis zu setzen, dass möglichst wenig Tüten,
3012 gleich welcher Art, angeschafft werden sollten. Mehrfachverwendung ist das Stichwort der
3013 Stunde, das auch auf andere Bereiche zu transferieren ist. Unsere heutige, gerne auch als
3014 „Wegwerfgesellschaft“ titulierte, Bevölkerung muss sensibilisiert werden – für die Endlichkeit
3015 von Ressourcen, die Nachhaltigkeit und den Schutz der Umwelt. Deshalb müssen Mehr-
3016 wegsysteme gezielt eingeführt und gefördert werden.

3017 Eine Rückkehr zur „Mehrweg-Gesellschaft“ muss implizieren, dass wir bei täglichen Ge-
3018 brauchsgütern mit einer kurzen Verwendungsdauer den Plastikprodukten vielfach mit be-
3019 zahlbaren Alternativen begegnen können: beim beliebten „Coffee to go“-Becher wie auch
3020 beim (Einweg-)Geschirr. Den Ansatz der EU, Plastik-Einwegprodukte zu verbieten, begrü-
3021 ßen wir daher ausdrücklich.

3022 Eine Rückkehr zur „Mehrweg-Gesellschaft“ muss darüber hinaus aber gerade auch bei Ge-
3023 brauchsgütern mit einer längeren Verwendungsdauer, beispielsweise bei Mobiltelefonen o-
3024 der Fernsehgeräten, möglich sein. Im Falle eines Defekts wird die Möglichkeit zur Reparatur
3025 heute vielfach nicht genutzt, ist doch die Wiederinstandsetzung finanziell vergleichbar mit
3026 einer Neuanschaffung. Der materielle Wert darf jedoch nicht allein betrachtet werden. Der
3027 Wert der Nachhaltigkeit muss vielmehr in den Fokus rücken: Ressourcen werden knapp, sie
3028 werden zum Teil unter schwierigen und gefährlichen Bedingungen gewonnen (z.B. Seltene
3029 Erden). Eine Wegwerf-Mentalität widerspricht einer ökologischen und humanitären Nach-
3030 haltigkeit.

3031 Um die Gesellschaft für diese Thematik zu sensibilisieren, ist eine verstärkte Aufklärung
3032 notwendig. Diese muss schon im Kindesalter beginnen und in den hessischen Lehr- und
3033 Erziehungsplänen aufgegriffen werden. Beispielhaft sei hier die Kampagne „Sauberhaftes

3034 Hessen“ genannt. Diese sollte verpflichtend ausgeweitet werden auch auf Kinder und Ju-
3035 gendliche, da hierdurch bei diesen ein Bewusstsein für eine saubere Landschaft geschaffen
3036 wird. Die Erweiterung des faktischen Handelns um mediale Bausteine wie Plakate, Anzei-
3037 gen, Broschüren oder auch einer Internetpräsentation eröffnet zugleich einer noch breiteren
3038 Zielgruppe Zugang zur Kampagne, wodurch Aufklärung betrieben und Nachhaltigkeitsstra-
3039 tegien in die Breite vermittelt werden können. Paart man diese Kampagne noch mit jährlich
3040 stattfindenden Aktionen am „Tag der Umwelt“, dann sollte innerhalb der Bevölkerung das
3041 Bewusstsein über die von Menschenhand geschaffenen Katastrophen ansteigen und ein
3042 Umdenken sich langsam etablieren können.

3043

3044

3045 ***Saubere Luft als Ziel***

3046 Luftkurorte erlebten im 19. und frühen 20. Jahrhundert einen breiten Aufschwung, da man
3047 sich in dieser Zeit dank des medizinischen Fortschritts über die Wichtigkeit sauberer Luft
3048 bewusst wurde. Die Entwicklungen im 21. Jahrhundert stellen – zumindest in den Ballungs-
3049 räumen – dagegen eher einen Rückschritt dar, trotz unseres noch besseren medizinischen
3050 Wissens. Es ist notwendiger denn je, verbindliche Luftreinhaltepläne zu etablieren, deren
3051 Ziel die Schaffung qualitativ besserer Luft ist. Einher geht damit die Verringerung von Fein-
3052 staub und Stickoxiden, die durch neue Mobilitätskonzepte und verbesserte Filteranlagen in
3053 Industrieanlagen erreicht werden muss. Zudem müssen gerade auch in Ballungsräumen
3054 Projekte gefördert werden, die durch Begrünung in verschiedener Form einen Beitrag zur
3055 Verbesserung von Klima und Luft leisten. Geeignete Maßnahmen wie „Urban Gardening“,
3056 Dachbegrünung oder die Installation von „City Trees“ sind erste Ansätze, die jedoch nur
3057 durch ein Zusammenspiel vieler Faktoren nachhaltigen Erfolg bringen werden. Allen voran
3058 geht mit aktiv praktiziertem Umweltschutz auch eine stärkere Forschung im Bereich der er-
3059 neuerbare Energien einher. Die Abkehr von fossilen Brennstoffen, die Entwicklung neuer
3060 Antriebs- und Heiztechniken gepaart mit einer Steigerung der Energieeffizienz und gleich-
3061 zeitiger Energieeinsparung, sind Nachhaltigkeitsstrategien, die es im 21. Jahrhundert end-
3062 lich zu forcieren gilt. Als festes Ziel haben wir die ambitionierte Umsetzung des Pariser
3063 Klimaabkommens gefasst. Auch mit den Zielen der EU-Klima- und Energiepolitik bis 2030
3064 stimmen wir überein.

3065

3066

3067 **Reinheit des Wassers als Ziel**

3068 Wasser ist der Quell allen Lebens. Ohne Wasser kann kein Organismus überleben. Die
3069 Reinhaltung des Wassers, des Trink- und Grundwassers, muss folglich unsere wichtigste
3070 Prämisse sein.

3071 Neben der Renaturierung von Bächen und Flüssen, die mit der Schaffung natürlicher Über-
3072 flutungsflächen einhergehen muss, muss insgesamt der zunehmenden Versiegelung der
3073 Böden entgegengewirkt werden. Ziel muss es sein, die natürlichen Wasserkreisläufe wie-
3074 derherzustellen.

3075 Grundwasserschutz bedarf auch der technischen Unterstützung. Mindestens muss die dritte
3076 Stufe bei Kläranlagen in einem ersten Schritt verbessert werden, um Wasserverunreinigen-
3077 gen weiter abzubauen. Um aber der zunehmenden (multiresistenten) Keimbelastung ernst-
3078 haft Paroli zu bieten, muss zwingend eine vierte Reinigungsstufe implementiert werden.
3079 Warum die hessische Landesregierung hier erst einen Feldversuch in Langen abwarten
3080 möchte, wenn sogar das Bundesumweltministerium bereits Handlungsbedarf sieht, bleibt
3081 fraglich.

3082 Die zunehmende Belastung insbesondere des Abwassers von Kliniken und Altenheimen,
3083 aber auch von Klärschlamm und Gülle mit Antibiotika, Medikamentenrückständen insge-
3084 samt und vor allem (multi-)resistenten Keimen ist besorgniserregend. Gerade dort, wo das
3085 vermeintlich gereinigte Abwasser in sensible Gewässer eingeleitet wird, die in naher Zukunft
3086 unser Trinkwasserreservoir bilden, muss in aller Deutlichkeit die Gesundheitsgefahr be-
3087 nannt werden. Der Einbau einer vierten Reinigungsstufe, die mittels Ozonisierung Medika-
3088 mentenrückstände und (multi-)resistente Keime abtöten kann, ist hessenweit voranzutrei-
3089 ben. Auch müssen landwirtschaftliche Betriebe im Hinblick auf das Aufbringen von Kunst-
3090 dünger, Pflanzenschutzmittel und Klärschlamm und die damit einhergehenden Gefahren für
3091 das Grundwasser sensibilisiert werden.

3092

3093

3094 **Regionalität stärken – Vielfalt der Landwirtschaft erhalten**

3095 Land- und Forstwirtschaft nehmen im Flächenland Hessen großen Raum ein. 80 Prozent
3096 der hessischen Landesfläche gilt als ländlicher Raum und ist in weiten Teilen noch immer
3097 landwirtschaftlich geprägt, weshalb sich gerade im Frühling vielfach wahrhaft „blühende

3098 Landschaften“ finden. Sie symbolisieren zum einen den lebensfähigen und lebenswerten
3099 ländlichen Raum, der für viele hessische Bürger*innen Heimat ist. Sie stehen aber auch für
3100 die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln sowie für die Erfüllung
3101 unersetzbarer wirtschaftlicher, sozialer und umweltbezogener Aufgaben. Diese zu erhalten
3102 und weiter auszubauen, ist eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahre. Erweitert werden
3103 muss diese noch durch eine Richtigstellung des gesellschaftlichen Verständnisses für und
3104 von Landwirtschaft. Vielfach wissen Verbraucher*innen heute nicht mehr, wie Nahrungsmittel
3105 produziert und die Rohstoffe dafür erzeugt werden. Es herrscht eine weit verbreitete Un-
3106 kenntnis, wie moderne Landwirtschaft und Tierhaltung funktionieren. Eine Grundbildung im
3107 Hinblick auf Lebensmittel und Nahrung, Landwirtschaft, Tiere und Tierhaltung muss ab dem
3108 Kindergarten in hessischen Lehr- und Erziehungsplänen verankert werden. Gestützt werden
3109 sollten diese theoretischen Ansätze durch Besuche von landwirtschaftlichen Betrieben.
3110 Doch auch im Bereich der Erwachsenenbildung ist eine stärkere Förderung heute notwen-
3111 dige denn je. Auch hier gibt es vielfach eklatante Wissenslücken in den Bereichen Lebens-
3112 mittel, Nahrung und Landwirtschaft, die es zu schließen gilt.

3113 Zu dieser Entwicklung beigetragen hat auch der Umstand, dass die über viele Jahrzehnte
3114 prägende eigentumsorientierte nachhaltige Landwirtschaft zunehmend mehr von Großbe-
3115 trieben verdrängt wird, die wahrhafte Agrarfabriken darstellen. Das „Bauernhofsterben“
3116 muss gestoppt werden, das Nebeneinander kleiner(er) – konventioneller wie ökologischer
3117 – und größerer Betriebe muss künftig wieder möglich sein. Hierfür ist eine gezielte Förde-
3118 rung vonnöten, die nicht durch eine pauschalisierende Subventionierung aus Brüssel abge-
3119 deckt werden soll und überwiegend den Großbetrieben zugutekommt.

3120 Vielmehr gilt es, das Augenmerk auf den Erhalt bestehender Kulturlandschaften sowie die
3121 Stärkung der Regionalität zu richten. Die Förderung von regionalen Produkten stärkt nicht
3122 nur das pluralistische Bild der Agrarbetriebe, sie ist auch effizientes und effektives Mittel im
3123 Kampf gegen den Klimawandel. Der Ausbau lokaler und regionaler Vermarktungskonzepte
3124 für saisonale landwirtschaftliche Erzeugnisse ist nachweislich umwelt- und klimaschonender
3125 als die Einfuhr sogenannter Biolebensmittel aus mehr oder weniger fernen Ländern. Auch
3126 die Unterstützung regionaler Anbieter trägt nachhaltig zur Stärkung und Etablierung des
3127 ländlichen Raumes bei, dessen Verwaisen es entschieden entgegenzuwirken gilt. Durch
3128 gezielte strukturelle Förderung wird es gelingen, die Wertschöpfung und Kaufkraft in den
3129 Regionen zu binden. Durch den Kauf regionaler Waren und Dienstleistungen fördern wir

3130 unsere Heimat, sichern Arbeitsplätze vor Ort, verbessern die Steuerkraft der Gemeinden
3131 und schonen unsere Umwelt und das Klima.

3132 Der Ausbau bereits bestehender Konzepte wie dem der „Solidarischen Landwirtschaft“
3133 (SoLaWi) ermöglicht eine Umkehr: Weg vom Prinzip des „Wachsens oder Weichens“, das
3134 eine Abhängigkeit von Subventionen, Markt- bzw. Weltmarktpreisen beschreibt und
3135 Mensch, Tier und Boden an natürliche Belastungsgrenzen führt. Hin zu einer bäuerlichen
3136 und vielfältigen Landwirtschaft, die einen wichtigen Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung
3137 leistet und die Existenz derjenigen sichert, die sich der guten landwirtschaftlichen Praxis
3138 widmen.

3139 Ökologische, umweltschonende und qualitativ hochwertige Produkte sind Ziel einer solchen
3140 regionalen Landwirtschaft. Die Einführung eines blauen Bio-Labels für derartige landwirt-
3141 schaftliche Erzeugnisse halten wir im Sinne einer verbesserten und transparenteren ver-
3142 braucherorientierten Politik für den richtigen Schritt: Regionale Bio-Erzeugnisse haben eine
3143 bessere Ökobilanz als importierte Bio-Lebensmittel. Durch ihre saisonale Verbreitung un-
3144 terstützen sie die Zuführung wichtiger Inhaltsstoffe, die sich positiv auf Körper, Geist und
3145 Gesundheit auswirkt. Zudem wäre das blaue Bio-Label ein Wegweiser zur ökologischen
3146 Regionalität für Verbraucher*innen im Dickicht der vielen Bio- und Ökolabel.

3147

3148

3149 ***Artgerecht: Stärkung des Tierwohls***

3150 Die Tierhaltungsbedingungen müssen weiterentwickelt und angepasst werden. Die Flä-
3151 chenberechnung muss neu überdacht werden, darf jedoch nicht zu einer weiteren Benach-
3152 teiligung bäuerlich geführter Betriebe gegenüber großen, gewerblich strukturierten Anlagen
3153 führen. Eine Verbesserung der Haltungsbedingungen und wirtschaftlicher Erfolg bäuerlicher
3154 Strukturen dürfen sich nicht gegenseitig ausschließen. Spezielle Begleitung durch Wissen-
3155 schaft und Fördersysteme müssen auch kleineren tierhaltenden Betrieben, insbesondere in
3156 naturräumlich benachteiligten Regionen, Perspektiven in die Zukunft eröffnen.

3157 Auch gilt es, die heimischen Tier- und Pflanzenarten zu erhalten und gegenüber nicht-hei-
3158 mischen besser zu schützen, können diese sich doch rasch zu einer ernsthaften Gefahr für
3159 das Ökosystem entwickeln. Alleiniges Ziel kann – im Falle von nicht-heimischen Pflanzen-
3160 arten – jedoch nicht der uneingeschränkte Einsatz agrochemischer Pflanzenschutzmittel
3161 sein.

3162

3163

3164 ***Umweltgerecht: Eindämmung agrochemischer Pflanzenschutzmittel***

3165 Auch wenn die EU im April dieses Jahres den Einsatz von drei sogenannten Neonicotinoi-
3166 den wegen deren Schädlichkeit für Wild- und Honigbienen verboten hat, so ist das Bienen-
3167 sterben allein dadurch sicher nicht aufzuhalten. Die hessische Landesregierung hat noch
3168 immer kein Konzept vorgestellt, das dem errechneten Bestandseinbruch der Insekten in
3169 Höhe von 75 Prozent ernsthaft begegnet. Gravierend sind die Folgen, die aus dem Insekten-
3170 bzw. Bienensterben resultieren: Ohne Bestäubung kein pflanzliches Leben, kein Ertrag von
3171 Feldfrüchten und kein Obstanbau. Man muss dem Artenrückgang in Hessen endlich entge-
3172 genwirken – durch ein Zusammenspiel unterschiedlicher Faktoren. Es gilt den Klimawandel
3173 ebenso zu stoppen wie eine weitere Versiegelung von Flächen. Der Ausbau von Blühflächen
3174 bedarf der gezielten Förderung, um die Artenvielfalt zu erhalten und das Insektensterben
3175 einzudämmen. Auch muss in der industrialisierten Landwirtschaft der Einsatz von Breit-
3176 bandherbiziden wie Glyphosat überdacht werden, vor allem wenn es neben der Unkrautbe-
3177 kämpfung auch als Erntehilfsmittel zur Abreifebeschleunigung (der sogenannten Sikkation)
3178 eingesetzt wird. Ein generelles Verbot gilt es hier durchzusetzen, konnte doch bereits in der
3179 Vergangenheit Glyphosat in menschlichen Urinproben festgestellt werden. Neben der ge-
3180 sundheitlichen Gefahr führt Glyphosat auch zu einer nachweislichen Zerstörung des Le-
3181 bensraums von Insekten und Kleinlebewesen. Daher forcieren wir die Errichtung „Gly-
3182 phosat-freier Regionen“ in Hessen. Eine schnelle Abkehr vom Auslaufprodukt Glyphosat
3183 muss gemeinsam mit Landwirt*innen betrieben werden, darf jedoch nicht darüber hinweg-
3184 täuschen, dass gleichzeitig auch Forschungen zu alternativen Methoden in der Landwirt-
3185 schaft intensiviert werden müssen. Dies bietet aber die Chance, neben „Glyphosat-freien
3186 Regionen“ in Hessen weitere „Pestizid-freie Regionen“ zu etablieren, die als Markenzeichen
3187 nicht zuletzt den Wirtschaftsstandort stärken.

3188

3189

3190 ***Transparent: Gegen agro-gentechnische Veränderungen***

3191 Die Forcierung tradierter regionaler landwirtschaftlicher Strukturen – konventioneller wie
3192 ökologischer – ermöglicht auch weiterhin den Verzicht auf agro-gentechnisch verändertes
3193 Saatgut. Solange eventuelle Risiken der Gentechnik nicht ausgeschlossen werden können,

3194 sollte dessen Einsatz in der Landwirtschaft unterbunden werden. Gleichwohl sollte die For-
3195 schung in diesem Themenkomplex weiter vorangetrieben werden, um der zunehmenden
3196 Lebensmittelknappheit in einer rasant steigenden Weltbevölkerung zu begegnen.

3197
3198

3199 ***Energiegerecht: Energieproduktion auf landwirtschaftlichen Flächen***

3200 Die Balance zwischen Nahrungsmittel- und Energieproduktion auf landwirtschaftlichen Flä-
3201 chen muss weiterhin gewährleistet sein. Der Ausbau von Biomasse für die Energiegewin-
3202 nung ist in einer moderaten Form verträglich, wenngleich natürlich dadurch der Anbau von
3203 Nahrungsmitteln reduziert wird. Biogasanlagen sind derzeit jedoch eine Option der Energie-
3204 gewinnung, die beibehalten werden sollte. Auch darf dem heimischen Biosprit durch Be-
3205 steuerung nicht die Wettbewerbsfähigkeit genommen werden. Forschung und Entwicklung
3206 im Bereich der Verwertung von Reststoffen, der Steigerung der Effizienz der bestehenden
3207 Anlagen und der Energiespeichermöglichkeiten müssen jedoch parallel zur gegenwärtigen
3208 Nutzung vorangetrieben werden.

3209
3210
3211

3212 ***Finanzen und Wirtschaft – Mittelstand stärken***

3213 Die hessische Wirtschafts- und Finanzlage ist ein zweiseitiges Schwert: Eigentlich steht
3214 Hessen insgesamt gut da. Aufgrund der sprudelnden Steuereinnahmen kann das Bundes-
3215 land 2016 eine Milliarde Mehreinnahmen verbuchen und erstmals seit 47 Jahren Altschul-
3216 den tilgen. Auf der anderen Seite ist Hessen Spitzenreiter – aber nicht in einem glorreichen
3217 Sinne. 2016 weist jede*r Bewohner*in im Durchschnitt eine kommunale pro Kopf Verschul-
3218 dung in Höhe von 5.353 Euro auf: Platz zwei im Ländervergleich hinter dem Saarland. Bei
3219 den kreisfreien Städten liegt Darmstadt einsam an der Spitze: 14.989 Euro Schulden je Ein-
3220 wohner*in. Auch bei den Landkreisen ist Hessen unter den Top 5 durch den Hochtaunus-
3221 kreis vertreten – mit einer Verschuldung in Höhe von 6.555 Euro pro Kopf. Zwar will die
3222 Landesregierung die Wirtschafts- und Finanzlage gerne als „exzellent“ verkaufen, doch der
3223 Schein trügt, wie die Zahlen eindrucksvoll belegen. Ein „Exzellenzstatus“ sieht wahrlich an-
3224 ders aus.

3225 Auch 2017 steht Hessen im Vergleich der Länderhaushalte nicht viel besser da. Zu hoch
3226 sind noch immer die Ausgaben, wie auch der Bund der Steuerzahler wiederholt kritisierte.
3227 Dabei sind es nicht die Ausgaben an sich, die zu verurteilen sind, sondern die planlosen –
3228 oder besser gesagt: nicht zielführenden – Ausgaben, beispielsweise für Personal.
3229 Gutes Personal ist wichtig – und auch teuer. Für Lohngerechtigkeit und eine gute finanzielle
3230 Ausstattung des Öffentlichen Dienstes treten auch wir ein. Aber dies rechtfertigt nicht die
3231 Neuberufung von Staatssekretär*innen mit einem monatlichen Grundsalar von über 10.000
3232 Euro. Neben den anderen neun Staatssekretär*innen belaufen sich die Kosten für die öf-
3233 fentliche Hand auf eine ordentliche Summe – im Monat und im Jahr. Personalentscheidun-
3234 gen müssen zielgerichtet getroffen werden. Vetternwirtschaft oder „Belohnungssysteme“ für
3235 langgediente Parteimitglieder haben hierbei nichts zu suchen. Eine Steigerung der Perso-
3236 nalausgaben um satte 4,8 Prozent muss neu überdacht werden.
3237 Gleiches gilt für die immer ausschweifendere Subventionsausgaben wie beispielsweise die
3238 Abwrackprämie für Benziner oder Diesel. Die finanzielle Bezuschussung der massenhaften
3239 Zerstörung funktionierender Autos, um vermeintlich umweltfreundliche Autos unters Volk zu
3240 bringen – sie ist den Bürger*innen nicht logisch zu erklären. Und sie ist nicht die einzige.
3241 Die verschiedenen Ressorts werfen das Geld der Bürger*innen förmlich aus dem Fenster.
3242 Allein fünf von ihnen verausgaben, so der Steuerzahlerbund, 97 Prozent der gesamten För-
3243 dermittel: Soziales, Wissenschaft, Wirtschaft, Finanzverwaltung und Umwelt brachten 5,11
3244 Milliarden Euro an Fördermitteln allein 2017 unters Volk. Das entspricht einem Fünftel des
3245 gesamten (bereinigten) Landeshaushaltes. Tendenz weiter steigend. Eine ernsthafte Til-
3246 gung der Schuldenberge sieht anders aus!

3247

3248 Wir FREIE WÄHLER wollen eine gerechte Neuausrichtung des Subventionssystems.

3249

3250 Bestehende Förderungen müssen auf den Prüfstand. Ihre Rentabilität muss von unabhän-
3251 gigen Expert*innen mittels Evaluation geprüft und gegebenenfalls abgeschafft werden. Dies
3252 ist ein erster richtiger und wichtiger Schritt in eine schuldenfreie Zukunft.

3253 Eine solide Haushaltspolitik ist die Basis für eine nachhaltige Zukunftssicherung. Die Schul-
3254 denberge der Vergangenheit dürfen nachfolgende Generationen nicht erdrücken. Vice
3255 versa folgt daraus nicht, dass der Staat keine Investitionen mehr tätigen soll. Im Gegenteil.
3256 Zukunft braucht Investition!

3257 Die Wende zur Informationsgesellschaft bringt schon jetzt signifikante Änderungen mit sich.
3258 Sie birgt Gefahr und Chance zugleich: Arbeitsprozesse wandeln sich und mit ihnen die Wert-
3259 schöpfung deutscher Firmen und Betriebe. Die Welt wartet in Zeiten von Dieselskandal,
3260 massiver Täuschung der Verbraucher*innen und steigenden Spritkosten nicht mehr unbe-
3261 dingt auf die deutsche Automobilindustrie. Zwar gilt noch immer das Label „made in ger-
3262 many“ als etwas Besonderes – es ist der Garant deutscher Handwerker*innen- und Ingeni-
3263 eur*innenkunst. Doch in Teilbereichen wie der Erforschung alternativer Antriebe im Auto-
3264 mobilsektor droht Deutschland ins Hintertreffen zu geraten – und mit ihm die hessischen
3265 Automobilstandorte im Norden und Süden. Hier nicht gezielt zu fördern heißt, nicht in die
3266 Zukunft zu investieren. Subventionen sind notwendiger denn je. Gerade auch kleine und
3267 mittelständische Firmen sind im Bereich der innovativen Produktgestaltung gezielt von der
3268 Politik zu unterstützen, liefern sie doch oftmals herausragende Ideen, die vielfach als zu-
3269 kunftssicher gelten.

3270 Hessen kann sich nicht auf vorhandenen Kompetenzen ausruhen. Die Attraktivität des Lan-
3271 des muss auch für die Zukunft erhalten werden. Durch innovative Projekte, durch Ansied-
3272 lung neuer Unternehmensbereiche, durch Ansiedlung von Start-Ups. Die aktuellen Bestre-
3273 bungen der Wirtschaftskammern aus Hessen, Bayern, Rheinland-Pfalz und Baden-Würt-
3274 temberg, die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main über die Landesgrenzen hinaus auszu-
3275 bauen, sind ein guter Ansatz. Existenzgründungen sind jedoch hessenweit möglich.

3276
3277 Wir FREIE WÄHLER machen Hessen zum Antriebsmotor für Wachstum und Wettbewerb.

3278
3279 Durch den Ausbau zum „Land der innovativen Existenzgründungen“ begegnen wir zugleich
3280 dem demografischen Wandel sowie der Abwanderung vom ländlichen Raum in städtische
3281 Ballungszentren. Vom Landkreis Kassel bis zum südlichsten Zipfel im Odenwaldkreis sind
3282 Existenzgründungen möglich. Sie brauchen nicht zwingend den urbanen Hintergrund der
3283 Mainmetropole.

3284 Deutschland ist eine der größten Wirtschaftsmächte der Welt. Hessen leistet seinen Beitrag
3285 für diese Stellung, gerade auch durch die mittelständischen Unternehmen, die allein 2014
3286 64,3 Prozent aller hessischen Arbeitnehmer*innen beschäftigten (vgl. Hessischer Mittel-
3287 standsbericht 2016: 21). Jeden Tag aufs Neue tragen die Bürger*innen durch Leistung, Ein-

3288 satz und Innovationsfreude zu unserem Wohlstand bei: Unternehmer*innen mit Verantwor-
3289 tung auf der einen, Arbeitnehmer*innen mit klugen Köpfen auf der anderen Seite. Allein
3290 kleine und mittlere Unternehmen (KMU) erwirtschafteten 2014 mit 159,5 Milliarden Euro
3291 mehr als 35 Prozent des gesamten hessischen Umsatzes (vgl. Hessischer Mittelstandsbe-
3292 richt 2016: 23). Dieses Potential weiter zu fördern, muss erklärtes Ziel sein. Deshalb muss
3293 es Anreize für die hart arbeitende Mittelschicht geben, damit sich Leistung wieder lohnt.
3294 Hierzu zählt in erster Linie die Anpassung an die Gegebenheiten der Zeit. Oder man könnte
3295 auch einfacher sagen: Das Vorantreiben der Digitalisierung.

3296 Im „Weißbuch Arbeiten 4.0“ von 2016 prognostiziert das Bundesministerium für Arbeit und
3297 Soziales (BMAS) verschiedene Szenarien eines Arbeitsmarktes bis 2030. Die Entwicklung
3298 desselbigen, dessen unmittelbare Einflussnahme auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sowie
3299 staatliche Sozialausgaben, ist von verschiedenen Faktoren abhängig, die nicht immer vor-
3300 hersehbar sind. Ein Faktor, nämlich der der Digitalisierung, ist jedoch kalkulierbar. Will die
3301 Politik Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen künftig gleichermaßen die Chance auf
3302 wirtschaftliche Partizipation ermöglichen, dann muss sie endlich handeln: „Das zentrale Er-
3303 gebnis ist, dass im Basisszenario die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2030 in etwa auf dem
3304 Niveau des Jahres 2014 liegt, während im Szenario einer beschleunigten Digitalisierung
3305 dank der
3306 Produktivitätseffekte sogar mit deutlich positiven Auswirkungen auf Wachstum und Beschäf-
3307 tigung gerechnet werden kann. Für den deutschen Arbeitsmarkt würde eine beschleunigte
3308 Digitalisierung eine Fortsetzung des Strukturwandels bedeuten. [...] Im Saldo könnte die
3309 Erwerbstätigkeit bis zum Jahr 2030 um rund eine Viertelmillion Personen ansteigen und die
3310 Erwerbslosigkeit entsprechend sinken.“ (Weißbuch Arbeiten 4.0 2016: 48)

3311
3312 Wir FREIE WÄHLER streben einen Wirtschafts- und Finanzplan an, der mit der Zeit geht!

3313
3314 Mit der Zeit zu gehen, die Zukunft fest im Blick zu haben, das bedeutet für uns politische
3315 Verantwortung. Dass Digitalisierung einen vergleichbaren Umbruch wie die Industrialisie-
3316 rung im 19. Jahrhundert darstellt, ist nicht neu. Dass die politisch Verantwortlichen dies über
3317 so lange Zeit ignoriert oder gar verschlafen haben, ist unfassbar.

3318 Hessen soll zum Taktgeber der Digitalisierung in Deutschland und Europa werden. Dies
3319 bringt nicht nur einen Ausbau des Breitbandnetzes mit sich, sondern erfordert allgemein

3320 Investitionen in die für das Wirtschaftsleben unverzichtbare Infrastruktur. Subventionen hier
3321 anzusetzen, wo sie zukunftssträchtig sind, ist eine langfristige Investition mit guter Rendite –
3322 im wirtschaftlichen wie im sozialen Sektor. Wirtschaftsförderung muss in Zeiten von Fach-
3323 kräftemangel zwingend auch an soziale Kriterien gebunden werden.

3324 Einen ersten Ansatz für Hessens Vorreiterrolle kann der in Bad Vilbel geplante „SmartCity
3325 Springpark Valley“ einnehmen. Das Gewerbegebiet orientiert sich in der Struktur am Silicon
3326 Valley und will Arbeits- und Privatleben kombinieren. Die Arbeitswelt ist schon heute nicht
3327 mehr statisch, der Arbeitsmarkt erfordert zunehmend mehr Flexibilität von den Arbeitneh-
3328 mer*innen. Gerade kreative Prozesse lassen sich schlecht in einen 8-Stunden-Arbeitstag
3329 pressen. Aber genau hierin liegt auch eine Gefahr, der es durch politisches Handeln zu
3330 begegnen gilt: durch Anpassung der Arbeitnehmer*innenrechte. Die sozialverträgliche Ge-
3331 staltung des Arbeitsmarktes 4.0 in Einklang zu bringen mit der Aufwertung des ländlichen
3332 Raumes durch Schaffung von Smart Cities in ganz Hessen, das ist unser erklärter Anspruch
3333 und unser erklärtes Ziel. Die Voraussetzungen zu schaffen liegt in unserer Hand.

3334

3335

3336 **Einzelhandelsförderung**

3337 Nicht allein der Arbeitsmarkt 4.0 bedarf der weitsichtigen Förderung. Der hessische Einzel-
3338 handel mit 26.000 Betrieben und mehr als 75.000 Beschäftigten ist vielerorts Attraktivitäts-
3339 garant und sozialer Kommunikationsraum zugleich. Die zunehmende Verdrängung des Ein-
3340 zelhandels aus zentralen Lagen führt in Innenstädten und Gemeinden zu immer mehr Leer-
3341 ständen und Verarmung. Durch Schaffung einer offenen Dialogplattform mit umfassender
3342 Lotsenfunktion soll Städten und Gemeinden die Möglichkeit zu einem besseren Austausch
3343 mit möglichen Ansiedlungsinteressierten und Investor*innen gegeben werden, die als zent-
3344 rale Aspekte die Vermittlung geeigneter Flächen sowie eine gleichmäßigere Verteilungskon-
3345 zentration sicherstellt.

3346

3347

3348 **Förderung von Mittelstand und Handwerk**

3349 Gerade kleinere Unternehmen und das Handwerk haben ganz andere Ansprüche an die
3350 Wirtschaftspolitik als global handelnde Konzerne. Sie sind häufig inhaber*innen- oder fami-
3351 liengeführt und deshalb Garant für gesellschaftliche Verankerung und Verantwortung. Sie

3352 benötigen spezielle Voraussetzungen im Wettbewerb mit Großkonzernen und sind einem
3353 großen Verdrängungswettbewerb ausgesetzt. Zugang zu Wissen, Fachkräften und Kapital
3354 sind Grundbedingungen für ihren Erfolg, der gewährleistet sein muss.

3355

3356

3357 **Förderung der öffentlichen Tourismusinfrastruktur**

3358 Tourismus muss in allen hessischen Regionen qualitativ hochwertige Angebote bereithal-
3359 ten. Eine gute Infrastruktur in Form von Verkehrsanbindungen bis hin zu barrierefreien Frei-
3360 zeitangeboten sind wichtige Ziele, deren Vorhandensein es einheitlich zu etablieren gilt. Zu-
3361 dem zeichnet sich die Tourismuswirtschaft durch ihre unmittelbare Nähe zu gastronomi-
3362 schen Angeboten aus, die vielfach mittelständisch geprägt sind. Durch steuerliche Anreize
3363 und dezidierte behördliche Erleichterungen für Klein(st)betriebe mit bis zu fünf Mitarbeiten-
3364 den sowie einer Investition in die touristischen Regionen Hessen wird der Attraktivitätsstand-
3365 ort etabliert und der heimische Mittelstand gezielt unterstützt.

3366

3367

3368 **Sicherung der Kreditversorgung für den Mittelstand**

3369 Kleinere und mittlere Unternehmen brauchen eine verlässliche Finanzierung, um investieren
3370 zu können und wirtschaftlichen Erfolg zu haben. Deshalb müssen die für den Mittelstand so
3371 wichtigen regional tätigen Sparkassen und Volksbanken vor überbordender Bankenregulie-
3372 rung geschützt werden. Auch darf die faire Kreditversorgung des mittleren Sektors nicht
3373 weiter durch zu standardisierte, teils unterschiedliche und wenig branchenorientierte Ra-
3374 tings beeinträchtigt werden.

3375

3376

3377 **Stärkere Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität und Steuerbetrug**

3378 Gerade Großkonzerne aus dem nicht-europäischen Ausland machen immer wieder von sich
3379 reden, wenn es um deren jährliche Gewinnvorstellung geht. Die Gewinne gehen zulasten
3380 des heimischen Finanzsektors, werden sie doch meist „verschoben“ und nicht in den Län-
3381 dern deklariert, in denen sie erwirtschaftet wurden. Einheitliche (europäische) Standards
3382 sind hierfür eine notwendige Voraussetzung, um „Schlupflöcher“ zu stopfen. Aber auch

3383 durch entschiedenen Personalaufbau bei den Finanzämtern und Steuerbehörden, durch
3384 Durchsetzung des Geldwäschegesetzes, durch die konsequente Abschöpfung von kriminel-
3385 len Gewinnen (Beweislastumkehr) zugunsten von Opfern und Allgemeinheit kann man Wirt-
3386 schaftskriminalität und Steuerbetrug begegnen.

3387

3388

3389 **Allgemeine Grunderwerbssteuer**

3390 Es muss eine allgemeingültige Grunderwerbssteuer geschaffen werden, die sogenannte
3391 Share-Deals unterbindet, d.h. die Möglichkeit über Immobiliengesellschaften keinerlei Steu-
3392 ern zu zahlen, muss abgeschafft werden. Hierdurch wird der Erwerb von Eigentum der so-
3393 lidarischen Gesellschaft gerecht: Große Immobiliengesellschaften müssen künftig ebenso
3394 wie junge Familien für den Erwerb von Eigentum Steuern zahlen. Eine verlässliche Besteue-
3395 rung sämtlicher Immobilientransaktionen ist eine zentrale Notwendigkeit.